Nr. 261. 23. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 8. November 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Parteiverhältnisse in Holland.

II.

K.-H. Die Verschiedenheit der Parteiverhältnisse in den verschiedenen Ländern bringt es mit sich, daß, während in Italien (wie früher in Frankreich) die revisionistische Richtung die Lokalautonomie fördert und die Befugnisse der Zentralleitung abschwächen, wenn nicht völlig aufheben möchte, in Holland nach dem Unterliegen der marxistischen Gruppe in Utrecht eine unverkennbare Entwickelung in entgegengesetzter Richtung vor sich geht: eine Tendenz zur Zentralisation und zur Erweiterung der Machtbefugnisse des Parteivorstandes. Dies liegt schon in der Vorgeschichte des letzten Parteitages begründet. Unter den Vorwürfen, die gegen den früheren, in seiner Mehrheit marxistischen Vorstand im vorigen Jahre von führenden Genossen wie Troelstra, Vliegen usw. erhoben wurden, war einer der wichtigsten die mangelnde Initiative und Direktive, die von der Parteileitung ausging. Diesem Mangel wurde im hohen Maße das nur langsame Wachstum von Partei und Presse zugeschrieben, eine gewisse Erschlaffung und Stagnation, die sich hier und da bemerkbar machte, und endlich die an einigen Orten ausbrechenden unerquicklichen Zwistigkeiten. Unseres Erachtens wurde in dieser Kritik sowohl Umfang und Bedeutung jener ungünstigen Erscheinungen, wie der mögliche Einfluß der Parteileitung auf die innere Stärkung und das äußere Wachstum der Sozialdemokratie in hohem Maße überschätzt. Im Sinne der von einigen ihrer Mitglieder geübten Kritik ging nun nach dem Parteitag die neue Parteileitung vor, d. h. im Sinne der Zentralisation und der Erweiterung ihrer eigenen Machtbefugnisse. Im Sinne der Zentralisation: denn der Vorstand hat sogleich eine äußerst genaue, bis in die kleinsten Einzelheiten gehende Untersuchung über das innere Parteileben veranstaltet, deren Ergebnisse, falls sie gelingt, wohl nur die sein können, der Zentralleitung das Eingreifen in die lokalen Verhältnisse zu erleichtern. Noch deutlicher aber zeigt sich der „neue Kurs" in einer anderen ungleich wichtigeren Angelegenheit, nämlich in dem Einsetzen einer Kommission durch die Parteileitung, die eine Revision des Programms vorbereiten soll, d. h. einer Kommission, deren Aufgabe es ist, nach Prüfung des grundsätzlichen Teiles unseres Programms der Parteileitung über eventuelle Abänderungen Vorschläge zu machen.

Es ist vielleicht in der internationalen Sozialdemokratie noch nicht vorgekommen — wenigstens nicht in Ländern, wo sie nicht auf die konspirative Organisation angewiesen ist, sondern öffentlich vorgehen kann — daß ein Parteivorstand, ohne dazu von der Partei selbst, d. h. von ihrem Kongreß beauftragt zu sein, eine Programmrevision anbahnt. Dies ist auch leicht erklärlich. Denn nur die allgemein gehegte Ansicht, das starke Empfinden in weiten Kreisen einer Partei, daß ihr Programm veraltet, von der sozialen Entwickelung überholt sei, nicht länger der Wissenschaft entspreche, könnte sie — wenigstens in normalen Fällen — veranlassen, ihr Programm, ihre theoretische Grundlage zu revidieren. Nun beruft sich der Vorstand der holländischen Sozialdemokratie zwar darauf, es habe sich schon bei verschiedenen Angelegenheiten gezeigt, daß unter den Genossen die Notwendigkeit einer Revision des Programms allgemein empfunden werde. Die Tatsachen aber, die er zur Begründung dieser Ansicht vorbringt, erscheinen uns wenig beweiskräftig. Die wichtigste derselben ist die Resolution, die der Haager Parteitag vom Jahre 1905 annahm, und die den Zweck hatte, eine längere Diskussion über die eventuelle Abänderung des Agrarprogramms zum Abschluß zu bringen. Diese Resolution lautet:

„Der Parteitag, der Ansicht, daß das Parteiprogramm in einzelnen Punkten revidiert werden muß, geht über den ersten von der Agrarkommission eingebrachten Punkt zur Tagesordnung über."

Diesen Satz betrachtet der jetzige Vorstand also als einen Auftrag des Parteitages von 1905 an die Parteileitung, die Frage der Programmrevision in die Hand zu nehmen. Dagegen gibt es denn doch einige Bedenken. Wenn der Sinn der Resolution derjenige ist, den der Vorstand aus ihm herauslieft, weshalb lautete dann der Schlußpassus „und geht über zur Tagesordnung" statt „und beschließt die Einsetzung einer Kommission zur Anbahnung einer Revision des Programms"? Weshalb kam bei dem auf dem Parteitag von 1904 gewählten Vorstand der Gedanke, eine solche Kommission einzusetzen, gar nicht auf, und weshalb wurde ihm dies von keiner Seite als Unterlassung vorgeworfen, obgleich es wahrhaftig an Kritik nicht gefehlt hat?

Es ist erklärlich, daß die Parteileitung erst nachträglich, als diese ihre Maßnahme zu einer regen Diskussion in der Parteipresse führte, sich auf die Resolution des Haager Kongresses berief. In einem Rundschreiben an die Parteigenossen hat sie noch ganz andere Gründe für die Unerläßlichkeit einer Programmrevision angeführt, Gründe, wovon einige vielleicht bei den Lesern des „Vorwärts" einiges Befremden erwecken werden — wie sie ein solches Befremden auch bei nicht wenigen holländischen Genossen hervorriefen. „Schon einmal," hieß es u. a. in diesem Schreiben, „sah sich unsere Kammerfraktion gezwungen, in einer Debatte über die theoretische Grundlage unserer Partei unser Programm in einem Punkte zu erweitern. Ebenso mußten unsere Theoretiker in der wissenschaftlichen Debatte den Gegnern bei deren Angriffen auf das Programm in einigen Punkten recht geben." „Es ist selbstredend," fährt das Schreiben fort, „daß das Ansehen der Partei durch diesen Zustand geschädigt wird, sowohl nach innen wie nach außen. Nach außen, weil die Gegner fortwährend ihre Angriffe auf die schwachen Stellen des Programms richten, und es nicht möglich ist, diese Angriffe mit überzeugender Kraft abzuschlagen; nach innen, weil die strittigen Punkte eine fortwährende Quelle von Mißverständnissen und Streitigkeiten in der Partei bilden und einer klaren Propagierung unserer Grundsätze in der Partei selbst im Wege stehen."

„In dieser Tatsache," heißt es dann weiter, „erblickt die Parteileitung die Hauptursache von vielem Zank und mancher Verwirrung in der Partei." Hier wird also die Revision des Programms als eine brennende Frage hingestellt, von deren baldiger Lösung die Gesundung der Partei nach innen und ihr siegreiches Vorwärtsschreiten nach außen abhängt. Nun wollen wir den Wortlaut unseres Programms nicht in allen Punkten verteidigen. Gewiß ließe sich hier und da eine bessere, d. h. präzisere und schärfere Fassung finden, vor allem in der Formulierung der relativen Verelendung und der wachsenden Zuspitzung der Klassengegensätze. Dem Sinne nach steht es aber vollständig auf gleichem Boden mit den Programmen unserer Bruderparteien in Deutschland usw. Und daß seine heutige Fassung auch nur die geringste Schuld trüge an den unbefriedigenden Fortschritten unserer Partei, vor allem unserer Presse, sowie an unseren inneren Zwistigkeiten, das bestreiten wir auf das entschiedenste. Ist dies aber nicht der Fall, so liegt kein Grund zu einer Programmrevision vor, und der Parteivorstand hat seine Machtbefugnisse überschritten. Dies wenigstens ist die Ansicht einer Anzahl von Parteigenossen. Es ist auch die Ansicht von einem Dutzend Genossen, die der Vorstand in die Kommission zur Revision des Parteiprogramms berief. Von den anfänglich ernannten vierzehn Genossen lehnten es sogleich sechs ab, in die Kommission einzutreten, ebenso sechs andere, die später an ihrer Stelle ernannt wurden. Von diesen zwölf verweigerten elf ihre Mitarbeit aus prinzipiellen Gründen. Und diese elf Genossen kann man, wenn auch kein ausgesprochener Revisionist unter ihnen ist, schwerlich alle zu den „starren Marxisten" rechnen, vielmehr vertreten sie in der Partei verschiedene Auffassungen in bezug auf Taktik usw. Es sind: W. Bonger, van der Goes, H. Gorter, H. Roland-Holst, J. Loopint, M. Mendels, A. Pannekoek, W. van Ravesten, P. Tak, P. Wiedyk, F. Wibaut. Auch war von den elf Genossen keine gemeinsame Rücksprache genommen worden. Wir messen diesem Umstand jedoch keine wesentliche Bedeutung bei. Alle elf Genossen waren der Ansicht, daß der Parteivorstand seine Machtbefugnisse überschreite, indem er ohne Ursache auf eigene Hand eine Anbahnung der Programmrevision vorzunehmen suchte. Für einige unter ihnen fiel dazu noch die Art besonders ins Gewicht, in der die Parteileitung in dem vorher angeführten Schreiben an die Parteigenossen zur Frage, ob eine Revision überhaupt notwendig sei, Stellung genommen hatte.

Mit den Genossen, die ihre Mitarbeit in der Kommission verweigerten, weil sie deren Einsetzung sowohl für unnötig, als auch für organisatorisch inkorrekt erklärten, ging der Vorstand scharf ins Gericht. In einem offenen Schreiben an die Partei nannte er ihre Handlungsweise eine gemeinsame Dienstverweigerung und warf ihnen vor, die Einheit und Kraft der Partei untergraben und die Pflicht der Parteidisziplin verletzt zu haben. Die Angegriffenen antworteten ihrerseits in einem gemeinsamen Schreiben, in dem sie die Einsetzung der Kommission eine durch die Verhältnisse nicht zu billigende autoritäre Ueberschreitung der Machtbefugnisse des Vorstandes nannten und sich gegen den Vorwurf der Verletzung der proletarischen Disziplin verwahrten. Sie erklärten, ihre Ablehnung beruhe auf der Anerkennung einer höheren Autorität, wie die des Parteivorstandes, d. h. die der Partei selbst und ihrer Kongresse. Diese Autorität, das große Prinzip einer demokratischen Partei, ihr Selbstbestimmungsrecht, habe die Parteileitung verletzt, und deshalb stände ihnen nach ihrer Ansicht nicht bloß das Recht der Verweigerung zu, sondern sie fühlten sich dazu sogar verpflichtet.

Der nächste Parteitag wird über diese Frage, wie über manche andere von äußerster Wichtigkeit für unsere Partei zu entscheiden haben. Von dieser Entscheidung hängt es ab, ob die Partei ihr Selbstbestimmungsrecht hoch halten, oder sich selbst für unreif dazu und willig, sich von oben herab regieren zu lassen, erklären wird. Was jedoch die Kommission für die Programmrevision anbelangt, die im Augenblick fast nur aus Mitgliedern jenes Vorstandes besteht, dem sie ihre Ratschläge unterbreiten soll — so werden wir nicht unterlassen, die Leser des „Vorwärts" seinerzeit über die Vorschläge zu unterrichten, die sie der Partei unterbreiten zu müssen glaubt.

Die russische Revolution.

Wahlrechtsräuberei.

In wie hundsföttisch gemeiner Weise die russische Regierung operieren will, um die neue Dumawahl-Komödie in einem für den Zarismus erfreulichen Sinn enden zu lassen, das geht aus folgender Nachricht hervor, die Wolffs Bureau unterm 6. November aus Petersburg übermittelt:

Heute fand unter Teilnahme von Vertretern der Ministerien des Innern, der Volksaufklärung und des Wegebaues eine Sitzung des ersten Senatsdepartements statt zur Beratung einiger mit den Wahlen zur Reichsduma und zum Reichsrat verbundenen Fragen, in deren Verlauf folgende Resolution gefaßt wurde: „Die Bauern müssen innerhalb ihrer Kurie wählen und dürfen an Wahlen innerhalb der Gutsbesitzerkurie nicht teilnehmen. Die dem Kosakenstande angehörenden Personen dürfen weder an den Wahlen teilnehmen, noch gewählt werden, wenn sie nicht in Kosakenländereien ansässig sind. Unter eigenem Quartier, deren Nutznießung den Inhaber desselben berechtigt, an den städtischen Wahlversammlungen teilzunehmen, ist eine solche Wohnung zu verstehen, die eine selbständige Wirtschaft mit eigenem Eingang und eigenem Herd darstellt und keine innere Verbindung mit anderen Wohnungen besitzt. — — Personen, die armutshalber von Wohltätigkeitsanstalten (!!) freie Wohnung beziehen, desgleichen Mieter einzelner Zimmer genießen kein Wahlrecht und werden in die Stadtwahllisten nicht eingereiht; desgleichen dürfen untere Bedienstete, wie Portiers, Monteure, Holzaufseher, Lampenputzer usw. ebenfalls nicht in die Stadtwahllisten eingetragen werden. Ferner können an den Reichsdumawahlen nicht teilnehmen die unteren Bediensteten der Eisenbahn, wie Signalisten, Wege- und Brückenmeister, Lokomotivführer und deren Gehülfen, Kondukteure, Waggonaufseher, Waggonheizer, Weichensteller usw."

Es steht zu erwarten, daß die Anregungen der Resolution verwirklicht werden. Dann darf die russische Regierung sich aber schon jetzt zu den Folgen ihrer brutalen Politik gratulieren; denn daß die Bauern, die Kosaken, die „unteren Bediensteten" usw. diese neuesten Wahlrechtsräubereien nicht ruhig hinnehmen werden, darüber kann wohl kein Zweifel obwalten. Wie raffiniert die Herren aus den verschiedenen Ministerien und aus dem Senat ihre Pläne eingefädelt haben, geht aus dem zweimaligen usw. hervor, das ganz offenbar darauf angelegt ist, den diversen örtlichen Beamtenschaften, die mit den Wahlvorbereitungen betraut sind, die Möglichkeit, recht viele Kategorien von „unteren Bediensteten" des Wahlrechts zu berauben, beileibe nicht einzuschränken!

Früher oder später — die russische Regierung wird der Strafe für ihre sauberen Taten nicht entgehen.

* * *

Man schreibt uns aus Petersburg:

Der Wahlrechtsraub wird fortgesetzt. Aus dem Gouvernement Kasan wird gemeldet, daß dort viele Bauern aus der Wählerliste gestrichen werden. Da nach der Senatsinterpretation auf den Dorfversammlungen nur ansässige, landbesitzende Bauern sein können, so werden z. B. im Gouvernement Kowno etwa 20 Proz. der früher wahlberechtigten Landbevölkerung das passive Wahlrecht vollständig einbüßen. Noch größer ist der Verlust in den baltischen Provinzen, wo die Landlosen fast drei Viertel der Landbevölkerung ausmachen. —

Auch sonst ist die Regierung fleißig bei der „Arbeit". Selbst die sanften Kadetten werden verfolgt, ihre Blätter inhibiert, Haussuchungen, Verhaftungen vorgenommen — von den sozialistischen Parteien gar nicht zu reden. Das höhere Pfaffentum tanzt natürlich ganz nach der Flöte der Regierung. Der niederen Geistlichkeit sind Instruktionen über die von ihr auszuübende Agitation zugegangen; die eifrigsten unter ihnen sollen Belohnungen und Auszeichnungen erhalten.

Proskriptionsliste!

Der „Russ. Kur." meldet:

Das russische Polizeidepartement hat soeben eine Proskriptionsliste solcher Personen aufgestellt, deren Wahl zu Reichsdumamitgliedern „nicht erwünscht" ist.

Vorgeschmack zu den Wahlen.

Die Südrussische Telegraphen-Agentur meldet:

Odessa, 7. November. Sechsundzwanzig der angesehensten hiesigen Bürger, Mitglieder der Kadettenpartei, wurden vom Generalgouverneur mit je 1000 Rubel oder einem Monat Arrest bestraft, weil sie sich in einer Privatwohnung versammelt hatten, um über die Dumawahlen zu beraten. Der „Präsident" der „Versammlung" wurde zur Zahlung von 3000 Rubeln und zur **Verbannung** verurteilt!! —

Zur Rekrutenaushebung.

Das Zentralkomitee des „Bundes" hat anläßlich der Rekrutenaushebung eine Proklamation an die jüdischen Rekruten erlassen. Es wird zuerst der fürchterliche Dienst geschildert, zu dem der Rekrut in die Kaserne zieht, es wird erörtert, wie man ihn zum Sengen und Brennen, zum Plündern und Ermorden friedlicher Bürger mißbraucht, wie man aus ihm einen Henkersknecht der Freiheit und einen Helfershelfer des Despotismus macht. Dann folgt die Aufforderung, der revolutionären Organisation des Militärs beizutreten. Die Proklamation schließt mit den Worten:

„Jüdischer Rekrut! Wenn du Kaiser und Vaterland den Eid der Treue leistest, wenn du zur Bekräftigung des Eides feierlich deine Rechte erhebst, dann möge in deinem Herzen donnernd ein anderer Eid erschallen, ein Eid, von Blut und Tränen durchtränkt, ein Eid, der in Flammenzeichen vor deinem Geiste steht.

Und schwöre!

Schwöre, deine Hand nie gegen die Freiheit, gegen das Volk zu erheben!

Schwöre, deine Waffen nur zum Schutze Schwacher und Unglücklicher zu gebrauchen!

Schwöre, sie stets gegen des Volkes Feinde zu wenden!

Schwöre, den Blinden die Augen zu öffnen, die Gleichgültigen aufzurütteln, sie zum Schutze der für die Freiheit Kämpfenden anzurufen.

Jüdischer Rekrut! Das soll dein heiligster Eid sein!"

Der Petersburger Deputiertenrat.

II. Trotzky.

37 Jahre alt. Seit 1896 Mitglied der russischen sozialdemokratischen Partei. 3½ Jahre Kerkerhaft, 2 Jahre Verbannung nach Sibirien. Flucht aus Sibirien. Im Auslande Mitglied der Redaktion der sozialdemokratischen Zeitung „Iskra". Nach dem 22. Januar 1905 unter einem falschen Namen nach Rußland zurückgekehrt. Im November 1905 Mitglied der Redaktion der Petersburger sozialdemokratischen Zeitung „Natschalo".

Trotzky ist der erste Redner der russischen sozialdemokratischen Partei. Er hat jetzt während der Verhandlung des Prozesses im Gerichtssaale eine Rede gehalten, in der er die Geschichte des Arbeiterdeputiertenrates darlegte — eine Rede, die von allen Anwesenden atemlos angehört wurde. Sämtliche Angeklagte und 16 der besten Petersburger Advokaten ersuchten nach dieser Rede den Vorsitzenden um eine Pause von 15 Minuten, da sie durch Trotzkys Ausführungen so aufgeregt waren, daß sie nicht sofort den weiteren Verhandlungen folgen könnten! Der Vorsitzende, der die Rede selber mit großer Unruhe angehört hatte, gab nach. — Trotzky ist auch ein glänzender Stilist. In seiner Person verliert die russische Sozialdemokratie auf eine Zeitlang eine große, unschätzbare Kraft.

III. Simeon Weinstein.

27 Jahre alt. Deputierter des Petersburger Kontoristen-Verbandes. Seit 1899 Mitglied der sozialdemokratischen Partei. Er war zweimal (1897 und 1901) als Mitglied des Moskauer sozialdemokratischen Komitees verhaftet. Im Gefängnis saß er im ganzen 2½ Jahre. Im Jahre 1905 floh er aus seinem Verbannungsorte und wurde, nachdem er im selben Jahre unter einem falschen Namen als Mitglied einer Petersburger sozialdemokratischen Organisation verhaftet war, durch die Amnestie frei. Am 3. Dezember ward er als Mitglied des Rates der Arbeiter arretiert. In der Prozeßverhandlung brachte er durch ein paar Fragen den Staatsanwaltszeugen in Verwirrung und zwang das Gericht, einige für diesen Herrn sehr unangenehme Sachen zu protokollieren.

* * *

Ein neuer Prozeß gegen Arbeiter steht in Moskau bevor, wo die Teilnehmer an dem Aufstand im Dezember vorigen Jahres abgeurteilt werden sollen. 250 Angeklagten sind bereits die Anklageakten ausgehändigt worden. Die Zahl der Zeugen beträgt etwa 1500. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. November.

Intriganteugeschmeiß.

Die „Neue gesellschaftliche Korrespondenz" bringt eine lange Darstellung der Intrigen, die seit der Erkrankung Bülows gegen den Reichskanzler im Werke seien. Eine Kamarilla sei seit diesem Tage bei der Arbeit, Bülow in irgend einer Weise kalt zu stellen. Die Korrespondenz schreibt:

„In allerletzter Zeit ist ganz besonders stark hinter den Kulissen intrigiert worden. Diese Machenschaften verraten ihre Motive dadurch, daß noch nie die Notwendigkeit eines Kanzlerwechsels behauptet worden ist. Aus dem einfachen Grunde, weil eine solche Notwendigkeit nicht vorhanden ist, da in allen wichtigen Fragen völlige Uebereinstimmung der Ansichten zwischen dem Kaiser und dem Kanzler herrscht. Aber man betont mit sorgenvoller Miene, Fürst Bülow finde doch jetzt, zur Eröffnung des Reichstages, eine ungewöhnlich schwierige Lage vor, und man stellt die ängstliche Frage, ob er ihr wohl gewachsen sein werde. Nun, einerseits wäre das ja abzuwarten. Auf der anderen Seite erscheint, bei ruhigem Blicke, die Lage keineswegs so unendlich schwierig, wie diese „Schwarzseher" sie wohlbedacht darstellen. Der vierte Kanzler des Deutschen Reiches hat schwierigere Aufgaben gelöst, als jetzt zu erledigen sein werden, — man erinnere sich des Zolltarifes, der Handelsverträge, der marokkanischen Frage.

Das fangen jene Kamarilla-Führer, wie es scheint, auch an einzusehen. Nur von sachlichen, nicht von persönlichen Beweggründen geleitet, erstreben sie als ihr Ziel die Einsetzung eines Reichskanzlers, der der Geschäfte des Staates möglichst unkundig und daher von ihnen um so leichter zu lenken und zu leiten sei. Sie haben daher neuerdings eine andere Taktik gewählt. Sie spielen die sorgenvollen treuen Freunde Bülows und plädieren an der maßgebenden höchsten Stelle dafür, daß er, weil noch immer leidend, nach Möglichkeit geschont — und entlastet werde. Ihr Vorschlag geht dahin, dem Fürsten einen Vizekanzler zur Seite zu stellen, der ihm das Schwerste abnehmen und sich allmählich genügend einarbeiten könnte, um ihn zu ersetzen, wenn er einmal amtsmüde werden sollte oder der Kaiser sich aus irgend einer anderen Ursache entschlösse, sich von „seinem" Kanzler zu trennen.

Ist das vorhin bezeichnete Ziel erreicht, Fürst Bülow beseitigt und durch einen möglichst geschäftsunkundigen Nachfolger ersetzt, so hoffen diese im dunklen Hintergrunde, aber um so eifriger wühlenden Männer, daß der Kaiser die auswärtige Politik mit Herrn v. Tschirschky betreiben und durch sie, der Routine Bülows beraubt, gänzlich in Anspruch genommen sein werde. In der inneren Politik dagegen gedenken sie sich des von ihnen auf den Schild erhobenen neuen Kanzlers ganz nach Gutdünken zu bedienen.

Und dieser künftige „Reichskanzler des Innern" ist auch schon gefunden — und präsentiert worden. Es ist der Träger eines Namens, der in der Kriegsgeschichte Preußens bei der Neugründung des Reiches als erster genannt wird. Er ist selbst, wie sein großer Verwandter und Vorgänger, ein Ritter ohne Furcht und Tadel. Er ist nur der Geschobene, — geschoben von der im Ränkespiel unermüdlichen Hand eines hochgeborenen Barden. Geschoben, ohne es zu merken."

Die meisten Abendblätter geben diese Enthüllungen wieder, ohne über deren Glaubwürdigkeit ein Urteil zu äußern. Sie nennen nicht einmal den Namen des in Aussicht genommenen Vizekanzlers, obwohl dafür nur der derzeitige Generalstabschef Moltke in Frage kommen kann. Nur die „Deutsche Tageszeitung" versucht die Darstellung als eine unwahrscheinliche Sensationsnachricht, eine „bedeutungslose Plauderei" hinzustellen. Das Oertelblatt kann aber nicht umhin, zuzugeben, daß „in den Kreisen, die dem Fürsten nicht ganz günstig gestimmt" seien, ein „ähnlicher Plan erwogen" sein möge. Es behauptet nur, daß es „müßig" sei, sich mit der ganzen Erzählung ernstlich zu befassen, „da in maßgebenden Kreisen niemand an die Verwirklichung eines solchen Gedankens ernstlich gedacht" habe.

Eine unumwundenere Bestätigung kann man von einem „Dementi" nicht gut verlangen. Wenn das Agrarierorgan die Möglichkeit eines solchen Treibens der Anti-Bülow-Kamarilla zugibt, so genügt das durchaus, da ja gerade die Hintermänner der „Deutschen Tageszeitung" von dem Treiben dieser Kamarilla besonders gut unterrichtet sein müssen. Auch die für die Intrigen dieser Kamarilla selbst ganz belanglose Behauptung, daß in „maßgebenden" Kreisen niemand „ernstlich" an die Verwirklichung einer Vizekanzlerschaft denke, beweist doch nur, daß diesen maßgebenden Kreisen ein solcher Gedanke nahe gelegt worden sein muß!

Aus diesen Enthüllungen erklärt sich jetzt auch jener fulminante Artikel der „Kölnischen Zeitung", der offenbar die Aufmerksamkeit auf das Komplott lenken sollte. Die „Deutsche Tageszeitung" wandte nur den famosen Diebeskniff an, „haltet den Dieb" zu schreien, als sie dem Artikel des rheinischen Blattes die Bedeutung gab, er richte sich nicht nur gegen Bod und seine Freunde und Beschützer, sondern gegen die Gesamtregierung, also in erster Linie gegen den Reichskanzler.

Charakteristisch für diese widerliche Intrige ist, daß beide Teile die „maßgebende Stelle" zudringlich umschmeicheln. Die „Neue ges. Korr." behauptet, daß die Intrige gegen Bülow an der „Ritterlichkeit" des Kaisers gescheitert sei, und die „Kreuz-Ztg." stimmt gar einen wahren Hymnus auf „unseren tatkräftigen Kaiser" an, der als „ritterlicher Soldat, als begeisterter Seefahrer" unermüdlich für sein Volk arbeite! —

Die Fleischwucherer fühlen sich noch als Herren!

Die „Deutsche Tages-Ztg." verlündet noch heute abend durch protzigen Sperrdruck:

Die „Neue Politische Korrespondenz", die sich bisweilen offiziös gebärdet, glaubt, man werde nicht fehlgehen, wenn man annehme, daß bei der Erörterung der Maßregeln gegen die Fleischteuerung die zeitweilige Herabsetzung der Zölle auf Schlachtvieh und Fleisch in erster Linie zur Erwägung stehe. Demgegenüber glauben wir, daß man mit dieser Annahme sehr fehlgeht. Wie uns versichert wird, denkt man nicht an eine solche Maßregel; und man ist verwundert, daß die Möglichkeit eines derartigen Vorgehens überhaupt erwogen wird. Wir glauben das mitteilen zu sollen, damit eine Beunruhigung der landwirtschaftlichen Bevölkerung vermieden werde. Daß die Landwirtschaft eine zeitweilige Aufhebung oder Herabsetzung der Viehzölle als einen Schlag ins Gesicht empfinden würde, bedarf besonderer Hervorhebung nicht.

Schon die nächsten Tage werden ja die Entscheidung darüber bringen müssen, ob die wüste Beutepolitik der Junker, die sich bei der agrarischen Volksaushungerung mästen, den Sieg über jede politische Vernunft und Billigkeit davon trägt! —

* * *

Deutsches Reich.

Zentrum und Fleischwucher.

Die Resolution zur Fleischteuerung, die kürzlich von einem Delegiertentag katholischer Arbeitervereine angenommen und in der gefordert wurde, daß die Grenzen für die Vieheinfuhr in weiterem Maße als bisher zu öffnen und die Zollsätze auf eingeführtes geschlachtetes Fleisch aufzuheben oder doch bedeutend zu ermäßigen seien, ist auch dem Reichstagsabgeordneten Bachem zugesandt worden. Herr Bachem hat darauf eine sehr gewundene Erklärung abgegeben. Nachdem sogar die Landwirtschaftskammer der Rheinprovinz für entsprechende Maßregeln zur Linderung der Fleischnot eingetreten sei, sei es in der Tat nicht zu verstehen, weshalb sich die Regierung noch immer untätig und schweigend verhalte. Da sich auch die Vertreter der konstituierenden Kreise damit einverstanden erklärt hätten, daß bei der Oeffnung der Grenzen für ausländisches Vieh alle notwendigen und wünschenswerten Maßregeln zur Abwehr der Seuchengefahr zu beobachten seien, könne und müsse bei einer Lage wie die gegenwärtige auch das Interesse der fleischessenden Bevölkerung volle Berücksichtigung finden. Er selbst werde allerdings nicht in diesem Sinne im Parlament tätig sein können, da ihn seine andauernde Kränklichkeit zwinge, den Arbeiten des Reichstages fernzubleiben. Es unterliege aber keinem Zweifel, daß seine politischen Freunde, welche ebenso dächten wie er, nichts unterlassen würden, um eine Besserung der Lage herbeizuführen.

Wenn Herr Bachem infolge Kränklichkeit den dringendsten Pflichten eines Abgeordneten nicht nachzukommen vermag, geböte ihm doch wohl sein Verantwortlichkeitsgefühl, sein Mandat niederzulegen und dadurch einem arbeitsfähigen Abgeordneten die Möglichkeit zu geben, für die Wünsche der christlichen Arbeiter einzutreten! Uebrigens ist der Satz, der eine Aktion des Zentrums gegen den Fleischwucher in Aussicht stellt, recht vorsichtig stilisiert. Die Wendung: „meine politischen Freunde, welche ebenso denken wie ich", läßt es höchst zweifelhaft erscheinen, ob alle politischen Freunde des Herrn Bachem die Fleischnot in der geforderten Weise zu bekämpfen geneigt sein werden!

Die „Märkische Volkszeitung" versieht diese Meldung mit recht seltsamen Glossen. Sie erklärt zwar auch eine bedingte Oeffnung der Grenzen für wünschenswert, fügt dann aber hinzu:

„Wenn alsdann das Ausland tatsächlich kein Vieh liefern kann, dann ist doch wenigstens den liberalen und sozialdemokratischen Hetzern der Mund gestopft."

Die „Märkische Volkszeitung" sollte doch aus der Resolution der katholischen Arbeitervereinigungen erfahren haben, daß die Fleischnot nicht von den liberalen und sozialdemokratischen Hetzern erfunden, sondern von den konservativen und ultramontanen Fleischwucherern heraufbeschworen worden ist! —

Mit verteilten Rollen.

Herr Bassermann, der geölte, popogescheitelte Möchtegerndiplomat, spielt augenblicklich geradezu den wilden Mann. Am Sonntage hielt er auf dem Parteitage der pfälzischen Nationalliberalen eine donnernde Oppositionsrede, über die berichtet wird:

Er stellte das starke Anwachsen des persönlichen Regiments fest und verlangte, daß das Parlament offen den Finger auf diese Wunde lege. In der auswärtigen Politik sei langsam, aber stetig eine Verschlechterung unserer Beziehungen zum Auslande eingetreten. Unsere Politik werde oft nicht von der Hand des leitenden Staatsmannes geführt. Er erwähne nur die Krügerdepesche und die Menburdepesche an den Grafen Goluchowski. Der Dreibund hat seine Bedeutung längst verloren. Wir sind auf uns gestellt, auf unsere Armee und Flotte, und hier gebührt dem Kaiser das Verdienst, die rechten Wege gezeigt zu haben. Die Frage, ob unsere Diplomatie noch auf der Höhe steht, müsse verneint werden. Die nichtzünftigen französischen ehemaligen Journalisten seien vielfach geschickter als unsere Berufsdiplomaten. Auf dem Gebiete der Kolonialpolitik könne er dem Reichskanzler den Vorwurf nicht ersparen, daß er nicht erkannte, daß nicht der richtige Mann an leitender Stelle stand. Auch die Berufung des Erbprinzen v. Hohenlohe sei ein Mißgriff gewesen. Zu dem neuen Manne Herrn Dernburg, habe er Vertrauen. Aus allen diesen kleinen Dingen wachse die Gestalt Bismarcks ins Riesengroße. Die Bilanz des deutschen Volkes hat sich seit seinem Rücktritt verschlechtert. Wenn wir zögerten, Kritik anzulegen, so war das eine Gewohnheit aus Bismarcks Zeiten. Diese Zeiten sind dahin. Wir sind keine Schwarzseher, wollen die Dinge aber auch nicht durch rosenrote Gläser sehen. Schauen wir auf unser fleißig und ehrlich arbeitendes Volk, das ist die Unterlage des Staates und die Hoffnung für die Zukunft. Wir wollen von den Tüchtigsten regiert werden, und es heißt nun offen von der Leber sprechen, damit es in vielen Dingen besser wird in Deutschland.

Wie die Bülow-Fronde, so arbeitet auch die Podbielski-Fronde halb mit byzantinernden Schmeicheleien, halb mit Drohungen und Einschüchterungsversuchen. Der „Köln. Ztg." und Herrn Bassermann ist die Rolle der gesinnungstüchtigen Opposition zugefallen. Ob die braven Nationalliberalen gerade in dieser Pose besonderen Eindruck machen werden, ist freilich zu bezweifeln. Da haben sich die Junker denn doch anders in Respekt zu setzen verstanden! —

Ein „nationaler Arbeiterwahlausschuß"

treibt gegenwärtig im rheinisch-westfälischen Industriebezirk sein Wesen. Das Gebilde steht in engem Zusammenhange mit der „christlichnationalen Arbeiterbewegung", die jüngst durch einen Aufruf der katholischen und evangelischen Arbeitervereine und der christlichen Gewerkschaften ins Werk gesetzt worden. Das Gebaren des nationalen Arbeiterwahlausschusses bestätigt, was jüngst der „Vorwärts" in dem Leitartikel seiner Nummer 245 vom 25. Oktober festgestellt hat, daß die „christlichnationale Arbeiterbewegung" ein Wahlmanöver des Zentrums und der ihm verwandten Stöckerleute ist, wobei katholische und evangelische Arbeiter sich zu Handlangern einer volksfeindlichen Politik hergeben. Während in den katholischen Arbeitervereinen und den christlichen Gewerkvereinen mit Eifer für die „christlichnationale" Bewegung gewirkt wird, hat es auf evangelischer Seite der vielberufene Herr Franz Behrens unternommen, sein Gefolge für die Sache der reaktionären Parteien mobil zu machen. Am Sonntag fand unter Behrens Leitung in Essen eine gemeinschaftliche Tagung von Vertretern der christlichen Gewerkschaften und den evangelischen Arbeitervereinen statt. Eine von der Versammlung angenommene Resolution „begrüßt die von den Zentralleitungen der christlichen Gewerkschaften und der konfessionellen Vereine beschlossene Aktion der gegenseitigen Propaganda und ersucht alle evangelischen Arbeitervereine, die Aktion in weitgehendster Weise zu fördern und zu unterstützen." Zugleich soll darauf hingearbeitet werden, „daß alle Mitglieder evangelischer Arbeitervereine, welche trotz Aufforderung sich von den Verbänden atheistischer Tendenz nicht frei machen, in absehbarer Zeit aus den Vereinen ausgeschlossen werden".

An diese Tagung schloß sich dann eine Sitzung des „nationalen Arbeiterwahlausschusses" an. Den einleitenden Vortrag hielt wiederum Herr Franz Behrens. Er erklärte, daß der Ausschuß keine neue Partei bilden wolle; seine Arbeit sei vielmehr gedacht als eine solche der Verständigung und der Zusammenfassung der nationalpolitischen, das ist aller nichtsozialdemokratischen Parteien, und die Beeinflussung dieser Parteien in dem Sinne, daß sie evangelischen Arbeitern einen Anspruch auf Sitz und Stimme in allen öffentlichen Körperschaften zuerkennen. Herr Behrens betonte, daß er nicht zu seinen Gunsten spreche; für ihn sei das Mandat bereits sicher; aber es sei ihm nicht gleichgültig, ob er als einziger evangelischer Arbeitervertreter in den Reichstag einziehe oder in Gesellschaft einer Anzahl Gleichgesinnter. Behrens berichtete dann über den Erfolg des Aufrufs, den der Ausschuß erlassen habe. Ihre Zustimmung zur Aufstellung von Arbeiterkandidaten hätten gegeben die christlichsoziale, die deutschsoziale Partei sowie wirtschaftliche Organisationen aus dem Kreise des Mittelstandes und der Landwirte, endlich habe die konservative Partei an den Ausschuß die Anfrage gerichtet, ob er eine geeignete Arbeiterkandidatur zu stellen in der Lage sei. Bisher seien dem Ausschuß fünf oder sechs Arbeiterkandidaturen für die Reichstagswahlen zugesagt. Auch einige Landtagswahlkreise ständen in Aussicht. Es gelte nun, durch planmäßige Agitation, sowie durch Aufbringung von Geldmitteln diese Kandidaturen zu unterstützen.

Das muß ja eine nette Politik sein, die aus dem Zusammenwirken der Ultramontanen, Konservativen und Antisemiten, der Agrarier, Zünftler und Mittelständler hervorgeben soll. Die Giesberts, Behrens und Konsorten gedenken die Arbeit des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie fortzusetzen. Arbeiterfang unter christlichnationaler Flagge, zur Bekämpfung der Sozialdemokratie und zugunsten der reaktionären Parteien — das ist das Ziel, das sich diese Biedermänner gesteckt haben. Sie werden sich nicht beklagen können, wenn man sie moralisch nicht höher wertet, als die Agitatoren des antisozialdemokratischen Reichsverbandes. —

Die vollendetsten Rechtsgarantien.

Zur reichsgerichtlichen Bestätigung des Leipziger Schreckensurteils gegen den Genossen Heinig von der „Leipziger Volkszeitung" wird uns noch geschrieben:

Verschiedene auffällige Erscheinungen, die in der Verhandlung des Prozesses vor dem Landgericht zutage traten, waren neben der ungeheuren Strafe von 21 Monaten Gefängnis Gegenstand lebhafter Diskussion in der Oeffentlichkeit. Der Oberstaatsanwalt Böhme erklärte in seinem damaligen Plädoyer, daß die russische Revolution durch diese Artikel nach Deutschland verpflanzt werden sollte und er forderte deshalb die Richter auf: „Konstruieren Sie den Tatbestand, wie Sie wollen — aber greifen Sie hoch mit der Strafe"! — Das Gericht hatte in jedem der 5 Artikel, die von den ursprünglich inkriminierten 25 übrig blieben, eine selbständige Handlung erblickt, und für jeden 6 Monate ausgeworfen. Dazu kamen noch 5 Monate wegen Beleidigung des herrlichen sächsischen Parlaments. Diese Gesamtstrafe von 35 Monaten wurde zusammengezogen und eine solche von 21 Monaten festgesetzt.

In der Verhandlung vor dem Reichsgericht vertrat der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Drucker heute mündlich die Revision, die materielle und prozessuale Verstöße rügt. Er führte ungefähr folgendes aus: Der mit verurteilte Artikel „Witte in Sachsen" sei niemals in der Anklageschrift enthalten und nie Inhalt der Akten gewesen; deshalb hätte er der Eröffnungskammer verschlossen bleiben müssen. Dadurch aber, daß das Hauptverfahren auf Grund eines den Akten fremden Gegenstandes eröffnet worden sei, sei allein schon der Angeklagte in seiner Verteidigung sehr beschränkt worden. Das Gericht habe ferner jeden der Artikel als eine selbständige Handlung verurteilt. Da es aber zugleich von der in den Artikeln enthaltenen Gemeinsamkeit spreche, nämlich der Aufhetzung des Proletariats gegen die herrschenden Klassen und der Verherrlichung der russischen Revolution — so hätte dieser Umstand, — die Gemeinsamkeit — zugunsten des Angeklagten geprüft werden müssen.

Vor allem sei aber über eines nicht hinweg zu kommen, — daß über den Artikel „Witte in Sachsen" geurteilt worden sei, obgleich wegen seiner gar keine Anklage erhoben worden war. Literarisch wie juristisch sei es doch unmöglich, daß man den ganzen Inhalt einer Zeitung aus einem Zeitraum von fünf bis sechs Wochen ohne jede nähere Angabe unter Anklage stelle. Nehme man aber einmal an, daß die Anklage wegen „Witte in Sachsen" aus § 130 erhoben worden sei (denn nur auf Grund dieses Paragraphen war Anklage erhoben worden), dann konnte auf Grund dieses Artikels doch nicht Verurteilung wegen Beleidigung aus § 185 eintreten, da Anklage auf Grund dieses Paragraphen gar nicht erhoben war. Der Verteidiger beantragte in bezug auf diesen Artikel die Einstellung des Verfahrens.

Der Reichsanwalt Zweigert führte aus: Der Tatbestand des § 130 sei vom Vorderrichter einwandsfrei festgestellt worden. Der prozessualen Rüge des Verteidigers, soweit es sich um den Artikel „Witte in Sachsen" handle, müsse er zustimmen. Zwar nehme der Eröffnungsbeschluß

korrekt eine fortgesetzte Straftat an und die Eröffnungskammer konnte auch die in der Anklage nicht erwähnten Artikel heranziehen, wenn sie in ihnen den Tatbestand des § 130 erfüllt sah. Die Sachlage ändere sich aber sofort, sobald die erkennende Kammer umgekehrt wie der Eröffnungsbeschluß nicht eine fortgesetzte Handlung sah, sondern in jedem einzelnen Artikel eine besondere Straftat verurteilte. So sei demnach wegen des Artikels „Witte in Sachsen" keine Anklage erhoben und der Eröffnungsbeschluß darauf zu Unrecht bezogen worden. Er beantrage deshalb wegen des Artikels „Witte in Sachsen": Einstellung des Verfahrens.

Der Senat aber erklärte in seinem Urteil: **Die Revision des Angeklagten sei im vollen Umfange zu verwerfen.** Im Gegensatz zum Verteidiger sei der Senat der Begründung der Strafkammer beigetreten. Die Einbeziehung des Artikels „Witte in Sachsen" sei vom Gericht zu Recht erfolgt. Im übrigen läge kein Rechtsirrtum der Vorinstanz vor.

Das höchste Gericht des Reiches kann aber keine Verletzung der Rechtsgarantien darin sehen, daß der Angeklagte durch die plötzliche Einbeziehung eines ursprünglich nicht zur Anklage stehenden Artikels in seiner Verteidigung behindert wurde, obgleich selbst der Reichsanwalt darin einen gravierenden Formfehler erblickte! Das sind die vollendetsten Rechtsgarantien!

„Ueber die „einwandsfreie" Feststellung des Tatbestandes des § 130 haben die deutschen Sozialdemokraten auch ihre eigene Auffassung. Sie wissen, daß trotz der gegenteiligen „Feststellung" der Richter niemals in den Artikeln eine Aufforderung zu Gewalttätigkeiten enthalten gewesen ist. Hineingelassen hat sie nur die Angst der Bourgeoisie und der böse Wille des Herrn Rexhäuser. Für uns ist Genosse Heinig unschuldig zu einer ungeheuerlichen Strafe verurteilt. Er ist ein Opfer der politischen Vorurteile unserer Justizbeamten, die ihnen unbewußt auch im Amtszimmer anhängen und deren Wirksamkeit niemals krasser und offener zutage getreten ist, als in den oben zitierten Worten des Oberstaatsanwalts Böhme, die dem Prozeß den Stempel des politischen Tendenzprozesses unverwischbar aufdrückten. —

Ueber „gewissenlose Verdrehungskünste" des „Vorwärts" beklagt sich das Organ des Herrn Müller-Sagan. Der „Vorwärts" sei so „feig und hinterlistig" gewesen, noch in letzter Stunde am Tage der Wahl, einen von „Verdrehungen und Unrichtigkeiten strotzenden" Artikel gegen die freisinnige Volkspartei zu bringen. Dadurch sei es der „Freisinnigen Zeitung" unmöglich gewesen, den neuerlichen Angriff „ebenso gründlich" zurückzuweisen, wie es mit den früheren geschehen sei. Der „Vorwärts" arbeite hauptsächlich „mit aus dem Zusammenhang gerissenen Sätzen und Satzteilen freisinniger Blätter", also mit einer Zitiermethode, über die er sich seinerzeit selbst beklagt habe. — Die Beschwerde des freisinnigen Blattes, daß wir es gewagt haben, noch zum Tage der Wahl einen Angriff gegen den Freisinn zu bringen, ist von rührender Naivität. So etwas gibt es natürlich beim Freisinn nicht! Er ist so vornehm, bei Wahlen stets dem Gegner das letzte Wort zu lassen! Allerdings hat ja auch die „Freisinnige Zeitung" noch am Wahltage einen Artikel gebracht. Daß sich dessen Ausführungen völlig in der Defensive, und in einer recht kläglichen obendrein, bewegen mußten, war doch schließlich nur die Schuld des Freisinns selbst! Daß wir nur einzelne Sätze aus freisinnigen Blättern zitierten, ist richtig. Daß durch diese Zitate aber irgendwie der Sinn der freisinnigen Auslassungen entstellt worden wäre, ist eine Behauptung, für die die „Freisinnige Zeitung" jeden Beweis schuldig bleibt!

Im übrigen sollte die „Freisinnige Zeitung" in ihrem eigensten Interesse darauf verzichten, einem Gegner „gewissenlose" Polemik vorzuwerfen. Bietet sie doch selbst in der gleichen Nummer ein Musterbeispiel eigener Gewissenlosigkeit und Unanständigkeit. Sie zitiert nämlich eine Reihe Rexhäuserscher Angriffe gegen die Geschäftsleitung des „Vorwärts", ohne den inzwischen erschöpfend geführten Nachweis der Unrichtigkeiten dieser Behauptungen zu berücksichtigen! Die „Freisinnige Zeitung" stand ja schon von den Zeiten Eugen Richters her in dem wohlverdienten Rufe, zu den unanständigsten Blättern der ganzen bürgerlichen Presse zu gehören. Herr Müller-Sagan hat in eigenartiger Pietät bisher alles vermieden, um seinem Blatte dies traurige Renommee irgendwie zu schmälern. —

Der Protest gegen den Lebensmittelwucher.

In Frankfurt a. M. fanden am Dienstag zehn Volksversammlungen statt, die Stellung nahmen zu der Frage: Was verlangt das Volk vom Reichstage gegen die Teuerungs- und Hungerpolitik? Die Versammlungen waren stark besucht, zum Teil überfüllt. In allen wurde eine längere Resolution angenommen, die besagt:

daß die allgemeine Lebensmittelteuerung betrachtet wird als die unausbleibliche Folge der Schutzzoll- und Absperrungspolitik, die das Deutsche Reich im Interesse der Agrarier auf Kosten der übrigen Bevölkerung und namentlich der Arbeiterklasse betreibt;

daß diese Politik als verhängnisvoll und verderblich für den weitaus größten Teil der Nation angesehen wird, denn sie legt der großen Masse der Bevölkerung schwere Entbehrungen auf und zwingt sie zur Unterernährung;

daß die Versammlung über diese volksfeindliche und agrarfreundliche Politik ihre tiefste Empörung ausspricht. Sie verlangt, daß sofort die Grenzen für die Vieh- und Fleischeinfuhr geöffnet und die Zölle auf die notwendigsten Lebensmittel erheblich herabgesetzt und schließlich ganz aufgehoben werden.

Am Sonntag und Montag protestierte in sehr gut besuchten Versammlungen die Arbeiterschaft der nordoberfränkischen Städte Hof, Naila und Schwarzenbach a. S. Genosse Simon-Nürnberg referierte. Ueberall wurde einstimmig in einer Resolution die sofortige Oeffnung der Grenzen verlangt. —

Die kochende nationalliberale „Volksseele" im Hessenlande hat die hessischen Minister so geärgert, daß sie sich vom Großherzog ein Vertrauensvotum haben geben lassen. Die „Darmstädter Zeitung" ist zu der Mitteilung ermächtigt, daß der Staatsminister Ewald gestern den Großherzog um seine Verabschiedung gebeten hat, nachdem in der Versammlung der nationalliberalen Partei am 4. d. Mts. von führender Seite Vorwürfe wie der der Pflichtvergessenheit gegen die Regierung erhoben worden sind, ohne daß dagegen Widerspruch erfolgt ist. Die Vorstände der Ministerien des Innern und der Finanzen, Geheimrat Braun und Dr. Gnauth, haben sich dem Vorgehen des Staatsministers Ewald angeschlossen. Der Großherzog hat jedoch abgelehnt, dem gemeinschaftlichen Gesuch zu willfahren.

Gespannt darf man darauf sein, wie die loyalen nationalliberalen Scharfmacher auf diese unzweideutige Kundgebung ihres angestammten Landesvaters antworten werden. Wir erwarten, das monarchische Gefühl wird dabei etwas ins Gedränge kommen. Ist das aber nicht sehr gefährlich in dieser Zeit der wachsenden Umsturzgefahr? —

Zentrumsagrarier.

Die Meldung, daß der Vorstand der rheinischen Landwirtschaftskammer sich für die Zulassung von wöchentlich 1000 bis 1500 Schweinen aus Holland ausgesprochen hat, bringt auch die zentrumsagrarische „Rheinische Volksstimme" zur Raserei. Durch diesen Beschluß habe die Landwirtschaftskammer erwiesen, daß sie nicht bloß unfähig, sondern auch unwürdig sei, sich noch eine Stunde länger als Vertreterin der rheinischen Landwirtschaft auszugeben. Vor vier Wochen noch hätte der Kammer der Umstand schützend zur Seite stehen können, daß sie von der Landwirtschaft so viel verstände, wie der Hauptmann von Köpenick vom Kriegswesen, heute aber, wo das Gerede von der Fleischnot durch die Tatsachen widerlegt sei, wirke ihr Beschluß wie ein Faustschlag ins Gesicht der Landwirtschaft, ja wie ein schmachvoller Verrat an der Sache, deren warme, ehrliche Vertretung den Kammermitgliedern obliege. Das Zentrumsblatt schließt: „Mit diesem Streich hat die rheinische „Landwirtschaftskammer" in ihrer jetzigen Zusammensetzung sich endgültig um den letzten Rest des Ansehens gebracht, das sie noch in der Provinz besaß; für die Bauern Rheinlands hat sie aufgehört zu existieren. Sie ist wenigstens „in Schönheit gestorben", wenn auch nicht auf der großen Bühne, so doch im Kasperltheater des Lebens." — So schreibt ein Blatt, das sich mit Vorliebe über die „Verhetzung" der Arbeiter und der Mißachtung staatlicher Einrichtungen durch die Sozialdemokratie ergeht. —

Ausland.

Oesterreich.

Der Dringlichkeitsantrag Geßmann wurde gestern (Mittwoch) vom Abgeordnetenhause mit 227 gegen 46 Stimmen unter lebhaftem Beifall und Händeklatschen angenommen.

Die sauberen Alldeutschen glaubten ihrer „Ehre" etwas zu vergeben, wenn sie diesen großen historischen Moment vorübergehen ließen, ohne sich wieder einmal im vollen Strahlenglanze ihrer Ruppigkeit zu zeigen. Sie wälzten den Aerger über ihre Niederlage auf unsere Genossen ab, denen der berüchtigte Schönerer zurief: „Bezahlte Komödianten, bestochene Bagage!" — Die Sozialdemokraten riefen: „Schönerer, Sternberg und Schwarzenberg retten das deutsche Volk." —

England.

Portsmouth, 7. November. **Zu den Matrosenmeutereien wird noch mitgeteilt,** daß eine strenge kriegsgerichtliche Untersuchung eingeleitet ist. Alle Truppen sind in den Kasernen zerniert; man glaubt, daß die weniger Schuldigen sofort eingeschifft, die Hauptschuldigen aber vor das Kriegsgericht gestellt werden.

Zur Unterrichtsbill wurde vom Oberhause am Dienstag mit 133 gegen 83 Stimmen zu Artikel 4 ein Abänderungsantrag angenommen, obgleich der Lordgeheimsiegelbewahrer, Marquis of Ripon, im Namen der Regierung erklärt hatte, daß der Antrag gefährlich sei und die Zustimmung des Unterhauses unmöglich finden könne. Ripon hatte die Opposition auch darauf hingewiesen, daß sie, wenn sie auf dem Abänderungsantrag bestände, Gefahr liefe, die Vorteile der im Artikel 4 bezüglich des Religionsunterrichtes gemachten Zugeständnisse zu verlieren. —

Gemeindewahlen. Glasgow, 6. November. **Bei den heute hier stattgehabten Gemeindewahlen sind von 34 seitens der Arbeiterpartei aufgestellten Kandidaten nur drei gewählt worden.**

Dänemark.

Die Zollreform vor dem Folkething.

Das Folkething hat am Montag mit der ersten Lesung des Regierungsentwurfes über die Zollreform begonnen. Strenge Kritik an dem Entwurfe übte der Wortführer der Sozialdemokratie, Sigwald Olsen. Er verlas im Laufe seiner Rede die Resolution über die Zollfrage, die auf dem dänischen Parteitage von 1901 angenommen wurde. Sie lautet:

„Die Sozialdemokratie ist prinzipiell Gegnerin aller indirekten Steuern und fordert deren Ersatz durch direkte Steuern mit steigender Skala. Sie widersetzt sich darum jeder neuen indirekten Steuer, sei es eine Steuer finanzieller oder protektionistischer Art. Die bestehenden Zollsteuern sollen so schnell wie möglich aufgehoben werden, jedoch was den Zollschutz anbetrifft in der Weise, daß dieser nach und nach herabgesetzt wird unter Rücksichtnahme auf die besonderen Verhältnisse der einzelnen Industriezweige."

Verglichen mit diesen Forderungen ist die vorgeschlagene Zollreform ganz unzureichend, ja zum Teil verwerflich, da sie neben Aufhebung und Ermäßigung auch Erhöhung einzelner Zollsätze und sogar neue Zölle enthält.

Norwegen.

War nicht anders zu erwarten —

Christiania, 5. November. In der heutigen Sitzung des Storthings stellte der Sozialist Erichsen den Antrag, das Storthing möge sein Bedauern aussprechen über das Vorgehen der Regierung bei Beschlagnahme russischer Schriften in Vardö. Der Minister des Aeußern Löland erklärte darauf, daß in dieser Frage keine allgemeine völkerrechtliche Regel bestehe; die Entscheidung beruhe auf gegenseitigem Entgegenkommen der einzelnen Staaten und auf Schiedsgerichtssprüchen. Eine Person, welche das Asylrecht eines Landes genieße, müsse sich auch den Gesetzen des betreffenden Landes unterwerfen, wie es die eigenen Bürger tun. Nach weiterer Debatte wurde der Antrag mit allen gegen zehn sozialistische Stimmen abgelehnt. —

Amerika.

Die Kongreßwahlen fanden am Dienstag in allen Staaten der Union, ferner fanden in 23 Staaten noch Gouverneurwahlen statt. Die Republikaner sind zwar nicht niedergerungen, indessen wird sich ihre Mehrheit im Kongreß von 112 auf zirka 70 verringern.

Im Staate New York ist der Republikaner Hughes mit einer Mehrheit von etwa 55 000 Stimmen zum Gouverneur gewählt, und die ganze republikanische Liste siegte noch einmal. Der Rückgang der republikanischen Stimmen gegenüber ihrer Anzahl bei der vorletzten Gouverneurswahl beträgt hier ungefähr 30 000, aber dennoch ist Hearsts Niederlage noch immer eklatant genug.

In Pennsylvania, Rhodes-Island, Connecticut, Michigan, Iowa, Minnesota, Indiana, Wisconsin und Ohio haben die Republikaner einen vollständigen Sieg davongetragen. In Chicago hat die Unabhängigkeitsliga 40 000 Stimmen erhalten, im Staate Illinois hat sich eine republikanische Mehrheit ergeben. — Guild ist mit einer Mehrheit von 34 000 Stimmen zum Gouverneur von Massachusetts gewählt, und Hoch ist als Gouverneur von Kansas wiedergewählt worden. — Im Süden haben — wie gewöhnlich — die Demokraten gesiegt. —

Ottawa, 4. November. Die Wahlpflicht soll durch ein dem Parlament in dieser Session vorzulegendes Gesetz eingeführt werden, um den Mißständen, die sich durch die Teilnahmslosigkeit vieler Wähler herausgebildet haben, entgegenzuarbeiten. Es wird beabsichtigt, denjenigen, die ihr Wahlrecht nicht ausüben, dieses eventuell zu entziehen. —

Aus der Partei.

Ein Parteijubiläum.

In Nürnberg feiern die Genossen jetzt das Jubiläum der Eroberung Nürnbergs durch die Sozialdemokratie. Am 8. November sind 25 Jahre verflossen, daß der Wahlkreis Nürnberg ununterbrochen im Reichstag sozialdemokratisch vertreten ist. Nürnberg war zugleich auch der erste Wahlkreis in Bayern, der von unserer Partei gewonnen wurde. Der Wahlsieg von 1881 war für Nürnberg ein kolossaler Erfolg. Die Partei war damals dort kaum zehn Jahre alt. Ein kleines Häuflein radikaler Elemente, die sich nach dem Nürnberger Vereinstage 1868 von dem im fortschrittlichen Fahrwasser weiter schwimmenden Arbeiterverein losgelöst hatten, propagierten die Bestrebungen der internationalen Arbeiterassoziation, von allen Seiten verhöhnt und verspottet. Als sie sich vermaßen, bei der ersten Reichstagswahl 1871 mit einem eigenen Kandidaten in der Person des noch lebenden Gießmeisters Faaz aufzumarschieren, erhob sich ein Höllengelächter. Der rote Kandidat brachte es auf ganze 340 Stimmen. Aber bald sollte sich das Blättlein wenden. Als der junge Schlossergeselle Karl Grillenberger in die Bewegung eintrat und sich rasch zur leitenden Stelle emporschwang, als das von radikalen Demokraten und Sozialisten gegründete „Demokratische Wochenblatt" in den Besitz der Gesamtpartei überging und Grillenberger Redakteur wurde, ging es mit Riesenschritten vorwärts, die Arbeiter desertierten in hellen Scharen aus dem fortschrittlichen Lager. Als Grillenberger 1874 zum erstenmale zum Reichstage kandidierte, brachte er es bereits auf 5300 gegen rund 11 000 fortschrittliche Stimmen. Nun lachten die Fortschrittler nicht mehr, sie sahen, daß sie es mit einem sehr gefährlichen Gegner zu tun hatten, gegen den nun eine wilde Hetze entfaltet wurde. Die Liberalen fanden dabei Bundesgenossen an den Behörden, die eine Aera der Verfolgungen gegen die junge Partei einleiteten. Der fortschrittliche Stadtmagistrat Nürnberg glaubte sie schließlich am besten vernichten zu können, indem er sie für „aufgelöst" erklärte. Aber die Auflösung hatte nur den Erfolg, daß sie immer stärker wurde. Allgemeines Entsetzen herrschte bei allen gutgesinnten Bürgern, als Grillenberger 1877 mit dem fortschrittlichen Kandidaten in die Stichwahl gelangte. Gegen die vereinten Kraftanstrengungen unterlag er mit einer geringen Minderheit in der Stichwahl. Bei den Attentatswahlen wurde auch in Nürnberg das menschenmöglichste an Verhetzungen, Verfolgungen, den schlimmsten Wahlbeeinflussungen usw. geleistet, aber trotzdem brachte die Wahl unserer Partei keinen Stimmenrückgang, sondern einen kleinen Zuwachs von 137 Stimmen. Doch kam sie nicht wieder in die Stichwahl, weil das sonst indifferente Spießbürgertum durch die Attentatshetze aufgescheucht und für die vereinigten Liberalen an die Urne getrieben war. In den nun folgenden ersten Jahren der Herrschaft des Schandgesetzes war alle öffentliche Tätigkeit der Partei lahmgelegt. Weder in Versammlungen noch in der Presse konnten sozialdemokratische Ideen vertreten werden. An eine Agitation für die Reichstagswahlen im Jahre 1881 war nicht zu denken. Es wurde zwar der Versuch gemacht, eine Wählerversammlung einzuberufen, sie wurde aber sofort verboten. Flugblätter durften nicht verbreitet werden. Es war unmöglich, den Kandidaten öffentlich aufzustellen; auf einem Ausfluge, den eine Anzahl Genossen in den Reichswald unternahmen, stieg der aus Berlin ausgewiesene Genosse Leist auf einen Baum und proklamierte von oben herab die Kandidatur Grillenbergers. Trotz alledem ging die vernichtet geglaubte Sozialdemokratie aus der Wahl mit dem Resultat hervor, daß Grillenberger mit dem fortschrittlichen Kandidaten sich in der engeren Wahl messen mußte, in der er Sieger blieb. Nur noch einmal, im Jahre 1884, wurde Stichwahl notwendig, von da ab schlug der sozialdemokratische Kandidat seine Gegner schon im ersten Wahlgang aus dem Felde. Die Stimmenzahl wuchs von Wahlperiode zu Wahlperiode in erfreulicher Weise. Jener erste Wahlsieg gab der Partei den Mut, ihr Augenmerk auch den bis dahin vernachlässigten Landtags- und Gemeindewahlen zuzuwenden, und schon 1887 erzielte sie bei ersteren einen schönen Achtungserfolg. 1893 wurde der Liberalismus auch aus dem Landtage verdrängt, die Mandate waren zwölf Jahre in unserem Besitz und konnten 1905 nur durch eine raffiniert ausgeklügelte Wahlkreisgeometrie wieder verloren gehen. Der moralische Sieg verblieb der Sozialdemokratie, die ein Drittel mehr Stimmen aufgebracht hatte als die vereinigten Gegner. Auch auf dem Gebiete der Gemeindewahlen ist es so weit gekommen, daß der Liberalismus bisher seine Herrschaft nur durch eine Koalition mit allen möglichen reaktionären Elementen aufrecht erhalten konnte, was ihm vielleicht schon bei der nächsten Wahl nicht mehr möglich sein wird. Die Parteigenossen Nürnbergs haben also alle Ursache, das Jubiläum ihres ersten Wahlsieges zu begehen, der der Ausgangspunkt einer Reihe anderer herrlicher Erfolge geworden ist.

Zur Unterstützung des Heimarbeiterschutz-Gesetzentwurfs, den die sozialdemokratische Fraktion dem Reichstag nach seinem Zusammentritt vorlegen wird, fordert der Landesvorstand der Sozialdemokratie des Herzogtums Altenburg die dortigen Genossen auf. Die Leiter der Parteiorganisationen in den einzelnen Orten, in deren Bezirken Heimarbeit angefertigt wird, sollen die Verbreitung von Flugblättern und die Abhaltung von Versammlungen veranlassen. In allen Parteiorten, in denen Heimarbeiter wohnen, sollen Versammlungen stattfinden.

Lehrkurse will der Sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Mannheim im Januar nächsten Jahres in Mannheim an drei aufeinanderfolgenden Sonntagen stattfinden lassen. Von jedem Ortsverein können einige Genossen entsandt werden. Die Kosten der Kurse trägt die Wahlvereinskasse, auch die Fahrgelder nach Mannheim; etwaige persönliche Entschädigungen haben die Ortsvereine zu tragen. Die Kurse umfassen folgende Lehrgegenstände:

1. Tag: Geschichte der Partei- und Gewerkschaftsbewegung.
2. Tag: Reichs- und Landesverfassung; Städte- und Gemeindeordnung.
3. Tag: Arbeiterversicherung; Anleitung für das Versammlungswesen; Vereins- und Versammlungsrecht.

Von den Organisationen. Der Sozialdemokratische Verein Breslau hatte im dritten Quartal eine Einnahme von 4168,70 M. Der Kassenbestand verminderte sich gegen das Vorquartal von 1745,29 M. auf 1676,08 M., was den erheblichen Kosten des Lokalkampfes zuzuschreiben ist. Für das Parteisekretariat wählte die letzte Versammlung des Vereins in der Person des Genossen Herrmann eine Hilfskraft.

Das Kreiskomitee für den Wahlkreis Solingen beschloß, eine Wahlfondsmarke a 10 Pf. herauszugeben, welche zur Ansammlung eines ständigen Wahlfonds benutzt werden soll.

Das Mannheimer Parteitagskomitee hat dem Genossen Wendelin Weißheimer als Ausdruck des Dankes für seine Tätigkeit als Komponist und Dirigent bei der Eröffnungsfeier des Parteitages eine Beethovenbüste, in Bronze ausgeführt, überreicht.

Eine Bürgerschafts-Ersatzwahl in Bremen brachte unseren Genossen eine Zunahme ihrer Stimmen von 189 auf 217, ließ sie aber das von dem verstorbenen Genossen Struckmann innegehabte Mandat verlieren, da die Bürgerlichen diesmal zusammengingen. Sie hatten diesmal 309 Stimmen, während 1905 zwei bürgerliche Kandidaten 232 und 175 Stimmen erhielten, insgesamt 407, sodaß die Bürgerlichen diesmal 98 Stimmen weniger aufbrachten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strafkonto der Presse. Wegen Beleidigung eines Hauptmanns wurde der Genosse Wendel-Leipzig als ehemaliger verantwortlicher Redakteur der Chemnitzer „Volksstimme" vom Chemnitzer Landgericht zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt. Es war ein Uebungsmarsch einer Kompagnie des Infanterie-Regiments Nr. 181 kritisiert worden, bei dem die Mannschaften bei glühender Hitze und schwerbepackt außerordentlich angestrengt wurden. Das Gericht meinte, daß das Recht der freien Meinungsäußerung überschritten sei.

Das Schöffengericht zu Halle a. S. verurteilte den Genossen Molkenbuhr vom „Volksblatt für Halle" zu 150 Mark Geldstrafe. Das Gericht nahm sonderbarerweise eine Beleidigung eines Bergrats an, weil das „Volksblatt" im Mai d. J. eine Bekanntmachung der Direktion der Mansfeldschen Gewerkschaft abdruckte, in welcher vor Verbreitung des bestehenden Gerüchtes, daß 17 Millionen Mark unterschlagen worden seien, gewarnt wurde. Das „Volksblatt" hatte dazu bemerkt, daß man den am 22. Mai stattfindenden Gewerkentag erst abwarten müsse, um zu sehen, wie sich die Sache verhält.

Das Gericht nahm an, da ein Zusatz gemacht sei, der die Möglichkeit der Wahrheit des Gerüchtes nicht sofort ausschloß (!), daß eine Beleidigung des Bergrates vorliege, der durch eine Reise nach Italien den Anlaß zum Entstehen des Gerüchtes gegeben hatte.

Genosse Meyer von der „Brandenburger Zeitung" wurde wegen Beleidigung des bekannten Konsumvereinstöters Rechtsanwalt O. Suchsland aus Halle a. S. in der Berufungsinstanz zu 100 M. Geldstrafe verurteilt, während das Schöffengericht auf Freispruch erkannt hatte. Die Beleidigung soll durch einen Artikel „Die Kostenrechnung des Nebenklägers" erfolgt sein. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß der Gerichtshof die sachlichen Unterlagen als zur Kritik heraus-

fordernd angesehen habe, die Form oder der „Mantel" des Artikels sei aber derart ironisch und für den Privatkläger herabsetzend abgefaßt, daß sich die Verurteilung wegen Beleidigung rechtfertige.

Für Herrn Suchsland ist diese Begründung in ihrem ersten Teile nicht sehr erfreulich.

Gewerkschaftliches.

Allzu „Christliches".

In dem nämlichen Saale in Köln, worin vor mehreren Monaten eine kleine Zahl Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes, die sich in eine „christliche" Gewerkschaftsversammlung gewagt hatten, mit Stöcken, Biergläsern und Messern von einer „christlichen" Bande blutig mißhandelt wurden, hat sich jetzt wieder eine solche tumultuarische Szene abgespielt. Die Hirsch-Dunckerschen hatten in den Kristallpalast eine öffentliche Versammlung einberufen, um gegen das schofle Verhalten des christlichen Metallarbeiterverbandes nach der Beendigung des großen Streiks auf dem Aachener Hüttenwerk „Rote Erde" zu protestieren. Die Form der Versammlungsplakate ließ schwere Angriffe auf die Verrätertaktik der „Christlichen" erwarten, und so faßten die letzteren insgeheim den Plan, in Masse in die Hirsch-Dunckersche Versammlung zu gehen und die Veranstalter zu überrumpeln. Nach dem Hirsch-Dunckerschen Referenten sollte ein „Christlicher" das Wort nehmen, eine Stunde sprechen und dann eine Resolution zur Annahme bringen, die sich gegen die Hirsche selber statt gegen die „Christlichen" wendete. Die Annahme dieser Resolution war infolge der erdrückenden Masse der zu der Versammlung abkommandierten katholischen Gesellenvereinler, Kongreganisten und sonstigen Zentrumsherdentiere von vornherein sicher. Gemäß dem Plane ließ man den Hirsch-Dunckerschen Cislick zwar seine Rede halten, aber man unterbrach ihn immerfort in der wüstesten Weise. Der Lärm steigerte sich zum Indianergeheul, als Cislick das in Aachen von den Christlichen herausgegebene Flugblatt kennzeichnete. Dann erhielt der christliche Arbeitersekretär Schmitz das Wort, um die Hirsche unter dem Beifallsgeheul der klerikalen Horde herunterzumachen. Während dieser Rede erschien der Agitationsleiter der Christlichen im Saargebiet, Wernerus, der Feldherr des verkrachten Streiks auf der Burbacher Hütte, im Saale, von den Seinen mit einem ohrenbetäubenden Begrüßungslärm empfangen.

Der christliche Plan, den offenbar ein Zögling der berüchtigten M.-Gladbacher Jesuitenschule ausgeheckt hat, wurde bis zur Annahme der erwähnten Resolution, die den Hirschen vorwirft, daß ihre Ohnmacht die Niederlage von „Rote Erde" verschulde, durchgeführt. Der christliche Redner ließ gleich selber über die Resolution abstimmen. Die Annahme wurde von dem klerikal erzogenen Janhagel mit unbeschreiblichem Jubelradau begrüßt. Nicht vernünftige Menschen, sondern losgelassene Irrenhäusler schien man vor sich zu haben. Die Horde brüllte in einem fort, man kletterte auf Tische und Stühle, und schließlich hoben die auf den Tischen Stehenden ihre Anführer auf die Schultern. Zu Tätlichkeiten war es bis jetzt noch nicht gekommen. Da plötzlich wurde der Hirsch-Dunckersche Gauleiter Hartmann aus Aachen das Ziel des christlichen Geisteskampfes. Es bildete sich eine tobende Menge um ihn; ein junges Bürschchen sprang auf den Tisch und kommandierte. Im Augenblick war Hartmanns Tisch umgestürzt, und es begann ein Bombardement mit Biergläsern, Stühlen und Tischen auf die kleine Gruppe der Gewerkvereinler. Man glaubte eine Massenjongleurszene im Zirkus zu sehen, so flogen die Tische und Stühle durch die Luft. Eine ganze Anzahl der Versammlungsteilnehmer erlitt blutende Verletzungen. Besonders schwer war der Gauleiter Hartmann von den „Christen" mißhandelt worden. Die Schreckensszenen nahmen ein Ende dadurch, daß das Licht abgestellt wurde und Polizei erschien, um den Saal zu räumen. Während man jede öffentliche Versammlung der freien Gewerkschaften durch zwei Beamte überwachen läßt, waren zu dieser Versammlung keine polizeilichen Abgesandten erschienen. Als der Saal geräumt war, bot sich ein Bild schlimmster Verwüstung. Zerbrochene Stühle, umgeworfene Tische und zertrümmerte Biergläser lagen wild durcheinander, Zeugnis gebend von der beispiellosen Brutalität, mit der der fanatisierte Zentrumsanhang gewütet hatte.

Berlin und Umgegend.

Ein neuer Verrat der Hirsch-Dunckerschen.

Wie wir der „Volkszeitung" entnehmen, beschäftigte sich eine Versammlung der Vertrauensmänner und der Ortsvereinsausschüsse des Gewerkvereins der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter mit den Differenzen bei Siemens u. Halske. Die Versammlung nahm folgende Resolution an:

„Die heutige Vertrauensmännerkonferenz erklärt sich mit dem Verhalten der Gewerkvereinskollegen in den Siemens-Schuckert- und Siemens- u. Halske-Werken einverstanden. Die Versammlung verurteilt das diktatorische Vorgehen des Führers des Deutschen Metallarbeiterverbandes gegenüber den Gewerkvereinlern und erklärt als Grundbedingung eines gemeinsamen Vorgehens bei Lohnbewegungen, daß der Gewerkverein als gleichberechtigt zu den Vorberatungen hinzugezogen wird. Geschieht dies nicht, dann müssen die Beschlüsse, welche von anderen Organisationen allein gefaßt worden sind, auch von diesen allein durchgeführt werden."

Die Versammlung billigte also den Streikbruch der Hirsch-Dunckerschen bei Siemens u. Halske. Denn Streikbruch ist es und bleibt es, wenn ein Arbeiter gegen den Beschluß der Majorität seiner Kollegen die Beteiligung an einer Bewegung unterläßt. Es ist dabei ganz gleichgültig, ob er der Organisation dieser Mehrheit, einer anderen Organisation oder gar keiner angehört. Sonst hätte ja der Unorganisierte das Recht, den Beschluß der organisierten Kollegen außer acht zu lassen und an der Arbeitsstelle zu verbleiben, die diese verlassen. Wird dieses Bleiben von der Organisation der Minderheit funktioniert, so handelt es sich dann eben um organisierten Streikbruch, um Arbeiterverrat allemal!

Die Formenziseleure Berlins sind in den Streik getreten, nachdem Verhandlungen mit den Arbeitgebern zu keinem Resultat geführt haben.

Die gestellten Forderungen sind achtstündige Arbeitszeit, 15 Proz. Lohnerhöhung usw.

Verband der Graveure, Ziseleure und verwandten Berufsgenossen, Filiale Berlin.

Die Bewegung der Bierfahrer. Am Sonntag tagte auch im Volkshause zu Charlottenburg eine Versammlung aller in den Charlottenburger Brauereien beschäftigten Kutscher, Stalleute und Mitfahrer, um Stellung zu dem neuen Lohntarif zu nehmen.

Nach einem ausführlichen Referate von Uhtes-Berlin fand eine Resolution Annahme, wonach die Anwesenden sich mit den Beschlüssen der am Sonntag, den 28. Oktober, abgehaltenen Versammlung im Buggenhagenschen Lokale zu Berlin, einberufen vom Transportarbeiterverband, einverstanden erklären. Nachdem noch verschiedene Diskussionsredner einige Mißstände auf den Brauereien vorgebracht, wurden in die Lohnkommission noch zwei Kollegen gewählt.

Deutsches Reich.

Zum Streik der Lübecker Tischler. Nachdem die Verhandlungen vor dem Einigungsamt zwecks Beilegung des Streiks im Lübecker Tischlergewerbe mangels jeglichen Entgegenkommens der Arbeitgeber in bezug auf die Arbeitszeitverkürzung gescheitert sind, haben die Arbeitgeber die Aussperrung aufgehoben und suchen jetzt Tischler bei 9½stündiger Arbeitszeit und 48—52 Pf. Stundenlohn. Zu dieser veränderten Sachlage haben die Holzarbeiter am 4. November Stellung genommen und mit 167 gegen 15 Stimmen beschlossen, unter Aufrechterhaltung der Forderung der neunstündigen Arbeitszeit den Kampf fortzusetzen. — Zuzug von Tischlern, Drechslern, Maschinen- und Hülfsarbeitern ist von Lübeck streng fernzuhalten.

Die Schereumacher in Solingen sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie reichten ein Preisverzeichnis mit höheren Lohnsätzen ein, das bisher von etwa 35 Fabrikanten anerkannt wurde. Bei einer Anzahl von Fabriken, die die Forderungen nicht bewilligen wollten, wurde die Arbeit niedergelegt.

Ausland.

Schuhmacher-Aussperrung.

Fougères (Dep. Ille-et-Vilaine), 7. November. Infolge von Streitigkeiten zwischen den Schuhwarenfabrikanten, welche eine „Vereinheitlichung der Löhne" fordern, und den Arbeitern, welche Sondertarife verlangen, haben 22 Fabriken mit insgesamt 7000 Arbeitern ihre Arbeiter ausgesperrt.

Der Organisationskampf der Matrosen am Schwarzen Meere.

Am Anfang dieses Sommers hatten die Seeleute der Handelsflotte am Schwarzen Meere einen heroischen 43 Tage währenden Kampf um das Recht, sich zu organisieren, durchgeführt und jetzt müssen sie wieder um dasselbe kämpfen.

Die Bewegung unter den Seeleuten des Schwarzen Meeres dauert schon längere Zeit. Sie nahmen in Odessa und anderen Seestädten des Schwarzen Meeres an den Generalstreiks vom Juli 1903 und Juni 1905 teil.

Schon vielemal hatten die Polizeiagenten versucht, die Matrosen von der proletarischen Bewegung zurückzuhalten. Im Jahre 1902 bis 1903 gründete Schajewitsch, ein Agent des berühmten Subatow*), unter den Seeleuten einen Verband. Aber nach dem Streik vom Juli 1903, als die Matrosen den wahren Charakter dieser Vereine, die unter dem Schutze der Polizei gegründet worden waren, erkannt hatten, löste sich dieser Verband auf.

Nach dem Streik vom Juni 1905 versuchten die Behörden wieder, die Bewegung unter den Matrosen ihrem Einfluß zu unterwerfen und sie auf dem für die Regierung wünschenswertesten Wege zu führen. Im August 1905 wurde in Odessa, in der Gegenwart der Militärchefs der Stadt und der Vertreter der Dampfschiffahrtsgesellschaften, das Kontor „der Registratur der Seeleute der Flotte vom Schwarzen Meere" feierlich eröffnet. Es war dies ein gewerkschaftlicher Verband eigener Art, aber ein solcher, der sich unter dem Schutz der Unternehmer und der Behörden befand. An der Spitze dieser „Registratur" standen gewählte Deputierte der Schiffsmannschaften. Die „Registratur" mußte unter den Matrosen die Arbeiten verteilen, die genaue Erfüllung aller Bedingungen der Arbeitsverträge überwachen und die Interessen der Schiffsmannschaften verteidigen.

Am Anfang hatten die aufgeklärten Arbeiter und die anderen Arbeiterverbände Odessas aus selbstverständlichen Gründen kein Vertrauen zu dieser Organisation, die unter der Beteiligung der Unternehmer und der Polizei gegründet worden war. Die zielbewußten Arbeiter waren noch der Tätigkeit Subatows eingedenk. Sie glaubten nicht, daß ein solcher Verband die Interessen der Matrosen gegen die Unternehmer wirklich verteidigen könnte.

Aber nach einiger Zeit änderte sich die Natur des Verbandes vollständig. Wie schlecht er auch organisiert war, trotz aller Mühe, die sich die Unternehmer und die Polizei gaben, um ihn unschädlich zu machen und zu einem Spielzeug in ihren Händen zu verwandeln, so wurde doch alles durch die proletarische Zusammensetzung des Verbandes überwunden; bald wurde dieser Verband aus einem Werkzeug des Kampfes gegen die Interessen der Arbeiterschaft in ein Werkzeug des Kampfes für ihre Interessen verwandelt.

Diese „Registratur" wurde eine wirkliche Verteidigerin der Interessen der Seeleute; sie gab auf jeden Versuch der Unternehmer acht, der dahin ging, die neuen Eroberungen der Arbeiter zunichte zu machen. Der Verband veränderte sich so vollkommen, daß die Behörden es für nötig fanden, ihn während der Dezemberaktion, gleichzeitig mit anderen Arbeiterverbänden, aufzuheben.

Von dieser Zeit an erstrebten die Seeleute unaufhörlich die Wiedereröffnung dieser „Registratur" oder die Gründung eines neuen gewerkschaftlichen Verbandes. Aber umsonst baten die Seeleute den Odessaer Generalgouverneur um Erlaubnis, eine Versammlung abzuhalten, um die Statuten auszuarbeiten, und einen neuen Verband zu gründen; diese Erlaubnis wurde nicht gegeben. Es wurde den Seeleuten klar, daß man ihnen die Möglichkeit, sich wieder legal zu organisieren, nicht geben will. Sie versuchten, einen illegalen Verband ins Leben zu rufen, hatten aber keinen Erfolg. Dann entschlossen sich die Seeleute, durch Kampf das Recht, sich zu organisieren, zu erobern. Sie beschlossen, durch einen Streik einen Druck auf die Administration auszuüben.

Der Streik wurde am 25. Mai erklärt und am Morgen dieses Tages lagen alle Dampfschiffe, die damals in Odessa waren, still. Es streikten über 3000 Matrosen. 43 Tage lang verließ kein einziges Dampfschiff den Hafen von Odessa.

Die Hauptforderung der Matrosen war das Wiedereröffnen der Registratur; aber außerdem forderten sie eine Erhöhung des Lohnes, eine Reduzierung der Arbeitszeit, die Erhöhung des Lohnes für Ueberstunden, die Bezahlung des Lohnes für die ganze Dauer des Streiks.

Wie sehr sich auch die Unternehmer und die Behörden bemühten, um die feste Entschlossenheit der Matrosen zu brechen, es gelang ihnen doch dies nicht. Man versuchte, durch Verhaftungen und durch Bekanntmachungen über bevorstehende Ausweisung der Matrosen nach ihren Heimatsorten sie einzuschüchtern. Drei Deputierte der Matrosen wurden verhaftet, aber dann erklärten die Matrosen, daß sie die Friedensunterhandlungen nicht anfangen würden, bevor die Verhafteten nicht freigelassen werden. Die Administration war genötigt, sie zu befreien. Am Ende der vierten Woche kam aus Petersburg ein Beamter des Finanzministeriums nach Odessa, um den Streik beizulegen, aber es gelang ihm dies nicht und er fuhr unverrichteter Sache zurück.

Am 40. Tage wurde eine Bekanntmachung von der Russischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft veröffentlicht mit der Ankündigung der Zugeständnisse, die sie zu machen bereit war. Es begannen dann die Unterhandlungen zwischen den Deputierten der Matrosen und den Unternehmern, die drei Tage dauerten.

Der volle Sieg war die Belohnung für die Standhaftigkeit und Festigkeit der Matrosen. Der Streik wurde am 6. Juli beendet. Die Schiffsmannschaften kehrten auf die Schiffe zurück und auf dem Ufer blieb ihre Verteidigerin, die „Registratur", mit voller Macht ausgerüstet.

Aber die „Registratur" war den Behörden ein Dorn im Auge, und nach einiger Zeit hoben sie sie wieder auf.

*) Subatow bekleidete ein wichtiges Amt in dem Polizeidepartement; nach seiner Idee versuchten die Polizeiagenten in vielen Industriestädten unter den Arbeitern Verbände zu gründen, die nur den wirtschaftlichen Kampf gegen die Fabrikanten zum Zweck hatten, um auf diese Weise die Arbeiter von der sozialdemokratischen Bewegung zurückzuhalten.

Wie uns nun der Telegraph meldet, entschlossen sich die Seeleute, einen neuen Streik am 3. November zu erklären, um das Recht ihrer Organisation wieder zu verteidigen.

Die Ersatzwahl im dritten Landtagswahlkreise.

Bei den gestern vollzogenen Ersatzwahlen der Wahlmänner für die zweite Wählerklasse wurden nach den bisherigen Ermittelungen 122 **sozialdemokratische Wahlmänner**, 64 Freisinnige und 24 Konservative gewählt. In 31 Bezirken kommen unsere Wahlmänner mit denen der bürgerlichen Parteien in Stichwahl.

Die erste Wählerklasse brachte **für unsere Partei 24**, für die Freisinnigen 93 und für die Konservativen 35 Wahlmänner. In dieser Klasse stehen unsere Genossen in vier Bezirken mit den Gegnern in Stichwahl.

Das Resultat kann jedoch auf Vollständigkeit keinen Anspruch machen, da aus den Bezirken des 5. Reichstagswahlkreises, die zum 3. Landtagswahlkreis gehören, noch kein Resultat vorliegt.

Eingegangene Druckschriften.

Die Lohnbewegungen und Streiks im Bäckergewerbe im Jahre 1906. Agitationsbroschüre des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands. Verlag O. Allmann, Hamburg, Besenbinderhof 57.

Der Tarifvertrag unter besonderer Berücksichtigung der Entwickelung in England sowie der deutschen Buchdrucker-Tarifgemeinschaft. Von Adam Brogsitter. Verlag Fredebeul u. Koenen, Essen (Ruhr). Preis broschiert 1,20 M.

Dr. P. Gerhard: Wie lebt man gut und gesund für 60 Pf. tagtäglich? 15 Seiten. Preis 50 Pf. Verlag B. Krüger in Steglitz.

Karl Marhold. Verlagsbuchhandlung, Halle a. S.: Damenkalender für gute und für schlimme Damen. 208 Seiten.

H. v. Borken. Die soziale Frage. 24 Seiten. Verlag A. Kiefer, Breslau, Lessingstr. 9.

Was willst du wissen? Gemeinverständlicher Ratgeber für Handwerker und Kleingewerbetreibende. Amtsrichter Walter Johnson. In 12 Lieferungen zu 50 Pf., broschiert 6 M., gebunden 7 M. Verlag von Emil Stock in Leipzig.

W. Hopf. Die deutsche Krisis des Jahres 1866. 616 Seiten. Preis broschiert 3 M. Verlag H. Feesche, Hannover.

Der Tropenpflanzer. Nr. 11. Organ des kolonialwirtschaftlichen Komitees. Herausg.: O. Warburg, F. Wohlmann. Erscheint monatlich. Preis jährlich 10 M. Verlag: Unter den Linden 40, I.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Fleischer stoßen Pod vor den Bauch.

Berlin, 7. November. Die Berliner Fleischerinnung hat heute abend in Sachen der Fleischnot, wie die „Allg. Fleischer-Ztg." meldet, folgende an den Landwirtschaftsminister gerichtete Resolution angenommen:

„Wir bedauern es auf das tiefste, daß der Ratgeber der Krone auf die wiederholten Notrufe des Berliner Fleischergewerbes, welche im Interesse der Bevölkerung und im schweren Ringen um unsere Existenz erhoben worden sind, **sich bisher nicht einmal veranlaßt gesehen hat, eine Antwort zu erteilen**; wir meinen als Staatsbürger das Recht zu haben, auf unsere Eingaben und Bitten auch einer Antwort gewürdigt zu werden.

Ew. Exzellenz haben durch die nicht in Erfüllung gegangene Voraussage in bezug auf Beendigung der Schweineteuerung den unwiderlegbaren Beweis gegeben, daß Ew. Exzellenz nicht in der Lage sind, die Verhältnisse auf diesem Gebiete richtig zu beurteilen, um danach geeignete Maßregeln ergreifen zu können.

Ew. Exzellenz halten nach wie vor **in unberechtigter Weise** die Hand über einen Stand, welcher nun schon seit mehr denn zwei Jahren in bezug auf Viehproduktion den berechtigten Forderungen der Konsumenten **nicht nachgekommen ist. Jeder Berliner Viehmarkt ist eine Bankrotterklärung der für diesen Viehmarkt in Betracht kommenden Landwirtschaft.**

Im Interesse des konsumierenden Publikums und in Wahrung unserer eigenen Existenz erheben wir daher von neuem **nicht mehr die Bitte, sondern die Forderung, daß**

sofort Maßregeln zur Oeffnung der Grenzen getroffen werden

und ersuchen Ew. Exzellenz um Bescheid, wann diese für die Volksernährung so dringend nötigen Anordnungen zu erwarten sind."

Duellprügelei.

Wiesbaden, 7. November. (W. H.) Im Walde hinter dem Neroberge fand heute früh ein **Duell zwischen zwei Herren** statt, von denen der eine verwundet wurde. Wahrscheinlich handelt es sich **um eine Ehetragödie.**

Kuppeleiprozeß Riehl.

Wien, 7. November. (W. H.) In dem Prozesse wegen der Vorkommnisse in dem Salon Riehl verurteilte das Gericht **Regina Riehl zu 3½ Jahren, Antonie Pollak zu 1 Jahr, Friedrich König zu 8 Monaten** schweren Kerkers wegen falscher Zeugenaussage. Die angeklagten Mädchen erhielten Kerkerstrafen von 2—4 Wochen.

Versprechen und Halten.

London, 7. November. (W. T. B.) Unterhaus. **Keir Hardie** (Soz.) bringt eine Bill ein, **durch welche den Frauen das Wahlrecht** gewährt wird. Hardie begründet die Bill und führt aus, **420 Mitglieder des Parlaments hätten bei den Wahlen versprochen, für die Erteilung des Wahlrechts an die Frauen zu stimmen, hätten aber keine Schritte getan, um die Erfüllung ihrer Versprechungen zu sichern**; deshalb falle die Verantwortlichkeit für die jüngste Agitation auf sie. Hardie fordert die Regierung auf, eine Erklärung in dieser Angelegenheit abzugeben. Eine Regierungserklärung erfolgt jedoch nicht. Die Bill hat **nicht die geringste Wahrscheinlichkeit, in dieser Session angenommen zu werden.**

Die Studenten wehren sich.

Petersburg, 7. November. (W. H.) Eine hier abgehaltene Studentenversammlung beschloß eine Resolution, in welcher **die Entrüstung über das reaktionäre Verhalten des Professorenkollegiums ausgesprochen** und unter Androhung von Repressalien die **Zurücknahme der Verordnung, wonach die jüdischen außerordentlichen Hörer vom Besuch der Universität ausgeschlossen und ausgewiesen werden sollen, gefordert wird.** Infolgedessen dürfte die Universität geschlossen werden.

Vielleicht eine Kaffeekanne?

Lodz, 7. November. (W. T. B.) Von einem Privatkorrespondenten. Bei Haussuchungen in einem Kaffeehause wurde ein **bombenähnlicher Apparat vorgefunden. 18 Personen wurden verhaftet.**

Freilassung Verhafteter.

Bialystok, 7. November. (W. T. B.) Aus Anlaß des Jahrestages des Manifestes vom 30. Oktober ordnete der Generalgouverneur die **Freilassung von 39 Verhafteten an.**

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Eine Antwort.

Im Juli dieses Jahres veröffentlichte Herr Dr. Karl Peters in bürgerlichen Blättern eine Erklärung, worin er mit Bezug auf eine Aeußerung von mir in der Sitzung des Reichstages vom 17. März cr. gegen den Abgeordneten Dr. Arendt ausführte:

Die von mir erhobene Beschuldigung im März 1896, er (Peters) habe einen Diener und eine Konkubine von sich wegen ertappten Geschlechtsverkehrs aufhängen lassen, sei, wie aktenmäßig feststehe, eine dreiste Erfindung, und meine Behauptung in der Sitzung des Reichstages vom 17. März dieses Jahres, daß alles, was ich im März 1896 gegen ihn (Peters) vorgebracht, mit Ausnahme des Tuckerbriefes, sich als richtig erwiesen habe, sei eine von mir ausgesprochene bewußte Lüge.

Auf diesen Angriff, so erklärte ich am 14. Juli im „Vorwärts“, würde ich später zurückkommen — ich war im Begriff, Berlin auf längere Zeit zu verlassen — da Herr Dr. Peters allem Anschein nach das Verlangen trage, seine in Afrika vollbrachten Taten immer aufs neue vor der Oeffentlichkeit erörtert zu sehen.

Um die fraglichen Vorgänge durchaus objektiv behandeln zu können, wandte ich mich vor einigen Wochen an das Auswärtige Amt mit dem Ersuchen, mir Einsicht in die Akten der wider den Dr. Peters stattgehabten Disziplinarprozesse zu gestatten. Das Ende dieser Verhandlungen war, daß der Direktor der Kolonialabteilung im Auswärtigen Amt Herr Dernburg mir schriftlich mitteilte, daß er nach eingehender Prüfung der Angelegenheit zu seinem lebhaftesten Bedauern sich außer stande sehe, meinem Wunsche zu entsprechen, da er Bedenken tragen müsse, das von mir bezeichnete Aktenmaterial einem einzelnen Abgeordneten zugänglich zu machen.

Ich muß also zunächst auf diese offizielle Informationsquelle verzichten. Ich nehme aber an, daß, nachdem Herrn Dr. Peters auf dem Gnadenwege der Titel Reichskommissär wieder gewährt worden ist, die große Wahrscheinlichkeit besteht, der Reichstag werde später wieder Gelegenheit haben, sich mit der Angelegenheit Peters zu beschäftigen, und daß dann die Vorlegung dieser Akten zur Kenntnis des Reichstags eine gebieterische Pflicht der Reichsregierung wird. Nach der Sachlage bin ich gezwungen, mich auf die Berichte zu stützen, die die Presse über die Verhandlungen des Disziplinarhofes wider Dr. Peters im November 1897 veröffentlichte.

Kurz bemerkt sei, daß infolge der von mir provozierten Verhandlungen des Reichstags im März 1896 sich die Reichsregierung veranlaßt sah, wider den genannten Herrn das Disziplinarverfahren einzuleiten, das sich in der Hauptsache darauf stützte, daß Dr. Peters im Herbst 1891 und zu Anfang 1892 am Kilimandscharo ungerechtfertigterweise einen jungen Neger und eine junge Negerin habe hinrichten lassen, daß er unnötig kriegerische Verwickelungen mit dem Sultan Malamia herbeigeführt habe, daß er drei Negerinnen in unmenschlicher Weise habe prügeln lassen, daß er ferner über diese Vorgänge untwahre Berichte an seine vorgesetzte Behörde eingesandt und schließlich selbst verschiedenen Personen gegenüber bekannt habe, daß er den jungen Mabruk, der bei ihm in Diensten stand, wegen seiner geschlechtlichen Beziehungen zu einem seiner (Dr. Peters) Weiber (der Jagodja) habe hinrichten lassen. Eine dieser Aeußerungen soll nach Zeugenaussagen gelautet haben: „Eine solche Frechheit, das Weib des Bana Mkubwa (großen Herrn) zu begehren, verdient Todesstrafe.“

Der Antrag des öffentlichen Anklägers Geh. Legationsrat Hellwig ging dahin: auf Grund der erhobenen Beschuldigungen Dr. Peters seines Amtes zu entheben.

Die erste Instanz hatte am 24. April 1897 Dr. Peters nur teilweise schuldig erkannt und so kam auf eingelegte Berufung des Verurteilten die Angelegenheit im November 1897 in zweiter Instanz vor dem Disziplinarhof zur Verhandlung. Aus dem Erkenntnis der ersten Instanz sei mitgeteilt, daß Maler Kuhnert, der sich zur Zeit der fraglichen Vorgänge am Kilimandscharo aufhielt, unter anderem bekundete: Ein schwarzer Unteroffizier habe die Mädchen mit Ketten gefesselt und mit einem dicken Strick, einer Art Nilpferdpeitsche furchtbar geschlagen. Die Mädchen hätten zunächst furchtbar geschrieen, sie wären aber schließlich derartig von der unmenschlichen Mißhandlung erschöpft gewesen, daß sie bei den letzten Hieben nur noch leise wimmerten. Die Mädchen waren blutüberströmt. Dr. Peters habe in einem Bambusstuhl gesessen und sich die Prozedur, die selbst für afrikanische Verhältnisse furchtbar brutal genannt werden mußte, mit größter Ruhe angesehen. . . . Die Jagodja habe außerdem noch mehrere Male in kurzen Zwischenräumen je 25 Hiebe erhalten. Die Jagodja sei nach der Prozedur in Kettenhaft genommen worden. Als die Jagodja wieder einmal 25 Hiebe erhalten sollte, meldete ein schwarzer Unteroffizier, daß er Bedenken trage, die Jagodja noch einmal durchzupeitschen. Dr. Peters ordnete darauf an, die Durchpeitschung zu unterlassen und die Jagodja dem Lazarettgehülfen Wichert zur Heilung ihrer Wunden zu überweisen. Fälle ähnlicher Grausamkeiten wurden eine ganze Reihe erwähnt. Der Zeuge Bezirksamtssekretär Jancke, der als Beisitzer im sogenannten Kriegsgericht gegen den Mabruk und die Jagodja fungierte, sagte unter anderem aus: Die Auspeitschung der Weiber habe er zum Teil mit angesehen, auch Dr. Peters, der in der Veranda saß, habe die Auspeitschung sehen können. Die Jagodja sei nach geschehener Auspeitschung in Ketten gelegt und in zweitägigen Zwischenräumen von neuem ausgepeitscht worden. Bei dem Todesurteil der Jagodja habe er (Jancke) mitgewirkt und deshalb auch unterschrieben.

In der Anklagerede des Geh. Legationsrats Hellwig heißt es mit Bezug auf die Hinrichtung des Mabruk: Der Angeschuldigte Dr. Peters habe selbst bei seiner Vernehmung im August 1896 zugegeben, die sexuellen Beziehungen des Mabruk zu den Weibern auf der europäischen Station sei bei dem Todesurteil erschwerend ins Gewicht gefallen. Damit habe sich der Angeschuldigte des Mißbrauchs der Amtsgewalt schuldig gemacht. . . . Die Hinrichtung der Jagodja war auch in ihrer Weise berechtigt und durch nichts begründet. Wenn der Angeschuldigte sage: er habe diese Hinrichtung vollziehen müssen, um seine Autorität zu wahren, so widerspricht dieser Behauptung die Tatsache, daß Dr. Peters den Befehl gab, die Hinrichtung im Hofe der Station vor Tagesanbruch zu vollziehen und seinen Beamten befahl, nicht darüber zu reden.

In dem Urteil, das der Disziplinargerichtshof verkündete, heißt es nach den Preßberichten: Der Disziplinargerichtshof hat die Vorentscheidung aufgehoben, den Angeklagten im vollen Umfange der Anklage für schuldig erklärt und deshalb denselben mit der Dienstentlassung und mit der Auferlegung sämtlicher Kosten des Verfahrens bestraft. . . . Was die Sache selbst anlangt, so hat der Gerichtshof es als erwiesen erachtet, daß der Angeschuldigte den Mabruk hat hinrichten lassen, weil er ihn im Verdacht hatte, daß er mit seinen Weibern sexuellen Verkehr gehabt habe. Der Angeschuldigte hatte dazu kein Recht. Der Angeschuldigte ist sich bewußt gewesen, daß die Vollstreckung der Todesstrafe für ihn unangenehme Folgen haben könne. Deshalb hat er zwei Strohmänner als Beisitzer zum Kriegsgericht zugezogen und deshalb unterließ er die Berichterstattung an den Gouverneur von Deutsch-Ostafrika. . . . Der Gerichtshof ist der Ansicht, daß dem Angeschuldigten ein Recht auf die ihm geschenkten Weiber in keiner Weise zustand und daß er ohne deren Willen dieselben nicht behalten durfte. Deshalb hatte er kein Recht, die Herausgabe der entflohenen Weiber zu verlangen, noch dieselben durchpeitschen zu lassen. Der Gerichtshof hält die Auspeitschung für eine besondere Grausamkeit. Auch die Hinrichtung der Jagodja hält der Gerichtshof für vollständig unberechtigt. Daß die Hinrichtung im Interesse der Sicherheit der Station geschah, hat im übrigen der Angeklagte selbst nicht behauptet. Auch die Aeußerung des Angeklagten im Hotel Bristol in Berlin — im Hinblick auf seine Taten — hält der Gerichtshof für ein Benehmen, das der Würde eines Beamten nicht entsprach.“

So das Urteil, so weit es hier in Betracht kommt. Vernichtender für Dr. Peters als Mensch und Beamter konnte es nicht ausfallen. Man sollte meinen, ein Mann, gegen den ein solches Urteil vorliegt, hätte alles Interesse, zu verhüten, daß die Erwähnung dieser Scheußlichkeiten immer wieder die Oeffentlichkeit beschäftigt. Aber bei Herrn Dr. Karl Peters und gewissen seiner Freunde hat man den Eindruck, es mache ihnen ein sadistisches Vergnügen, diese schandbaren Vorgänge immer wieder erörtert zu sehen.

Was ist nun nach dem oben Dargelegten das Verbrechen, das ich an Dr. Peters begangen habe? Meine Bemerkung in der Sitzung des Reichstags am 17. März d. J.: daß in dem Disziplinarprozeß im Herbst 1897 meine Angaben — mit Ausnahme des Tucker-Briefes — sich als richtig herausstellten, enthält in sich auch die Beschuldigung, daß die von Dr. Peters veranlaßte grausame Mißhandlung und Hinrichtung der Jagodja und jener des Mabruk als eine Vergeltungstat sich darstellt dafür, daß die Konkubine des Dr. Peters mit dem Mabruk, seinem Diener, geschlechtlich verkehrte.

Diese meine Auffassung wird durch das Urteil des Disziplinargerichtshofes nicht bestätigt und so sehe ich mich veranlaßt, den Bana Mkubwa Peters fußfällig um Verzeihung zu bitten, daß ich bei ihm für die grausame Behandlung und Tötung der Jagodja dieselben Motive annahm, die vom Gerichtshof für die Tötung des Mabruk als vorhanden angenommen wurden.

Erwägt man, daß seit den Vorgängen im Reichstag im Jahre 1896 volle zehn Jahre verflossen sind und damals unter einem großen Teil der sogenannten Afrikaner die Ueberzeugung vorhanden war und überall ausgesprochen wurde, daß die grausame Auspeitschung und Hinrichtung der Jagodja durch Dr. Peters ein Racheakt für ihre Untreue sei — nebenbei bemerkt ein Begriff, der für die Negermädchen Afrikas nicht existiert —, so erklärt sich meine Auffassung. Der Gerichtshof hat, soweit aus den Berichten der Presse hervorgeht, nach dieser Richtung keine Meinung geäußert. Um so mehr entsteht die Frage, welches die wirklichen Motive waren, die Jagodja wie geschehen zu behandeln. Das Selbstbewußtsein des Bana Mkubwa Peters ist ja, wie sein ganzes Auftreten in Afrika bezeugt, grenzenlos, und die härteste, ja oft grausame Behandlung eines jeden Eingeborenen, der sich seinem Verlangen oder Befehlen nicht fügte, Grundsatz bei ihm gewesen. Dafür bringt auch sein Buch über die deutsche Emin Pascha-Expedition, deren Führer er 1889—1890 in Ostafrika war, die Zeugnisse in Hülle und Fülle. Erschien er doch, nach seinen eigenen Schilderungen, den Eingeborenen, deren Gebiete er durchzog, als ein Schreckensmensch, ich möchte sagen, als ein kleiner Tschingiskan, vor dem alle zitterten. Ich verzichte hier darauf, dies näher zu beweisen. Kommt es noch einmal im Reichstag zu einer Abrechnung, so wird dieses wie anderes nicht zu umgehen sein.

Wie man die Handlungsweise des Dr. Peters gegen die Jagodja und den Mabruk offiziellerseits und im Reichstag von bürgerlicher Seite beurteilte, dafür sei folgendes angeführt:

In der Sitzung am 18. März 1896 äußerte der damalige, seitdem verstorbene Direktor des Kolonialamts Dr. Kayser:

„Ueber die beiden Personen, den Neger und die Negerin, hat ein summarisches Verfahren stattgefunden. (Lebhafte Zwischenrufe. Es ist eine Art Kriegsgericht zusammengetreten. (Erneute Zwischenrufe.) Ja insofern als jenes Verfahren kein gesetzlich geregeltes war. Die bei den Mitgliedern des Kriegsgerichts (Der Disziplinarhof meinte die Strohmänner D. V.) haben dem Dr. Peters zugestimmt, in beiden Fällen den Tod auszusprechen. (Zurufe.) Nun will ich Ihnen, meine Herren, gleich sagen: wir beklagen diese Tatsachen ganz außerordentlich.“ (Stürmische Unterbrechungen.)

In der Sitzung vom 14. März 1896 äußerte Dr. Kayser weiter, daß die vorhanden gewesenen Akten über die Vorfälle am Kilimandscharo (infolge der durch Dr. Peters Verhalten hervorgerufenen kriegerischen Ereignisse) verloren gegangen seien.

„Wohl aber haben wir aus Dar es Salam von dem Gouverneur die Abschrift des Urteils bekommen, welches gegen das Negermädchen gefällt worden ist, und wenn es die Herren interessiert, will ich dieses Urteil, das sehr kurz ist, hier verlesen. Es heißt:

Kilima-Ndjaro-Station,
den 5. 1. 92.

Urteil.

Die Gefangene Jagodja wird wegen Konspiration gegen die Sicherheit der Kilima-Ndjaro-Station und des Lebens der Deutschen, wegen Verleitung zur Desertion und wegen wiederholter eigener Desertion, das zweite Mal als Kettengefangene der Station, hierdurch zum Tode mit dem Strang verurteilt.

Dies Urteil spreche ich nach einstimmiger Befürwortung durch die endesunterzeichneten Beisitzer Herrn Freiherrn v. Pechmann und Herrn Janke.

Der kaiserliche Kommissär
gez. Karl Peters.

Dann sind die Beisitzer unterzeichnet.

Das ist das einzige Untersuchungsmaterial, was wir über dieses Urteil gegen das Negermädchen besitzen. Das Urteil gegen den Negerburschen ist, wie ich schon erwähnte, nicht vorhanden.“

Der verstorbene Abgeordnete Lenzmann äußerte danach in derselben Sitzung:

„In der ganzen Debatte über den Fall Peters ist eigentlich nur ein Erfreuliches zu verzeichnen: das ist, daß ein deutscher Offizier (Leutnant Bronsart v. Schellendorf. D. R.) sich geweigert hat, sich zum Henkersknechte jenes Subjektes zu machen. (Sehr gut!) sich geweigert hat, jenem Manne auch seine Ehre herzugeben, der kein Mitleid hatte mit dem vor ihm auf den Knien liegenden, um Gnade flehenden Negermädchen. Eine besondere Heldentat ist es wahrlich nicht, ein armes Negermädchen aufzuknüpfen unter dem Titel, es habe Desertion begangen, es habe konspiriert, sie, die machtlose Lustdirne, die ja auch dem Herrn Dr. Peters zur Befriedigung seiner Lüste gedient hat. Er hat in keinem feindseligen Verhältnis zu ihr gestanden, denn er hat in dem Verhältnis der potenzierten Freundschaft, der Liebe zu ihr gestanden — und diese Lustdirne soll auf einmal eine gefährliche, hochverräterische Person sein, die man an den Galgen schickt! Nein, entweder Dr. Peters ist — wenn das, was Herr Direktor Kayser gegen ihn vorgebracht hat, auf Wahrheit beruht: und ich habe das Vertrauen zur Reichsregierung, daß sie nicht mit Unwahrheit hier kommt — entweder der Mann ist verrückt oder ein Scheusal, eines von beiden.“

Und der verstorbene Abgeordnete Dr. Lieber äußerte ebenfalls am 13. März 1896 unter anderem:

„Nun hat der Herr Kolonialdirektor aus den gepflogenen neuen Untersuchungen, sowie er ausdrücklich hervorhob, Tatsachen mitgeteilt, ohne eine Beurteilung daran anknüpfen zu wollen, Tatsachen, die seine Darstellung in meinen Augen fast noch entwürdigender für den Dr. Peters machen, als die Bebelsche Darstellung (lebhafter Beifall), und ich bedauere wirklich schmerzlichst, daß der Herr Kolonialdirektor nicht ein scharfes Wort der Verurteilung dieser Tatsachen zur Hand gehabt.“ (Sehr wahr!) . . . Ich trage keine Bedenken, auszusprechen . . . wenn Herr Dr. Peters ein junges Negermädchen, mit dem er ein intimes Verhältnis unterhalten hat, in der Weise vom Leben zum Tode hat bringen lassen, wie es beide Herren hier von ihm behauptet haben, so hat er ungefähr die schimpflichste Gemeinheit begangen, die man überhaupt einem Manne nachreden kann. (Lebhafter Beifall links und in der Mitte. Zurufe bei den Sozialdemokraten. Heiterkeit.) Aber auch wenn Dr. Peters nicht persönlich mit jenem unglücklichen Mädchen in solchen Beziehungen gestanden hatte, muß ich doch sagen: eine blutjunge Negerin, ein halbes Kind, das kaum erst einen Schatten vom Begriff von Spionage und Verrat haben konnte (Sehr wahr! in der Mitte) aufknüpfen zu lassen, weil sie sich des Ueberlaufs zu einer friedlichen oder wenigstens noch nicht befriedeten Stammesgenossenschaft schuldig gemacht, das zeugt doch von einer so entwickelten Henkernatur, daß ich auch von diesem Standpunkt aus den Dr. Peters für einen vollständig verlorenen Mann halten muß, (Lebhafter Beifall links und in der Mitte.) sofern er nicht imstande ist, diese Anklage von sich abzuwälzen.“

Die Gerichtsverhandlung im Herbst 1897 hat gezeigt, daß Bana Mkubwa Dr. Karl Peters diese Anklage nicht von sich abwälzen konnte. Er wurde verurteilt.

Für mich entsteht aber jetzt die Frage, wie war es möglich, daß nach alledem, was vorgekommen ist, sich in der Reichsverwaltung jemand finden konnte, der dem deutschen Kaiser die Begnadigung des Dr. Karl Peters empfahl und, wie angenommen war, an sich auch dem Reichstage gegenüber die Verantwortung dafür übernimmt.

Darüber wird an anderer Stelle ein Wörtlein gesprochen werden müssen.

Schöneberg-Berlin, den 7. November 1906.

A. Bebel.

Der Parteitag der Franzosen.

Limoges, 4. November. (Eig. Ber.)

Vierter Tag.

Nachmittagssitzung.

Jaurès erstattet einen Bericht über den Stand der „Humanité“. Hierauf beginnt der Kongreß die Verhandlung über den Punkt: Die Nationalitäten, der Militarismus und der Krieg; die internationale Aktion der Arbeiter; der Sozialismus und das Vaterland.

Die Föderation der Yonne hat eine Resolution vorgelegt, die u. a. sagt: „Der Kongreß verwirft den bürgerlichen und Regierungspatriotismus, der lügnerisch eine Interessensolidarität zwischen allen Bewohnern eines Landes behauptet. Er fordert angesichts der Zwischenfälle, die den europäischen Frieden bedrohen, alle Bürger auf, auf eine Kriegserklärung, von welcher Seite sie auch komme, mit dem Militärstreik und der Insurrektion zu antworten.“

Hervé vertritt die Tagesordnung in einer längeren Rede, worin er die bekannten Argumente der Antimilitaristen syndikalistischer Färbung vorbringt. Die selbstgefällige Art, womit er längst anerkannte Wahrheiten vorträgt, ruft oft Lachen hervor. Hervé erklärt, die Bauern der Yonne hätten zwei Methoden erwogen, die im Mobilisierungsfall anzuwenden wären: das Einrücken und die Insurrektion der Soldaten mit nachfolgender Expropriierung der Kapitalisten oder der Streik der Reservisten, gleichfalls verbunden mit der Insurrektion. Er wirft der Partei vor, die antimilitaristische Agitation mit Rücksicht auf die Wahlen gehemmt zu haben. Auch für die deutschen Sozialdemokraten gebe es keine Rechtfertigung, die antipatriotische Agitation zu vernachlässigen. Wenn sie nur wollten, könnten sie sie trotz des in Deutschland herrschenden Regierungssystems durchführen. Sie hätten ja auch unter dem Sozialistengesetz unter den ärgsten Verfolgungen Erfolge errungen.

Lapicque, Professor der Anthropologie an der Sorbonne, erwidert, Hervés Lösung des Nationalitätenproblems sei simpel wie alle anarchistischen Lösungen, die von der Realität absehen. Das Vaterland ist eine mystische Vorstellung, der nichts in der Wirklichkeit entspricht. Aber die bestehenden politischen Organisationen schaffen Bindungen, die materieller und moralischer Natur sind. Die solidarischen Interessen der Gruppe zu verteidigen, in der wir leben, ist eine Sache der Selbstachtung. Hinter dem Militärstreik von Hervés Bauern steckt nichts als die alte Furcht des Bauern vor dem Militärdienst. Das heißt aber nicht, daß wir uns in alle Konflikte hineinziehen lassen sollen. Hier beginnt die Pflicht der internationalen Solidarität, die uns gebietet, uns jeder Unterdrückung und Invasion, von welchem Land sie auch komme, zu widersetzen. Der Redner tritt für die von der Seine-Föderation eingebrachten zwei Resolutionen ein.

Vaillant verliest diese Resolutionen, die dem internationalen Kongreß in Stuttgart zur Beschlußfassung vorgelegt werden sollen. In der ersten heißt es, daß jede Bedrohung der Unabhängigkeit einer fremden Nation ein Attentat gegen diese Nation, gegen ihre Arbeiterklasse und gegen das internationale Proletariat sei. Die bedrohte Nation und ihre Arbeiterklasse hätten die gebieterische Pflicht, ihre Unabhängigkeit aufrecht zu erhalten und sie könnten dabei auf die Hülfe der Arbeiter aller Länder zählen. Die antimilitaristische und lediglich defensive Politik der Arbeiterklasse geböten ihr die Entwaffnung der Bourgeoisie durch die Aufhebung der stehenden Heere und die allgemeine Volksbewaffnung.

In der zweiten Resolution heißt es: „Der Kongreß fordert die Sozialisten auf, die Wirksamkeit der zur Verhütung der Kriege und internationalen Interventionen zugunsten des Zarismus gefaßten Beschlüsse des internationalen Bureaus und der interparlamentarischen Konferenz durch eine geordnete und gleichmäßige Organisation des internationalen Proletariats für die Vorbeugung und Verhinderung der Kriege mit allen Mitteln, von der parlamentarischen Intervention bis zum Generalstreik und zur Insurrektion zu sichern.“

Vaillant erinnert daran, daß schon der Brüsseler Kongreß den damals von Domela Nieuwenhuis vertretenen Standpunkt Hervés abgelehnt habe. Bedrohte Völker müssen sich dagegen wehren, daß ihnen noch neue Ketten auferlegt werden. Der Redner verteidigt die deutsche Sozialdemokratie gegen den Vorwurf, daß sie nicht international genug sei und beruft sich auf Bebels Erklärung in Mannheim über die Haltung der deutschen Arbeiterschaft im Falle einer Intervention in Polen. Hervé hat gesagt, wir müssen die deutsche Sozialdemokratie zu einer klaren Antwort zwingen. Wir aber haben nicht das Recht, einem Volk eine bestimmte Formel aufzuzwingen. Wir müssen uns damit begnügen, daß die Genossen des Auslandes ihre internationale Pflicht erfüllen und dürfen sie nicht in Situationen bringen, die ihre Aktion erschweren. In Stuttgart ist eine Formel zu finden, die den allgemeinen Bedingungen entspricht. Wir haben uns auch nicht auf eine bestimmte Methode festgelegt, sondern nur erklärt, was wir je nach den Umständen tun wollen.

Cabanne spricht gegen den bourgeoisen reklamehaften Antimilitarismus mancher Intellektuellen. Der Kampf um die politische Macht sei der wirksamste Kampf gegen den Militarismus.

Uhry ist für Propaganda auch in den Offizierskreisen und beruft sich auf das Vorbild Babeufs. Nach mehreren Rednern, die teils für Vaillants, teils für Hervés Resolution gesprochen haben, kommt

Jules Guesde zu Worte. Er sagt: Ich bin gegen die Resolution Hervé und gegen einen Teil der Resolution Vaillant. Ich stehe auf dem Boden der internationalen Kongresse. Militarismus und Krieg sind Früchte der heutigen Gesellschaft und werden erst mit dieser verschwinden. Lassen wir den Bourgeois-philanthropen das Predigen gegen den Krieg. Kämpfen wir gegen die Gesellschaft selbst. Die Verwirklichung der Hervéschen Taktik würde den Sieg des Landes bedeuten, in dem es am wenigsten Sozialisten gibt, also des zurückgebliebensten Landes. Ich bin ein Anhänger der Insurrektion, aber ich sage: Sie ist eine Insurrektion unmöglicher als im Augenblick einer Kriegserklärung. Sie wäre ebenso heroisch wie nutzlos. Lenken wir das Proletariat nicht vom Kampfe gegen seinen wahren Feind ab. Machen wir die französischen Arbeiter nicht durch eine irreale Resolution in Stuttgart lächerlich. Immer

wieder taucht diese anarchistische Ideologie auf. Wenn wir dem Bauern sagen: Lasse dich nicht dem Grundbesitz zunutz töten, täuschen wir ihn. Das Eigentum ist durch den Krieg nicht berührt. Es schwebt über dem Krieg. Es ist geschützt — das Grundeigentum wie der Aktienbesitz. Es ist nicht wahr, daß der Bauer, der Arbeiter kein Vaterland habe. Seit 1848, seit dem allgemeinen Stimmrecht hat er ein Vaterland. Aber durch anarchistische Redensarten verführt, zögert er, Hand darauf zu legen. Die konstituierten Nationen sind nichts Reaktionäres. Sie sind eine Stufe der Entwickelung. Sie werden noch lange eine wichtige Rolle spielen. Ich freue mich darüber. Wir haben nämlich noch eine nationale Aufgabe: die Verwirklichung der sozialen Revolution bei uns. — Der Redner faßt seine Anschauungen in einer Tagesordnung zusammen, die als einzig wirksame Aktion gegen Krieg und Militarismus den Kampf gegen den Kapitalismus erklärt und als vorläufige Mittel die Verweigerung der Militär- und Kolonialkredite und die allgemeine Volksbewaffnung hinstellt.

Vaillant stellt fest, daß seine Resolution die Insurrektion nicht als das Mittel, sondern nur als ein Mittel unter anderen gegen den Krieg nenne.

Sembat: Ein Krieg wäre ein ungeheueres Unglück. Was können wir dagegen tun? Wir können eine Reihe von Mitteln anwenden, darunter auch die Intervention der Parlamentarier. Ich sage für meine parlamentarischen Kollegen nichts Neues, wenn ich hier feststelle, daß es nur den Bemühungen Vaillants, seinen unausgesetzten Vorstellungen bei Delcassé zu danken ist, daß Frankreich nicht in den russisch-japanischen Konflikt mitverwickelt wurde.

Jaurès: Sehr wahr! Auch die antimilitaristische Bewegung hat gewirkt. Wohl würde die Regierung bei einer Kriegserklärung mit allen Künsten den Chauvinismus anfachen, aber heute sind wir doch weiter als 1870. Und wie die bürgerlichen Republikaner damals, könnten auch wir die Gelegenheit benutzen und die Hand auf die Zentralgewalt legen. Ich und meine Genossen von der Föderation Tarn stimmen für die Resolution Vaillant. Die Hervésche Resolution enthält einen Widerspruch. Wenn die sozialistische Insurrektion glückt, dann gibt es ein neues sozialistisches Frankreich zu verteidigen. Sonst kommt nur die fremde Tyrannei zu den vorhandenen. Die Fremdherrschaft würde sich gerade gegen das Proletariat richten. Die Berichte der deutschen Okkupationsarmee nach 1870 stellen fest, daß die Bourgeoisie den Schutz der Eroberer mit Genugtuung genossen hat. Die Nationen sind eine der anderen wert, aber nur dadurch, daß jede sie selbst bleibt und ihre besonderen Vorzüge behält. Guesde aber frage ich: Warum machen Sie den Vorhalt gegen die Resolution Vaillant? Einerseits feiern Sie die Größe der menschlichen Entwickelung, andererseits nehmen Sie nur einen sprunghaften, krisenhaften Fortschritt an. Seit 1848 aber sehen wir eine Kontinuität des Fortschritts. Wir sind in einer Uebergangsperiode, wo die Nationen einem neuen internationalen System entgegengehen. Schon heute können wir Kriege verhindern. Wir sind heute eine ganz andere Macht als 1870, wo noch kaum die Ansätze zu einer Organisation vorhanden waren. Sollen wir tatlos warten, bis wir fünf Millionen sind?

Guesde: Ich nehme keine sprunghafte Entwickelung an. Ich habe doch gerade vorläufige Mittel zur Bekämpfung des Militarismus angegeben. Aber ich bleibe dabei, daß wir die Idee der Insurrektion an den Frieden knüpfen müssen. Der Frieden ist die Regel, der Krieg nur ein Zwischenfall.

Es wird nach Mandaten abgestimmt. Die Tagesordnung Vaillant wird mit 155 Stimmen angenommen. Die Resolution Guesde erhält 98, die Hervésche 31 Stimmen.

Nachtsitzung.

Schluß des Kongresses.

Die letzte Beratung des Parteitages galt der Frage, ob die Zugehörigkeit zur Freimaurerei mit der Parteimitgliedschaft vereinbar sei. Die ziemlich verworrene Debatte, in der die Anhänger der Unvereinbarkeit manche unsaubere Wahlumtriebe und andere von Freimaurern begangene Mißbräuche aufdeckten, die Genossen Meslier und Sembat aber diese Vorfälle als Ausnahmen und persönlich zu beurteilende Uebergriffe hinstellten, dauerte bis 1 Uhr, führte aber zu keinem Ergebnis.

Nachdem als nächster Parteitagsort Nancy bestimmt worden, wurde der arbeitsreiche und fruchtbringende Parteitag mit dem Gesang der Internationale geschlossen.

Aus Industrie und Handel.

12½ Millionen Mark Mehrüberschuß.

Lohnerhöhungen sind unmöglich, die Kohlenpreise müssen erhöht werden. Beweise dafür ergeben die Geschäftsergebnisse der Kohlengesellschaften. Darunter sechs, nämlich Harpen, Hibernia, König Wilhelm, Königsborn, Mülheimer Bergwerksverein und Massen, erzielten in den drei ersten Quartalen 1906 einen Betriebsüberschuß von rund 34 Millionen Mark, oder gegen die gleiche Zeit des Vorjahres, für welche allerdings der Streik einen Ausfall erbrachte, ein Plus von 12½ Millionen Mark.

Kohlenversand. Im Oktober d. Js. sind in 27 Arbeitstagen 547178 Zehntonnenwagen Kohlen, Koks und Briketts versandt worden, gegen 484 960 Tonnen im Oktober 1905 mit 26 Arbeitstagen. Für dieses Jahr ergibt sich pro Arbeitstag ein Mehr von 12,8 Proz. — Im Saarrevier betrug der Versand 74 812 Wagen, gegen 67 730 Wagen in der Parallelzeit des Vorjahres. — Oberschlesien erzielte einen Versand von 189 882 Wagen, im Oktober 1905 812 559 Wagen. Für alle drei Bezirke stellte sich die Versandmenge per Eisenbahn auf 812 559 Wagen oder 78 412 Wagen mehr als im Oktober 1905.

Fangergebnisse der deutschen Seefischerei. Die Fangergebnisse der deutschen Seefischerei in der Zeit vom März bis zum September dieses Jahres repräsentieren einen Marktwert von 13,54 Millionen Mark. Der größte Teil dieses Betrages entfällt auf das Nordseegebiet, nämlich 11,69 Millionen Mark. Die Fangergebnisse im ganzen Nordseegebiet wurden vor einigen Jahren auf insgesamt 164 Millionen Mark jährlich beziffert. Davon kamen damals auf England 84,4, auf Schottland 28,6, auf Holland 19,0, auf Frankreich 12,5, auf Deutschland 10,0, auf Norwegen 3,8, auf Belgien 3,6, auf Dänemark 1,6 Millionen Mark. Man sieht aus der Statistik der deutschen Fangergebnisse, daß der Anteil Deutschlands inzwischen schon ziemlich gewachsen ist. Denn in den sieben Monaten, die die Statistik umfaßt, ist der Wert größer als der Jahresertrag seinerzeit geschätzt wurde.

Dazu bemerkt die „Arbeitsm.-Korrespondenz": Im Verhältnis zum Konsum an Seefischen in Deutschland sind diese Fangergebnisse freilich noch recht unbedeutend. Führten wir doch in den nämlichen sieben Monaten noch für 34,21 Millionen Mark Seefische ein, worunter namentlich für 14,24 Millionen Mark Salzheringe. Welcher Entwickelung die deutsche Seefischerei noch fähig ist, zeigt ein Blick auf England, wo der Wert der Fangergebnisse auf zirka 200 Millionen Mark jährlich anzusehen ist. Fische bilden dort in viel höherem Grade als bei uns in Deutschland ein begehrtes Volksnahrungsmittel. Gerade die gegenwärtigen hohen Preise für Vieh lenken den Blick auf den Fischreichtum des Meeres. Eine weittragende Begünstigung der Hochseefischerei und eine Organisation des Fischvertriebes im Binnenlande kann viel dazu beitragen, den Fischkonsum zu steigern. Mit den geringen Mitteln, die das Reich und Preußen zusammen für die Förderung der Seefischerei bisher auswarfen, ist es allerdings nicht getan. Aber auch der privaten Initiative steht hier ein weites Feld zur Betätigung offen. Leider ist das Interesse des Großkapitals für die Hochseefischerei noch gering. Es sollten daher die Großbanken der Entwickelung der Hochseefischerei erhöhte Aufmerksamkeit schenken. Denn nur durch ihre Vermittelung ist es möglich, größere Kapitalsummen zur Anlage in den Betrieben der Hochseefischerei heranzuziehen.

Kommerzienrat Molt. Die von uns der „Schwäbischen Tagwacht" entnommene Notiz betreffend den „Allgemeinen deutschen Versicherungsverein in Stuttgart" veranlaßte Herrn Kommerzienrat Molt, im Inseratenteil des „Schwäbischen Merkur" folgende Erklärung zu veröffentlichen:

„Die zufolge der erwähnten Zeitungsnotiz eingezogenen Erkundigungen haben ergeben, daß allerdings von dem früheren Rechtsanwalt Paul Aickelin hier schon vor Jahren und neuerdings wiederholt eine Strafanzeige bei der hiesigen Staatsanwaltschaft eingereicht worden sei. Irgend eine amtliche Eröffnung hierüber ist mir bisher nicht gemacht worden.

Derartigen Strafanzeigen ist schließlich jedermann wehrlos ausgesetzt, und wenn ich mir vergegenwärtige, wer alles im Laufe der letzten Jahre von Herrn „Aickelin" einer strafbaren oder unehrenhaften Handlungsweise bezichtigt worden ist, so sehe ich mich in zahlreicher, aber guter Gesellschaft.

Zur Sache selbst beschränke ich mich auf die Erklärung, daß ich mir einer inkorrekten Handlung in der Verwaltung des Versicherungsvereins nicht bewußt bin und daß die Sache, auf welche sich die Denunziation des Herrn „Aickelin" bezieht, von Anfang an und in jedem Stadium ihrer nunmehr fünfzehnjährigen Entwickelung den zuständigen Aufsichtsbehörden vorgelegen und jeweils auch die Genehmigung des Aufsichtsrates und der Generalversammlungen erhalten hat."

Die „Sch. T." bemerkt dazu: Herr Molt wird aber wohl wissen, daß in maßgebenden Kreisen auch andere Urteile über sein Verhältnis zur Rück- und Mitversicherung laut geworden sind.

Niedergang der russischen Volkswirtschaft.

Bei Prüfung der unlängst veröffentlichten Angaben über den auswärtigen Handel Rußlands während der ersten Hälfte dieses Jahres konstatiert die Zeitung „Nowyj Putj" das Vorhandensein drohender Symptome des Niederganges der russischen Volkswirtschaft. Rußlands Ausfuhr ist in den ersten 6 Monaten von 1906 im Vergleich zu den ersten 6 Monaten von 1905 um 19,2 Millionen gesunken. Besonders stark ist die Ausfuhr von Lebensmitteln gesunken, nämlich um 33,5 Millionen Rubel. Die Lebensmittel — das ist im russischen Handel hauptsächlich Getreide. Es wurde aber niemals ein Ueberschuß an Getreide exportiert, sondern nur das, was der Konsumtion des ewig halbverhungerten Bauern entrissen werden konnte. Deshalb beweist die Verminderung der Getreideausfuhr, daß der Bauer alles, was er konnte, bis auf den letzten Rest verkauft hat. Gleichzeitig ist das Uebertwiegen der Einfuhr der Fabrikate über die Ausfuhr derselben von 59,7 Millionen Rubel auf 76,1 Millionen Rubel, d. h. um 16,4 Millionen Rubel gestiegen, was die Verminderung der inneren Industrieproduktion beweist. Der vergrößerte Import würde nur in dem Falle ein erfreuliches Symptom sein, wenn dabei die Konsumtion der Masse gestiegen wäre. Jetzt aber sehen wir gerade das Gegenteil. Die Verringerung des Handelsumsatzes beweist den Niedergang der Volkswirtschaft. Die russische Ausfuhr, die bis 1905 mit jedem Jahre sich ziemlich regelmäßig progressiv vergrößerte, ist im Jahre 1906 plötzlich gesunken. Der Import begann schon 1904 zu sinken und sinkt seitdem immer tiefer. Die Ziffernangaben des laufenden Jahres sind ein Beweis der Verelendung der Bevölkerung.

Riesenprofite niederländischer Kapitalisten.

Die holländische Sozialdemokratie folgt mit großer Aufmerksamkeit der Entwickelung des Kapitalismus, die in dem kleinen Holland mit seinem umfangreichen und wertvollen Kolonialbesitz besonders interessant und lehrreich ist. Schon vor vier Jahren hat die Genossin Roland-Holst unter dem Titel „Kapitaal en Arbeid in Nederland" wertvolle Beiträge zur ökonomischen Geschichte des Landes geliefert. Später erschienen Vliegens Studie über den niederländischen Kapitalismus, F. U. Schmidts Broschüre über den Einfluß des Alkoholkapitals und dergleichen Arbeiten mehr. Auch „Het Volk" ist fortdauernd eifrig bemüht, Aufklärung über die kapitalistische Profitmacherei zu schaffen. Am stärksten und mit dem größten Vorteil ist das holländische Kapital in den Kolonien tätig, und die Artikel, die den allergrößten Gewinn bringen, sind der Tabak und das Petroleum. Unser Amsterdamer Bruderorgan brachte kürzlich einen Leitartikel über die Profitmacherei im Petroleumhandel. Unter den Aktiengesellschaften, die sich mit der Ausbeutung dieses Artikels befassen, steht die Koninklijke Petroleum-Maatschappij obenan. Diese „Königliche" zahlte für das Jahr 1905 nicht weniger als 50 Proz. Dividende. Der Bruttogewinn belief sich in den letzten fünf Jahren auf 46 876 396 Gulden, der Reingewinn auf 19 206 368 Gulden, wovon die Aktionäre 15 602 500, die Direktoren 1 766 007, die Aufsichtsräte 1 370 808 Gulden erhielten. Auf den Steuersäckel des niederländischen Staates kamen von den Riesengewinnen in den fünf Jahren ganze 400 000 Gulden.

Als seinerzeit das Ministerium Kuyper mit seinem Vorschlage über Ausfuhrzölle auf Sumatra-Petroleum hervortrat, erhoben die Direktoren ein Geschrei, als ob sie an den Bettelstab gebracht werden sollten. Der Kurs der Aktien sank sofort, stieg aber sogleich wieder, nachdem die Wahlen das liberale Ministerium de Meester ans Ruder brachten, von dem keine höhere Belastung des Petroleums zu erwarten war. Die Aktien der „Königlichen" notieren an der Börse mit nicht weniger als 750 Proz., und der Börsenwert ihres Aktienkapitals ist allein in den letzten 10 Monaten um 23 264 000 Gulden gestiegen.

Auch die anderen niederländischen Petroleumunternehmen haben fast ebenso gute Geschäfte gemacht. Nach dem Urteil Sachverständiger ist das nominell 29 600 000 Gulden starke Aktienkapital von sieben Petroleumgesellschaften in seinem Börsenwert die letzten 10 Monate von 44 604 000 auf 93 186 000 Gulden gestiegen.

Das Steigen der Kurse.

Von wohlinformierter Seite schreibt man uns aus Petersburg: Das spontane Steigen der Kurse der Staatspapiere und namentlich der vierprozentigen Rente wirkt geradezu als ein sensationelles Ereignis. Nach einer dauernden und ziemlich hoffnungslosen Depression stieg plötzlich die Rente durch zwei Sprünge von 69 Rubel auf 72—73 bis 75 und heute schon gar auf 77¼ Rubel. Eine solch rapide und unerklärliche Kurssteigerung ist gewiß sehr verdächtig. Allem Anschein nach haben wir es hier wieder mit einem künstlichen Börsenspiel zu tun, aber aus welchem verborgenen Zentrum und zu welchen Zwecken wird es veranstaltet und geleitet? Will man damit bloß den glänzenden Erfolg der inneren „Beruhigungspolitik" demonstrieren? Dann haben wir eine neue Phase der Interventionskäufe, hinter denen das Finanzministerium steckt. Oder aber die Börsenspieler, die bis jetzt das Sinken unterstützten und eine genügende Menge entwerteter Papiere anhäuften, beginnen nun eine Haussekampagne. Mit Gewißheit kann man es wohl nicht behaupten, aber verdächtig ist schon der Moment des Beginns der Kampagne: gerade der Tag nach dem Jahresjubiläum des 30. Oktober. Jedenfalls ist die sprunghafte Steigerung der Kurse keineswegs durch tiefere Ursachen — etwa Stärkung unseres Kredits — begründet.

Was die Mittel anbetrifft, durch die die Einkäufe unserer Rente stattfinden, so zirkulieren darüber die sonderbarsten Gerüchte. Man spricht viel von einem riesigen Plan: es sollte nämlich eine große Aktiengesellschaft zur Ausbeutung unserer Wasserstraßen gegründet werden. Einige hundert Millionen Anlagekapital beabsichtigt man im Lande zu sammeln, während einige Milliarden Obligationskapital das Ausland liefern würde. Die Regierung garantiert natürlich den Besitzern der Obligationen einen Gewinn von 7 Prozent. Die Regierung bekommt das ganze Kapital auf einmal, die Ausgaben werden aber nur teilweise gemacht, so daß das Unternehmen eine Anleihe ganz gut ersetzen könnte. Es wurde beschlossen, mit Mitteln nicht zu sparen, um für diesen Plan Propaganda zu machen und Anhänger zu werben. Doch erscheint das Gelingen solcher Pläne sowie überhaupt neuer Anleihen höchst fraglich. Und um diesen Plan zu fördern, entschloß man sich unter allen Umständen das Kursniveau der Renten zu heben. Jedenfalls ist klar, daß die gegenwärtige rätselhafte Kurserhöhung nicht als Beweis normaler Gesundung des Staatsorganismus, sondern als künstlicher Belebungsversuch durch narkotische Erregungsmittel zu betrachten ist.

Getreidemangel in der Schweiz. Aus Genf wird berichtet, die Getreidevorräte der Schweiz langten nur noch für eine kurze Zeit; die Regierung müsse zu energischen Maßnahmen greifen, um einer Not vorzubeugen.

Gerichts-Zeitung.

Die Märzfeier in Bernau

hatte für unseren Parteigenossen Kluge eine polizeiliche Anzeige und eine schöffengerichtliche Bestrafung zur Folge. Kluge, der in Berlin wohnt, am 18. März zufällig in Bernau anwesend war, besuchte die dortige Protestversammlung und beteiligte sich auch als Redner an der Diskussion. Als ein Arbeitergesangverein ein Lied vortrug, löste der Ueberwachende die Versammlung auf. Die Versammelten bewegten sich nun dem Ausgange zu und sangen während des Hinausgehens die Marseillaise. Kluge, der kräftig mitsang, wurde von einem Polizeibeamten aus der Menge herausgegriffen und notiert. Er glaubte, er solle sich durch das Singen gegen die preußische Ordnung vergangen haben. Aus der Anzeige erfuhr er aber, daß er sich eines Verstoßes gegen das Vereinsgesetz schuldig gemacht haben sollte, indem er sich nach erfolgter Auflösung nicht entfernt habe, sondern im Saale stehen geblieben sei. Das Schöffengericht Bernau hat den Genossen Kluge denn auch auf Grund der Aussagen der Polizeibeamten zu 15 Mark verurteilt. Kluge legte gegen das Urteil Berufung ein und ließ vier Zeugen laden, die in der Versammlung unmittelbar neben ihm gesessen hatten. Vor der Strafkammer, die gestern über die Sache verhandelte, bekundeten diese Zeugen im Gegensatz zu den Aussagen der Polizeibeamten, daß Kluge mit den übrigen sich nach dem Ausgange bewegte und nur gelegentlich einer Stockung gezwungen war, kurze Zeit stehen zu bleiben. Das Gericht nahm an, die Zeugen, welche sich in unmittelbarer Nähe Kluges befanden, müßten dessen Verhalten genauer beobachtet haben, wie die Polizeibeamten, deren Aufmerksamkeit noch auf andere Vorgänge gelenkt war. Kluge wurde deshalb freigesprochen.

Revolverspielerei und blöde Lektüre.

Unter der Anklage der vorsätzlichen Körperverletzung stand der 13jährige Schüler Alfred Kasubski aus Steglitz gestern vor der vierten Strafkammer des Landgerichts II. Der jugendliche Angeklagte verschlang die abenteuerlichen, kindischen Geschichten, in denen auf fast jeder Seite von einem Totschlage die Rede ist, wie „Sitting Bull", „Wild-West", „Texas Jack". Diese Lektüre hatte allmählich in dem Knaben den Gedanken aufkommen lassen, auch einmal einen Revolver zu besitzen, mit dem er auf die „Jagd" gehen wollte. Ein derartiger Schießprügel lag wohlverwahrt in Vaters Schreibtisch. Diesen zu besitzen war der einzige Wunsch des Angeklagten. Eines Tages war ihm das Glück günstig; der Schlüssel war versehentlich in dem Schreibtisch stecken geblieben. Der Knabe eignete sich den Revolver und dazugehörige scharfe Patronen an. Nachdem er die Waffe ordnungsmäßig geladen hatte, eilte er zu seinem Schulkameraden, dem 13jährigen Sohne des Schuhmachermeisters Schulz, um diesem sofort Mitteilung von seinem wichtigen Funde zu machen. In der Wohnung der Eltern des S. wurde nun beraten, was man mit dem Revolver unternehmen könne. Im Eifer des Gesprächs zog Kasubski den Revolver hervor und machte den Vorschlag, eine Szene aus irgend einem „Indianerschmöker" zu kopieren. Um alles recht naturgetreu wiederzugeben, hielt er dem Schulz den scharfgeladenen und ungesicherten Revolver vor den Kopf. Im nächsten Augenblick krachte ein Schuß. Schulz stürzte blutüberströmt zu Boden, die Kugel war ihm in den rechten Unterkiefer gedrungen. Der jüngere Bruder des Getroffenen und ein anderer Knabe behaupteten vor Gericht, der jugendliche Revolverheld sei mit lachendem Gesicht davongegangen, ohne sich um sein Opfer zu bekümmern. Das Projektil konnte erst nach zwei Operationen wieder entfernt werden. Das Schöffengericht nahm eine vorsätzliche Körperverletzung an. Nur mit Rücksicht auf die große Jugendlichkeit des S. erkannte es auf eine Geldstrafe von 20 Mark. Auf die Berufung des Vaters des Verurteilten hin beschäftigte sich die Strafkammer gestern mit dieser Angelegenheit. Die Berufungskammer hielt nur eine fahrlässige Körperverletzung für festgestellt, beließ es aber bei der Geldstrafe von 20 Mark.

Ein frommer Agrarier als Spitzbube.

Das Landgericht in Neuburg a. D. verurteilte den Gutsbesitzer Johann Jäger von Lauingen (Schwaben) wegen fortgesetzter Diebstähle zu 1 Jahr Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust. Der äußerst fromme und sehr vermögende Agrarier hatte seit Jahren schwere Getreidediebstähle verübt.

Direktorenmoral.

Der Akquisiteur Wilh. L. hatte bei der „Maschinen-Zentrale", G. m. b. H. ein Einkommen von zirka 11 000 Mark pro Jahr. Am 18. August d. J. verhandelte er mit dem Direktor Kuhnke bezüglich Erneuerung des Vertrages ab 1. Oktober. Als er auf die ihm gemachten Propositionen erwiderte, daß er sich dann ungünstiger als früher stehen würde, schlug ihm Direktor K. vor, mit ihm persönlich noch einen Kontrakt zu schließen, worauf ihm L. erwiderte: „Das sind ja doch alles Winkelzüge!" Direktor K. verlangte eine sofortige Rücknahme der Aeußerung, L. wiederholte aber: „Ich muß dabei bleiben, ich kann das nicht anders als Winkelzüge bezeichnen." Zu gleicher Zeit kündigte er per 1. Oktober, die Gesellschaft erteilte ihm jedoch wegen Beleidigung ihres Direktors die sofortige Entlassung.

Das Kaufmannsgericht verurteilte die beklagte Gesellschaft zur Zahlung von 825 M. Restgehalt. Da die inkriminierte Aeußerung des Klägers nur eine berechtigte Erwiderung auf das Ansinnen des Direktors war, so könne die Beklagte daraus keinen Entlassungsgrund herleiten.

Die Entwendung von 103 030 Mark aus der Münchener Münze.

In der Nacht vom 20. zum 21. September führten der Maschinenschlosser und Soldat im Bekleidungsamt König und der Münzarbeiter Ruff einen Diebstahl aus, der durch die Höhe des Objekts auffiel. Sie drangen in die ihnen genau bekannten Räume der Münze ein und entwendeten dort 103 030 Mark in Zehnmarkstücken. Wenige Tage darauf wurden die Täter entdeckt! Fast das gesamte Geld wurde bei ihnen vorgefunden. Gestern wurde vor der Münchener Strafkammer gegen König und Ruff verhandelt.

Der Angeklagte König wurde aus dem Militärgarnisonsarrest-Gefängnis in Uniform vorgeführt. Die Angeklagten wiederholten das in der Voruntersuchung abgelegte Geständnis, so daß die Verhandlung nur kurze Zeit in Anspruch nahm. Die Verteidiger bemühten sich nachzuweisen, daß die mangelhafte Aufsicht in der königl. Münze und die grenzenlose Sorglosigkeit, die sich in der Verwahrung so großer Goldbestände in halb offenen Holzkästen zeige, die bisher unbestraften Angeklagten zu dem Diebstahl gerade habe anreizen müssen. — Staatsanwalt Beutler beantragte gegen Ruff wegen Anstiftung zum Diebstahl eine Zuchthausstrafe von zehn Jahren und für das Münzverbrechen eine Gefängnisstrafe von einem Jahr, zusammengezogen in zehn Jahre vier Monate Zuchthaus, das gleiche Strafmaß wegen des schweren Diebstahls und der Hehlerei gegen König.

Das Gericht erkannte gegen Ruff wegen Anstiftung zum schweren Diebstahl und einfachen Diebstahls auf vier Jahre sechs Monate Gefängnis, gegen König wegen des Einbruchdiebstahls, Münzverbrechens und Hehlerei auf vier Jahre zwei Monate Gefängnis. Beiden Angeklagten wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren aberkannt.

Berliner Consum-Verein

Donnerstag, den 8. November, abends 8½ Uhr:

Oeffentliche Versammlung

in Gleves Etablissement „Südost", Waldemarstr. 75.

Tages-Ordnung:

1. **Vortrag** des Genossen **Paul Göhre** über: **Verteuerung der Lebensmittel und die Vorteile der Konsumvereine.**

2. Diskussion.

Zahlreichen Besuch, besonders der Frauen, erwartet

207/14 **Die Leitung der Abteilung I.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Donnerstag, den 8. November, abends 8½ Uhr, bei Paul Litfin, Memelerstr. 67:

Versammlung

aller in der Salonbranche beschäftigten Kollegen.

Tages-Ordnung:

Welche Verhältnisse müssen bei Abschließung eines neuen Vertrages in unserer Branche berücksichtigt werden?

Pflicht eines jeden Kollegen dieser Branche ist es, in der Versammlung zu erscheinen. **Die Kommission.**

Sozialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg.

Sonnabend, den 10. November, im **Volkshaus,** Rosinenstraße 3

Stiftungsfest

bestehend in

Konzert, humoristischen Vorträgen (Nega Steckert-Sänger) und Ball.

Entree inklusive Tanz Herren-Billetts **50** Pf., Damen-Billetts **40** Pf.

Kasse findet nicht statt.

Billetts sind bei den Bezirksführern und dem Kassierer **E. Müller** zu haben.

Parteigenossen! Um das Fest zu einem wirklichen Stiftungsfest zu machen, ist es Pflicht eines jeden, dazu beizutragen und darf niemand fehlen. 251/6

Graumanns Festsäle

Bühne! **Naunynstr. 27** 3 Kegelbahnen

Sonnabends u. Sonntags im Dezember, zu **Weihnachtsbescherungen,** desgl. auch **Silvester** und **Neujahr** noch frei.

7361L* **G. Graumann.** Amt 4 No. 7324.

6. Wahlkreis.

(Schönhauser Vorstadt.)

Sonnabend, den 10. November, in den Gesamträumen des **Berliner Prater,** Kastanien-Allee 7—9:

Großer Kunst-Abend

unter Mitwirkung des **„Berliner Sinfonie-Orchesters",** Dirigent: **Maximilian Fischer,** und erstklassigen Künstlern: Sängerin, Sänger und Rezitator. 264/16*

Nach dem Konzert: **TANZ.** — Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Eröffnung 7½ Uhr. **Entree 40 Pf.** **Anfang 9 Uhr.**

Während des Konzerts bleiben die Saaltüren geschlossen. — **Billetts** sind nur bei den Bezirksführern und in der Parteiexpedition von **Karl Marx,** Lychenerstr. 123, zu haben. **Das Komitee.**

Achtung! **Achtung!**

Hausdiener! Packer! Geschäftskutscher!

Freitag, den 9. November, abends 9 Uhr:

Große allgemeine Versammlung

im „Englischen Garten", Alexanderstraße 27c.

Tages-Ordnung:

1. **Vortrag über: „Haben die freien Lokalorganisationen im Handelshülfsgewerbe eine Existenzberechtigung?"** Referent: Kollege Fr. Kniestedt. 2. Diskussion.

Zu dieser Versammlung sind nur die Kollegen eingeladen, welche mit dem Aufgehen der Lokalorganisationen im Zentralverband nicht einverstanden sind.

Verband der Hausdiener, Packer, Packerinnen u. Geschäftskutscher. Bureau u. Arbeitsnachweis: Schützenstr. 18-19.

296/12 **Z. A.: H. Kluge.**

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- u. Zementbranche.

Freitag, den 9. September, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, großer Saal:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zu den Bestimmungen der Baupolizeiverordnung vom 1. Oktober 1901 betreffend Bauarbeiterschutz (Fenster- und Kokskorbfrage). 2. Abrechnung vom 3. Quartal 1906. 3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Pflicht aller Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.

148/11* **Der Sektionsvorstand.**

Bekanntmachung!

Orts-Krankenkasse für das Bierbrauergewerbe zu Berlin

Weinmeisterstr. 3.

Die gemäß § 49 Abs. 2 und 3 des Kassenstatuts vorzunehmenden Wahlen der Vertreter zu den

General-Versammlungen für 1907-08

finden am

Freitag, den 16. November 1906,

im Gewerkschaftshause, SO. Engel-Ufer 15, Saal 7, statt.

Zu wählen sind:

79 Arbeitgeber- und

158 Arbeitnehmervertreter.

Die Herren Arbeitgeber wählen pünktlich von ½8 bis 8 Uhr abends.

Jeder Arbeitgeber, nur diese sind wahlberechtigt, hat bei dieser Wahl eine Stimme.

Wählbar dagegen sind außer diesen selbst noch Geschäftsführer und Betriebsbeamte, auch wenn sie der Kasse als versicherte Mitglieder angehören. (cfr. Rundschreiben vom 29. Oktober ds. Js.)

Die Herren Arbeitnehmer wählen von ½9 bis ½10 Uhr abends.

Wahlberechtigt und als Vertreter wählbar sind alle großjährigen, im Besitze der Ehrenrechte befindlichen Mitglieder.

Als Legitimation dient bei dieser Wahl das Mitgliedsbuch.

Die Herren Arbeitgeber werden gebeten, dieses auf Verlangen den Mitgliedern für diesen Abend auszuhändigen. 277/14

Der Vorstand.

Otto Ullrich, Vorsitzender.

Invaliden-Unterstützungskasse der Gürtler.

Sonntag, den 11. d. M., mittags 12 Uhr, im Lokal von **Graumann,** Naunynstr. 27:

Ordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Festsetzung der Höhe der Invaliden-Unterstützung für das Jahr 1907 (§ 7, Absatz 1 des Statuts).

2. Wahl einer Kommission zur Prüfung der Rechnungen des laufenden Jahres. 2619b

3. Verschiedenes.

Berlin, den 7. November 1906.

Der Vorstand.

Adolf Heller, Vorsitzender, Elbestr. 16.

2. Ziehung 5. Kl. 215. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 7. November 1906, vormittags.

Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

[illegible]

2. Ziehung 5. Kl. 215. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 7. November 1906, nachmittags.

Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

[illegible]

A. JANDORF & Co

Spittelmarkt | Belle Alliancestrasse | Grosse Frankfurterstrasse | Brunnenstrasse | Kottbuser Damm

Soweit der Vorrat reicht!

NUR

Donnerstag
Freitag
Sonnabend

Nicht an Wiederverkäufer!

GEMÜSE-CONSERVEN

	1/1 Dose	1/2 Dose
Stangen Spargel extra	1.60	85 Pf.
Stangen Spargel I	1.25	68 Pf.
Stangen Spargel III	95	53 Pf.
Stangen Spargel IV	80	45 Pf.
Riesenbruchspargel	1.30	70 Pf.
Bruchspargel prima	90	50 Pf.
Bruchspargel mit Köpfen	70	40 Pf.

	1/1 Dose	1/2 Dose
Bruchspargel ohne Köpfe	60	35 Pf.
Schoten feinste junge	75	43 Pf.
Schoten feine junge	55	33 Pf.
Schoten junge	45	28 Pf.
Schoten	36	23 Pf.
Gemischtes Gemüse II	55	33 Pf.
Gemischtes Gemüse III	45	28 Pf.

FRÜCHTE-CONSERVEN

	1/1 Dose	1/2 Dose
Kirschen sauer, ohne Stein	95	53 Pf.
Erdbeeren	95	53 Pf.
Preisselbeeren	63	
Birnen	70	40 Pf.
Pflaumen blau, 1/1 Frucht	45	28 Pf.
Rheinisch. Apfelkraut	85	45 Pf.
Gem. Marmeladen Eimer ca. 5 Pfd.	1.25	

	1/1 Dose	1/2 Dose
Reineclauden	75	43 Pf.
Pfirsiche 1/2 Frucht	1.15	
Aprikosen 1/2 Frucht	1.15	
Frucht-Melange in Essig u. Zucker 1/1 Glas	90 Pf.	

Ananas in Scheiben, mit Zucker

1/4	1/2	1/1 Dose
43	80	1.40

Carotten in Streifen 1/1 Dose **23** Pf.

Spinat 1/1 Dose **43**, 1/2 Dose **27**, ca. 5 Pfd.-Dose **75** Pf.

Brech- u. Schneidebohnen 1/1 Dose **25** Pf., ca. 3 Pfd.-Dose **35** Pf., ca. 4 Pfd.-Dose **42** Pf., ca. 5 Pfd.-Dose **52** Pf.

Morcheln 1/1 Dose **80** Pf., 1/2 Dose **45** Pf.

Kohlrabi in Scheiben mit Grün 1/1 Dose **23** Pf., ca. 4 Pfd.-Dose **40** Pf.

Kolonial-Waren

Java-Reis	Pfd. 23, 28, 35 Pf.
Rangoon-Reis	Pfd. 15, 18 Pf.
Bohnen gross	Pfd. 22 Pf.
Bohnen klein	Pfd. 16 Pf.
Viktoria-Erbsen	Pfd. 16 Pf.
Kleine Erbsen	Pfd. 15 Pf.
Glasierte Erbsen	Pfd. 19 Pf.
Spalt-Erbsen	Pfd. 16 Pf.
Grüne Erbsen	Pfd. 15 Pf.

Linsen mittel	Pfd. 35 Pf.
Türkische Pflaumen	Pfd. 20, 25 Pf.
Gem. Backobst	Pfd. 35 Pf.
Weizenmehl 00	2 Pfd. 29 Pf.
Weizenmehl 00	5 Pfd. 72 Pf.
Kaiserauszugmehl	2 Pfd. 34 Pf.
Kaiserauszugmehl	5 Pfd. 80 Pf.
Kunst-Honig Tönnchen, ca. 2 Pfd.	75 Pf.
Maccaroni	Pfd. 28 Pf.

Fisch-Conserven

Brat- od. Bismarkheringe	Dose 45 Pf.
Sardinen oder Anchovis	Glas 24 Pf.
Appetit Sild	Dose 25, 38, 50 Pf.
Hering in Aspic	Dose 38 Pf.
Aal in Gelee	Dose 80 Pf.
Delicatessheringe	Dose 52, 83 Pf.
Gewürzgurken	Glas 65 Pf.
Senfgurken	Glas 58 Pf.

Spirituosen

Halb nnd Halb	Flasche 90 Pf.
Berl. Getreidekümmel	Flasche 90 Pf.
Stonsdorfer	Flasche 88 Pf.
Rum feiner (Verschnitt)	Flasche 95, 1.45
Cognac alter	Flasche 95, 1.30
Steinhäger (H. W. Schlichte, Steinhagen)	1.75
Zuckergurken	Glas 68 Pf.
Mixed Pickles	Glas 65 Pf.

WEINE

Moselweine

Obermoseler	Flasche 50 Pf.
Moselblümchen	55 Pf.
Zeltinger	65 Pf.
Lieserer	85 Pf.
Trabener	1.05
Valwigberger Auslese	1.25

Rheinweine

Bretzenheimer	Flasche 60 Pf.
Herxheimer	70 Pf.
Laubenheimer	85 Pf.
Niersteiner	1.05
Winzenheimer	1.25
Deidesheimer	1.40

Bordeauxweine

Medoc Cantenac	Flasche 80 Pf.
Medoc St. Estéphe	1.00
Medoc Margaux	1.25
Château Larose	1.40
Château Libarde	1.50
Château Lagrange	1.80

Südweine

Portwein	Flasche 75 Pf.
Portwein *	1.10
do. ***	1.60
Sherry *	1.10
do. ***	1.60
Madeira *	1.05

Bei Weinen bezeichnet die Etiquettierung nicht immer den genannten Ort des Wachstums, kennzeichnet vielmehr nur den Charakter der betreffenden Sorten. — Die Preise sind bei allen Weinen inkl. Flasche.

Kaffee gebrannt Brutto

Mischung	II	III	IV	V	VI
Pfund	80	95	1.10	1.30	1.50

Thee in Packeten à 1/8 u. 1/4 Pfund

Mischung	I	II	III	IV	V
Pfund	1.20	1.60	2.00	2.40	3.40

Kakao Deutscher Pfund **85, 1.35**

Kakao Holländischer Pfund **1.75, 2.10**

Cervelat-Salamiwurst	Pfd. 1.25
Landrotwurst	Pfd. 55 Pf.
Zwiebelleberwurst	Pfd. 55 Pf.
Sardellenleberwurst	Pfd. 1.10
Delik. Mausschinken	Pfd. 1.30
Mettwurst (Braunschweiger Art)	Pfd. 1.00
Rotwurst	Pfd. 75 Pf.
Kassler Rippespeer	Pfd. 85 Pf.
Corned Beef Deutsches Fabrikat	1.60

Oderbrucher Fett-Gänse Pfund *62* Pf.

Mignon-Album

enthält eine Sammlung von 68 verschiedenen klassischen, humoristischen, modernen Kompositionen

Bach, Beethoven, Haydn, Loewe, Mozart, Mendelssohn, Schubert, Schumann, Weber, Aletter, Bizet, Eilenberg, Einödshofer, Holländer, Leoncavallo, Lincke, Morena, Nelson, Strauss, Translateur, Wanda, Ziehrer, Tschaikowsky u. a. m.

im hocheleg. Leinenband, m. reich. Relief-Pressung, 200 Seiten stark, mit Bildnissen der Componisten . .

3.00 Mark

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glade, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Am **Dienstag, den 13. November,** dem Tage der Reichstagseröffnung, werden in Berlin und den Vororten zirka 80 Versammlungen abgehalten, die sich mit dieser brennenden Frage beschäftigen. Wir bitten Partei und Gewerkschaften, am Dienstag, den 13. November, keinerlei andere Veranstaltungen zu treffen.

•

Auf zur Flugblattverbreitung gegen den Zollwucher!

Am **Sonntag, den 11. November, 8 Uhr früh,** findet für Groß-Berlin die **Flugblattverbreitung** statt, in welcher zum Besuch der Protestversammlungen gegen Fleischnot und Zollwucher aufgefordert wird. Wir machen die Genossen schon heute hierauf aufmerksam.

Der Aktionsausschuß.

Pankow. Heute abend 8½ Uhr findet im „Feldschlößchen“ des Herrn Großkurt eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Alwin Körsten über: „Der Wert der Gewerbegerichte für den Industriearbeiter“. 2. Aufstellung der Kandidaten. Angesichts der am 12. November cr. bevorstehenden Beisitzerwahlen für das hiesige Gewerbegericht fordern wir insbesondere sämtliche örtliche und Werkstattvertrauensleute der verschiedenen Gewerkschaften auf, für zahlreichen Besuch dieser Versammlung Sorge zu tragen.

Der Vorstand des Wahlvereins.

Friedrichshagen. Sonntag, den 11. November, nachmittags 2½ Uhr, findet im Restaurant Karl Conrad eine Volksversammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Vortrag: „Fleischnot und Zollwucher“. Referent: Redakteur Düwell. 2. Diskussion. Um recht rege Agitation zu dieser Versammlung und zum zahlreichen Besuch der Parteigenossen bittet

Der Einberufer.

Karlshorst. Achtung, Parteigenossen! Am Sonnabend, den 10. November, abends 8½ Uhr, findet im Lokale des Genossen C. Gruhn, Restaurant „Fürstenbad“, ein Unterhaltungsabend statt. Solistenkonzert (Violine und Pianino), Rezitationen moderner Dichtungen. Die Parteigenossen werden ersucht, mit ihren Frauen usw. recht zahlreich zu erscheinen. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Die juristische Sprechstunde

wird vom nächsten Montag, 12. November, ab **nicht mehr** in der Lindenstr. 69 abgehalten, sondern

Friedrichstr. 16, Aufgang 4, eine Treppe (Handelsstätte Belleallianee).

Wir bitten unsere Genossen, davon gefälligst Notiz nehmen zu wollen.

Verlag und Redaktion des „Vorwärts“.

Erster Bericht über die Tätigkeit des Berliner Kaufmannsgerichts.

Der Magistrat hat den Bericht über die Tätigkeit des seit dem 1. Juni 1905 in Berlin tätigen Kaufmannsgerichts für die Zeit von seiner Errichtung bis zum 31. März 1906 erstattet. In diesen zehn Monaten liefen 3614 Klagen ein. Von diesen wurden 190 Klagen vor Abhaltung des ersten Termins, 1280 durch Vergleich, 8 durch Verzicht, 628 durch Klagerücknahme oder Ruhenlassen, 43 durch Abgabe an andere Gerichte, 13 durch Anerkennung, 286 durch Versäumnisurteil, 583 durch Urteil nach voraufgegangener Verhandlung (371 nach Beweisaufnahme) erledigt. 583 Klagen schweben noch. In den 542 Prozessen, deren Objekt berufungsfähig, weil höher als 300 M., war, wurden 62 Anerkenntnis- und Versäumnisurteile, 122 andere Urteile gefällt. 53 Berufungen wurden eingelegt. Von diesen waren am Schluß der Berichtszeit 31 unerledigt, 2 durch Vergleich, 4 durch Zurücknahme erledigt. 8 Urteile wurden in der Berufungsinstanz bestätigt, 4 aufgehoben und 4 abgeändert. Die Klagesummen schwankten zwischen 1,50 M. und 10 000 M. 903 Prozesse betrafen ein Objekt von 100 M. bis 200 M. Die größte Zahl der Klagen (3498) wurde von Angestellten, 116 von Kaufleuten angestrengt. In den kontradiktorisch verhandelten Sachen drangen die klagenden Chefs mit 65,4 Proz., die Handlungsgehülfen mit 54,9 Proz. mit dem größten Teil ihres Anspruchs durch. Der Ausschuß für Gutachten hat sich mit der Hälfte der Stimmen (also gegen) Einführung des Achtuhrladenschlusses (und Offenhaltung bis 9 Uhr nur am Sonnabend) für sämtliche offenen Verkaufsstellen, mit Ausnahme solcher für den Verkauf von Lebensmitteln, Konfitüren, Zigarren, Lichten, Seifen, Drogen, ausgesprochen, hingegen dafür ausgesprochen, daß das Ortsstatut zur Regelung der Sonntagsruhe vom Oberpräsidenten genehmigt werde und hat endlich das Polizeipräsidium um Anhörung des Ausschusses des Kaufmannsgerichts bei der Festsetzung der gesetzlichen Mindestruhezeit und der Mittagspause ersucht. Das Einigungsamt ist keinmal in Tätigkeit getreten.

In anerkennenswerter Weise macht der Bericht auf eine Reihe (14) häufig wahrgenommener Irrtümer bei den Parteien aufmerksam. Es sind folgende, deren Vermeidung eine erhebliche Verringerung von Streitigkeiten herbeizuführen geeignet wäre und deren Bekanntmachung ein allgemeines Interesse beanspruchen dürfte:

1. Die Angestellten glauben, daß ihnen eine Weihnachtsgratifikation ohne weiteres zukommt, und daß sie selbst ohne Abrede eine solche gleichsam ortsüblich erhalten müßten. 2. Es wird oft versucht, dem Gegner durch Teilung des Anspruchs „unter Vorbehalt weiterer Ansprüche“ die Möglichkeit der Berufung zu nehmen. 3. Reisende sind oft der Ansicht, daß nicht das Gericht der Niederlassung des Chefs, sondern das Gericht ihres Domizils zuständig sei, weil ihnen das Geld per Post zugeschickt wird. 4. Die Kaufleute glauben meist, sie müßten Ansprüche gegen ihre Angestellten beim ordentlichen Gericht einklagen. 5. Die Angestellten sind oft der Meinung, der Chef müsse ihnen ins Zeugnis schreiben, daß sie „auf eigenen Wunsch“ ausgetreten sind. 6. Die Chefs erteilen oft schlechte Zeugnisse deswegen, weil sie einen ärgerlichen Vorfall, der sich zuletzt ereignet hat, zu arg betonen und nicht berücksichtigen, daß sie doch über die ganze Dauer des Vertrages sich äußern sollen. 7. Von den Angestellten wird oft geglaubt, daß eine wenn auch ganz geringfügige Aenderung der Vertragsbedingungen den ganzen bisherigen Vertrag, besonders aber in betreff der Kündigungsbedingung aufhebt. Es ist wiederholt vorgekommen, daß der Angestellte meinte, daß mit der Erhöhung oder der Verlegung der Arbeitszeit nicht mehr die bisherige einmonatige, sondern die gesetzliche Kündigungsfrist respektiert werden müsse. Besonders häufig aber trat es ein, daß nach stattgehabter, aber sodann sofort widerrufener Kündigung der Angestellte die gesetzliche anstatt der einmonatigen Kündigung beanspruchte. 8. Häufig liegt der Fall so, daß der Prinzipal jemand „zur Probe“ ohne irgend eine zeitliche Begrenzung oder Kündigungsabrede engagiert hat und nun glaubt, daß er den Angestellten jederzeit ohne Kündigung fortschicken kann. Er ist dann sehr erstaunt, zu hören, daß ein solches Probeengagement sich vom festen durch nichts unterscheidet und nur mit gesetzlicher Kündigungsfrist gelöst werden kann. 9. Selbständige Provisionsreisende, d. h. solche Reisende, welche als Vergütung nur Provision erhalten und nach eigenem Belieben Geschäfte machen können, ohne kraft Vertrages hierzu verpflichtet zu sein, erheben ihre Provisionsklagen vielfach vor dem Kaufmannsgericht, indem sie übersehen, daß sie in keinem Abhängigkeitsverhältnis zu dem Prinzipal stehen, dabei nicht Angestellte im Sinne des § 59 des Handelsgesetzbuches, also keine Handlungsgehülfen sind. 10. Schlächter, Bäcker und andere ein Kleingewerbe Betreibende stellen ihre ersten Verkäuferinnen, welche Handlungsgehülfinnen sind, fast ausschließlich mit vierzehntägiger Kündigungsfrist an, wiewohl das Recht der Handlungsgehülfen (§§ 59 ff. des Handelsgesetzbuchs) auch auf sie Anwendung findet (§ 4 des Handelsgesetzbuchs) und demnach zum mindesten eine einmonatige Kündigungsfrist vereinbart sein muß. 11. Viele Kaufleute glauben die mindest zulässige Kündigungsfrist (1 Monat, und nicht etwa wie irrig als gleichbedeutend angenommen wird, 4 Wochen) dadurch ausschließen zu können, daß sie den Handlungsgehülfen zur Aushülfe mit der nach § 69 des Handelsgesetzbuchs zulässigen eintägigen Kündigungsfrist engagieren. Sie lassen hierbei außer acht, daß die kürzeren Kündigungsfristen nur dann zulässig sind, wenn in Wirklichkeit die Notwendigkeit einer Aushülfe vorliegt. Bestritt der Handlungsgehülfe eine solche, so hat in den meisten Fällen die Beweisaufnahme ergeben, daß das tatsächliche Engagementsverhältnis mit einem unzutreffenden Ausdruck bezeichnet ist, der für die richterliche Würdigung ausscheidet. 12. Mehrfach halten sich die Prinzipale für berechtigt, dem Reisenden seinen Verdienst an den Spesen vorzuenthalten, wenn sie ihn früher als vereinbart oder üblich, von der Tour zurückrufen, ohne zu bedenken, daß nur eine gerechtfertigte Entlassung nach § 70 des Handelsgesetzbuchs dem Reisenden den Anspruch auf die Vergütung nimmt. 13. Bei Geltendmachung von Gründen für sofortige Auflösung des Dienstverhältnisses aus §§ 71, 72 des Handelsgesetzbuchs wird vielfach übersehen, daß das Gesetz es gestattet, besondere Umstände in Rücksicht zu ziehen, die im gegebenen Falle die Berechtigung zur fristlosen Kündigung ausschließen. Insbesondere wird bei erheblichen Ehrverletzungen von dem Beleidigten sein eigenes vorangegangenes Verhalten nicht in Betracht gezogen. 14. Vielfach glauben Handlungsgehülfen, daß der Kassen-Hauskrankenschein vollen Beweis für ihre Arbeitsunfähigkeit erbringt, und daß der Prinzipal nicht berechtigt ist, ihm entgegen Beweise für die Arbeitsfähigkeit zu erbringen.

Aus dem Obdach der Stadt Berlin meldet jetzt der vom Magistrat veröffentlichte Jahresbericht der Obdachverwaltung, daß im Etatsjahr 1905/06 nicht nur wieder in der Familienabteilung, sondern diesmal auch in der Abteilung für nächtlich Obdachlose ein Frequenzrückgang eingetreten ist. Beherbergt wurden im Etatsjahr 1905/06 (in Klammern die Zahlen für 1904/05) von der Familienabteilung 752 (966) Familien mit 2230 (2996) Köpfen und außerdem 2846 (2805) Einzelpersonen, von der Abteilung für nächtlich Obdachlose 575 546 (630 714) Personen, und zwar 563 707 (610 374) männliche und 11 839 (20 340) weibliche. Ueber die Abteilung für nächtlich Obdachlose wird in dem Bericht die Hoffnung ausgesprochen, daß die von dem Pastor v. Bodelschwingh ins Leben gerufene Arbeitslosenkolonie „Hoffnungstal“ einen weiteren Frequenzrückgang bringen werde. Hiernach könnte es scheinen, als ob die Zuversicht, die den Herrn v. Bodelschwingh erfüllt, von der Obdachverwaltung geteilt werde. In Wirklichkeit weiß aber die Obdachverwaltung sehr wohl, daß sie die Frequenzverminderung, die nun endlich auch in der Abteilung für nächtlich Obdachlose erreicht worden ist, hauptsächlich der Rücksichtslosigkeit zu danken hat, mit der sie im vorletzten und im letzten Jahr den Obdachlosen den Aufenthalt im Obdach zu verleiden suchte. Im letzten (bezw. vorletzten) Jahr wurden im Obdach 7692 (6524) männliche und 185 (104) weibliche Personen festgehalten, weil sie zu häufig die „Gastfreundschaft“ des Obdachs in Anspruch genommen hatten, und sie wurden von der Fröbelstraße nach dem Alexanderplatz spediert, um wegen „Nichtbeschaffung eines Unterkommens“ bestraft zu werden. Dieses Schicksal erlitten im letzten (bezw. vorletzten) Jahr von je 1000 beherbergten Männern 14 (11), von je 1000 beherbergten Frauen 16 (5). Gegen die Männer war schon im vorletzten Jahr mit strengerer Behandlung begonnen worden, gegen die Frauen wurde erst im letzten Jahr schärfer vorgegangen. Die Wirkung tritt hervor in den Frequenzrückgängen. Man sieht, wie es gemacht wird, um das Elend zu „beseitigen“. Im Obdach verstehen sie's — und sie sind stolz darauf, daß sie es erreicht haben!

Die Gotzkowsky-Brücke. In der gestrigen Sitzung der städtischen Tiefbaudeputation unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Reicke legte Stadtbaurat Krause die Entwürfe und Pläne usw. für den Neubau der Gotzkowsky-Brücke vor. Die jetzige Gotzkowsky-Brücke, eine alte verbrauchte Holzbrücke, die oft ausgebessert werden muß, ist seinerzeit von Charlottenburger und Berliner Privat-Interessenten für eigene Rechnung erbaut worden und genügt den gesteigerten Ansprüchen des Verkehrs, der dort großen Umfang angenommen hat, nicht mehr. Die Brücke liegt auf dem rechten Spreeufer auf Berliner und auf dem linken auf Charlottenburger Gebiet. Die Baudeputation genehmigte die Entwürfe, sofern Charlottenburg einen Teil der Kosten übernimmt. Die Brücke soll aus Eisen errichtet werden und in der Mitte zwei Aufbauten für die Beleuchtung erhalten. Die 50 Meter breite Spree soll in einem Bogen überspannt werden, damit der Schiffahrtsverkehr in keiner Weise behindert wird. Die künstlerische Ausgestaltung der Brücke hat der Prof. Grenander übernommen. (Schon übernommen, noch ehe die Stadtverordnetenversammlung den Bau der Brücke genehmigt hat? Die Red.) Auf der rechten Spreeuferseite wird vom Salzufer aus eine Treppe zur Brücke führen. Die Architektur wird aus diesem Grunde sich dort von der auf der linken Seite unterscheiden. Sie wird, da die große Breite und die Ufer der Spree für einen Brückenbau mit einer unter der Fahrbahn liegenden einfach gegliederten Konstruktion sich eignen, dem Auge gerade Linien bieten. Die jetzt ausgebesserte alte Brücke soll als Notbrücke bis zur Fertigstellung der neuen Brücke bestehen bleiben. Letztere wird etwas oberhalb der alten Brücke in geradem Zuge der Marchstraße errichtet und für die Aufnahme von zwei Gleisen der Straßenbahnen nach Charlottenburg eine genügende Breite erhalten. Wegen der Beitragsleistung und der Unterhaltungskosten sollen noch Verhandlungen mit Charlottenburg gepflogen werden.

Verkauf von Richard Wagner-Briefen. 20 eigenhändige Briefe des Meisters, an den verstorbenen Hofopernsänger Franz Betz gerichtet, wurden gestern in Rudolph Lepkes Kunstauktionshaus versteigert. Außerdem eine an Betz gewidmete Partitur des Schusterliedes aus den Meistersingern, für den Konzertvortrag mit abweichendem Orchesterschluß eigens für den Sänger eingerichtet und eigenhändig von Wagner in seiner bekannten zierlichen Notenschrift geschrieben. Der Andrang von Kauflustigen war ein recht bedeutender, namentlich von seiten der Buch- und Antiquariatshändler, auch viele frühere Verehrer von Betz waren erschienen. Die Partitur erstand ein Leipziger Buchhändler für 2600 M., die Briefe zusammen ein Berliner Buchhändler für 1400 M. Beides durchaus mäßige Preise. Die ganze Versteigerung währte knapp 5 Minuten.

Der Forstfiskus als Grundstücksspekulant. Der durch die Döberitzer Heerstraße abgeschnittene nördliche Zipfel des Grunewalds soll bekanntlich in eine Villenkolonie umgewandelt werden. Wie gemeldet, wird das Terrain, aus welchem die Schießstände usw. entfernt werden sollen, gegenwärtig nivelliert, wobei zugleich die neue Rennbahn, unter Benutzung der natürlichen Bodenerhebungen, festgelegt wird. Das Nivellement wird Anfang Dezember fertiggestellt sein, worauf der Bebauungsplan aufgestellt wird. Die Villenkolonie wird breite Promenadenstraßen und Plätze erhalten. Im Februar künftigen Jahres dürfte der Bebauungsplan feststehen und der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht werden; bis dahin müssen alle Reflektanten vertröstet werden, die schon jetzt mit dem Forstfiskus über Terrainankäufe verhandeln möchten. Auch die Domäne Ruhleben an der Charlottenburger Chaussee soll veräußert werden.

Die Badeanstalt im Nordhafen geschlossen.

Schon im Jahre 1904 wurde auf Anordnung der Polizei die Badeanstalt im Nordhafen geschlossen, weil auf einem im Hafen liegenden Kahn ein Typhusfall vorgekommen war. Gleichzeitig wurde auch von der Strompolizei die Beseitigung der Frauenbadeanstalt gefordert, da infolge des gesteigerten Schiffsverkehrs der Raum zum Anlegen der Schiffe gebraucht wurde. Mitte August dieses Jahres wurde die noch vorhandene Männerbadeanstalt abermals wegen eines Typhusfalles auf Anordnung des Polizeipräsidenten gesperrt, und jetzt hat die Deputation für das städtische Turn- und Badewesen den Beschluß gefaßt, die Badeanstalt im Nordhafen ganz zu schließen.

Haben auch im verflossenen Sommer noch hunderttausend Personen die Anstalt frequentiert, so ist doch das Wasser im Nordhafen als einwandsfrei schon längst nicht mehr anzusehen. Die Panke wälzt ihre schmutzigen Fluten in den Hafen und der Schiffsverkehr ist derartig gestiegen, daß nicht ein freies Plätzchen mehr vorhanden ist. Kahn liegt an Kahn und harrt der Entladung. Daß dadurch das Wasser nicht besser wird, zeigen die vorgekommenen Krankheitsfälle. Die Badeverwaltung glaubt die Verantwortung nicht mehr tragen zu können, die Anstalt unter diesen Umständen im Betrieb zu erhalten; auch mußte mit der Befürchtung gerechnet werden, daß die Strompolizei den Platz kündigte. So notwendig nun auch der Beschluß erscheint, so verliert der dichtbevölkerte und industriereiche Stadtteil „Wedding“ seine einzige Badegelegenheit, ein Umstand, der sich im nächsten Sommer zur Kalamität auswachsen kann. Für die Hochbauverwaltung dürfte das eine dringende Mahnung sein, den Termin für die Fertigstellung der neuen Badeanstalt in der Gerichtstraße, für den sie selbst den 1. Oktober 1907 angegeben hat, einzuhalten, soll nicht eine unverantwortlich schwere Schädigung für diese Bevölkerung eintreten.

Diese neue Anstalt wird zwei Schwimmbassins, eins für Frauen und eins für Männer, sowie achtzig Wannenbäder und vierundachtzig Brausebäder enthalten, also die größte Anstalt werden, die Berlin besitzt.

Der Bau der Fleischvernichtungsanstalt. Nachdem der Bau einer Fleischvernichtungsanstalt und Fleischverwertungsanstalt mit modernsten Einrichtungen in der Gemarkung Rüdnitz (Kreis Oberbarnim) von der Aufsichtsbehörde genehmigt worden ist, soll mit dem Bau möglichst bald begonnen werden. Die Gesamtkosten sind mit rund 1 480 000 M. veranschlagt, davon entfallen etwa 840 000 Mark auf den Bau von Sammelstellen auf dem städtischen Schlachthof in Berlin. Das Anstaltsgebäude bei Rüdnitz soll rund 650 000 Mark kosten und das Kesselhaus mit der Werkstatt 95 000 M. Hierzu kommen dann noch die Kosten für die Beleuchtung, Be- und Entwässerung der Höfe, Herstellung des Rieselfeldes für die Anstalt, für die Terrainregulierung, Pflasterung, Einzäunung, 2½ Kilometer Anschlußgleise, für Spezialeisenbahnwagen, für einen großen Schornstein usw. Außer diesen Gebäuden sollen noch drei, eins für den Leiter der Anstalt, eins für 2 Werkmeister und ein drittes als Vierfamilienhaus für Arbeiter in der Nähe der Anstalt gebaut werden. Die in Berlin zu errichtenden Baulichkeiten zerfallen in eine Hauptsammelstelle zum Sammeln und Verladen der im Gemeindebezirk gefallenen Tiere und der Konfiskate aus den Markthallen und in eine nur für den städtischen Schlacht- und Viehhof bestimmte Untersammelstelle zum Sammeln und Verladen der Konfiskate und gefallenen Tiere. Die Hauptsammelstelle soll nördlich der Landsberger Allee an der Straße 16 errichtet werden und Eisenbahnanschluß an die Ringbahn erhalten. Mit der Fertigstellung der Anstalt soll die Abdeckerei in der Müllerstraße verschwinden. Die Stadtverordnetenversammlung wird sich am 15. d. M. mit dem Bau der Anstalt beschäftigen.

Ueber ein eigenartiges Wahlkuriosum bei der Landtags-Ersatzwahl am Dienstag wird gemeldet: Große Aufregung gab es in einem Lokal am Stettiner Bahnhof. Kurz vor 11 Uhr vormittags erschienen dort Stimmzettelverteiler, um für den bevorstehenden Wahlakt ihre Pflicht zu erfüllen, doch hatte der Gastwirt keine Kenntnis davon, daß in seinem Lokale gewählt werden sollte. Es wurde angenommen, daß der Magistrat vergessen habe, den Wahlraum zu bestellen und sofort das gesamte Personal herangezogen, um den Saal zu reinigen und für den Wahlakt bereit zu machen. Tische und Stühle wurden beiseite geschafft, die Plätze für den Vorstand und die Listenführer vorbereitet, und nun hätte die Wahl beginnen können. Eine Viertelstunde nach der anderen verging, es erschienen aber weder Vorstand noch Wähler, und schließlich gingen die Stimmzettelverteiler wieder nach dem Parteibureau zurück. Wie sich nun herausstellte, wurde in dem betreffenden Bezirk gar nicht gewählt. Durch ein Versehen waren Wahlmänner aufgestellt und Stimmzettel für diese gedruckt worden, obwohl die alten Wahlmänner gar nicht daran denken, ihr bisher ausgeübtes Amt aufzugeben.

Ablenkung von Straßenbahnlinien. Die Straßenbahn ist genötigt, wegen des Baues der Untergrundbahn wieder einige Linien in der Nacht vom Spittelmarkt abzulenken. Die Gesellschaft für den Bau von Hoch- und Untergrundbahnen beabsichtigt, in den Nächten vom 8. zum 9. und vom 9. zum 10. November am Spittelmarkt nochmals eiserne Pfähle einzurammen. Hierzu wird es erforderlich, in den beiden Nächten von 2 Uhr bis 4 Uhr 55 Min. die Wagen der Linien 74 Königstor—Schöneberg und 78 Frankfurter Allee—Wilmersdorf durch die Jerusalemerstraße über den Hausvogteiplatz, durch die Oberwallstraße, die Französischestraße, über den Schloßplatz, durch die Breitestraße in beiden Richtungen umzuleiten.

Zu dem Raubanfall auf den Geldbriefträger Hammer wird weiter berichtet, daß der Räuber Max Gärtner gestern mittag unter den nötigen Sicherheitsmaßregeln in das Moabiter Untersuchungsgefängnis übergeführt worden ist. Er machte darüber, wie er auf den Gedanken der Beraubung eines Geldbriefträgers gekommen sei, folgende Angaben: Er hätte sich am Sonnabend umsonst nach Arbeit umgesehen und am Sonntagabend zu seinem Schrecken gesehen, daß sein Geldvorrat, der am Freitag bei seiner Ankunft in Berlin noch 9 M. betrug, sehr zusammengeschmolzen war. Als er nun am Montag vormittag durch die Pfueilstraße ging, wäre gerade ein Geldbriefträger aus dem Neubau herausgetreten, und sofort hätte der Gedanke sein Gehirn durchzuckt: „Wenn du doch einen solchen Mann, der gewiß viel Geld mit sich herumträgt, an einer entlegenen Stelle unbeobachtet berauben könntest.“ Dann sei er sogleich in den Neubau gegangen und habe sich darin umgesehen. Er sei zu der Ueberzeugung gelangt, daß dort die Beraubung des Briefträgers ungestört ausgeführt werden könne. Nachmittags habe er sich dann den Platz ausgesucht und gesehen, daß in der zweiten Etage zahlreiche Rundeisenstücke, die sich zu der Tat eigneten, herumlagen. Im Gewerkschaftshause beschlagnahmte die Kriminalpolizei das Handwerkszeug und den Koffer des Verhafteten. Man fand aber darin nichts, was auf eine Täterschaft Gärtners bei dem Ueberfalle schließen ließ. Von der Eisenstange, mit dem er Hammer niederschlug, ist jetzt erwiesen, daß er sie auf dem Neubau gefunden hat. — Dem überfallenen Geldbriefträger Hammer geht es noch nicht besser; er ist noch immer nicht vernehmungsfähig, doch besteht nach wie vor die Hoffnung, ihn am Leben zu erhalten.

Schwere Unglücksfälle im Straßenverkehr.

Ein Unfall mit tödlichem Ausgange, der durch den Zusammenstoß eines Straßenbahnzuges mit einem Lastwagen hervorgerufen worden war, ereignete sich am Dienstag gegen ½6 Uhr an der Ecke der Bülow- und Ziethenstraße. Zur genannten Zeit versuchte ein Kohlenwagen der Firma A. Schreiber, von der Ziethenstraße kommend, den Fahrdamm der Bülowstraße zu kreuzen, als in der letzteren ein Straßenbahnzug der Linie 60 (Richtung Friedenau), bestehend aus dem Motorwagen 2382 und dem Anhängewagen 143, herangesaust kam. Da das Lastfuhrwerk unter der Hochbahnüberführung hervorkam, so konnte der Straßenbahnführer die drohende Gefahr trotz sofortiger Anwendung der Gefahrbremse nicht mehr abwenden. Es kam zu einem heftigen Zusammenstoß, wobei die drei Insassen des Kohlenwagens von ihren Sitzen auf das Straßenpflaster geschleudert wurden. Der Kutscher Hermann Roche, Koburgerstraße wohnhaft, erlitt einen schweren Schädelbruch und wurde von den durch Passanten herbeigerufenen Samaritern der Feuerwehr nach dem Elisabeth-Krankenhause geschafft, **starb** jedoch auf dem Transport. Der Mitfahrer Theodor Ruch aus der Eylauerstraße erlitt eine Verstauchung beider Füße, der Arbeiter August Müller kam mit äußeren Verletzungen im Genick davon. Durch den Zusammenprall wurden beide Gefährte stark beschädigt. Der Motorwagen entgleiste, wodurch eine viertelstündige Verkehrsstörung verursacht wurde.

Ein zweiter schwerer Unfall im Straßenbahnbetriebe ereignete sich zu derselben Zeit in **Steglitz**. Dort wollte vor dem Hause Schloßstr. 104 der Maurer Karl Schulz aus der Schildhornstr. 4 die Straßenbahngleise unmittelbar vor dem herannahenden Straßenbahnwagen Nr. 23 der Linie F der Westlichen Berliner Vorortbahn überschreiten. Er wurde umgestoßen und kam neben dem Wagen zu liegen. Der Maurer erlitt einen Bruch des Nasenbeins, schwere Verletzungen am Hinterkopf und eine Quetschung des Brustkastens. Der Verunglückte wurde mittelst Droschke nach dem Kreiskrankenhause in Groß-Lichterfelde übergeführt.

Den Arm zermalmt. Zum Krüppel ist Dienstag abend der Fabrikarbeiter Johannes Hoppe, Lübeckerstraße 17, bei einem schweren Betriebsunfall geworden. H. war in der Fabrik von Karl Kloß in der Chausseestraße angestellt und geriet während der Arbeit mit dem rechten Arm in das Getriebe einer Maschine. Bis zur Schulter hinaus wurde dem Unglücklichen der Arm vollständig zerfleischt und die Weichteile gänzlich heruntergerissen. Im Krankenhause Moabit, wo H. Aufnahme fand, wird der Arm amputiert werden.

Durch einen verhängnisvollen Unglücksfall ist die Familie des Hausdieners Adolf Graßmann, Willibald Alexisstraße 34, um den Ernährer und in die größte Notlage gebracht worden. G. wollte auf seinem Zweirade nach seiner Arbeitsstätte fahren und beim Einbiegen von der Zossener- in die Blücherstraße kam hinter ihm ein Straßenbahnwagen gefahren, während von vorn eine Automobildroschke auf ihn zuraste. G. wollte schnell ausweichen, das Rad glitt jedoch auf dem schlüpfrigen Asphalt aus und der Hausdiener wurde unter das Automobil geschleudert. Die Räder des Kraftwagens gingen dem Unglücklichen über Kopf und Brust hinweg und auf dem Transport zur Unfallstation erlag G. den erlittenen schweren Verletzungen. Durch den jähen Tod ihres Ernährers ist die hinterbliebene Witwe mit ihren unmündigen Kindern in große Not geraten.

Ein Feuer im Hause Teltowerstr. 31 verursachte in den Abendstunden zwischen 6 bis 7 Uhr einige Aufregung. Die Wehr der Wache 9 mit der Dampfspritze und zirka acht Wagen unter Leitung eines Brandinspektors griff sofort ein und versuchte mit allen Kräften den Brand zu löschen. Ein Passant, der vorher die Gefahr für die Bewohner des Hauses merkte, stürmte sofort die Hintertreppen hinauf und schlug die Flurfenster ein; dabei erlitt er erhebliche Schnittwunden, welche in der Unfallstation am Tempelhofer Ufer ihm verbunden wurden. Der Brand ist darauf zurückzuführen, daß eine gefällige Nachbarin der anderen erzählte, daß „Zeit kein Geld ist" und dabei vergaß, daß die brennende Petroleumlampe in unmittelbarer Nähe der Gardinen stand, die ein Windzug in Flammen setzte. Der Brand dauerte zirka ¾ Stunden und sind außer der Kücheneinrichtung noch einige andere Möbelstücke verbrannt.

Freie Volksbühne. Die Abendersatzvorstellung der 8. und 9. **Abteilung** findet im Neuen Schauspielhause am **Montag, den 12. November, abends 8 Uhr** statt und hat nur die 8./9. Abteilung zu dieser Vorstellung von Shakespeares „Sturm" Zutritt. Der Vorstand.

Im Berliner Prater-Theater kommt am Freitag das Birch-Pfeiffersche Volksstück: „**Der Leiermann und sein Pflegekind**" zur Aufführung.

Der Gesangverein „Liederfreiheit I" feiert am Sonabend, 10. November, in der „Königsbank", Große Frankfurterstraße 117, sein 45. Stiftungsfest, bestehend in Vokal- und Instrumentalkonzert und Ball. Zur Aufführung gelangen unter anderem größere Chorwerke mit Orchesterbegleitung.

Feuerwehrbericht. Am Dienstagabend gegen 6 Uhr hatte die Wehr in der Reinickendorferstr. 86 zu tun, wo ein Strohsack, Lumpen usw. in einer Wohnung brannten. Drei Stunden später brannte dort zum zweiten Male der Fußboden u. a. Dann mußte in der Schliemannstr. 29 ein Brand gelöscht werden. Betten, Möbel usw. brannten dort. Nachts um 2 Uhr gerieten auf dem Moabiter Güterbahnhof Preßkohlen in Brand. Der 15. Zug beseitigte die Gefahr. Derselbe Zug hatte dann noch in der Paulstraße 26 einen Küchenbrand und Haidestr. 7 einen Wohnungsbrand zu löschen.

Vorort-Nachrichten.

Köpenick.

Bei den heutigen Stadtverordnetenwahlen in der dritten Abteilung wurden unsere Kandidaten mit 971 Stimmen gewählt. Die Gegner hatten es vorgezogen, keine Durchfallskandidaten zu präsentieren. Unsere Stimmenzahl ist erheblich gewachsen, denn bei der letzten Ersatzwahl brachten wir es nur auf 685 Stimmen.

Steglitz.

Ein eigenartiges Schauspiel, durch welches der kommunalpolitische Takt unserer Gegner zugleich in das hellste Licht gerückt wird, wird sich bei den **Gemeindewahlen** am 12. November abspielen. Bei den Wahlen der dritten Klasse im März dieses Jahres kam der Mieterverein mit der Sozialdemokratie in beiden Bezirken in Stichwahl, während die Hausbesitzer glatt durchfielen. Im voraufgegangenen Wahlkampf hatten sich Mieterverein und Hausbesitzerpartei aufs heftigste bekämpft. Als jedoch dem Mieterverein, dem der Kamm so mächtig geschwollen war, daß er glaubte, den Hausbesitzern Urfehde ansagen zu können, durch die Wahlen der Beweis geliefert war, daß er aus eigener Kraft die Sozialdemokratie nicht besiegen konnte, wurde die vorher so mutig geschwungene Streitaxt schleunigst begraben. Während man noch die von den empfangenen Eselstritten schmerzenden Körperteile rieb, flehte man schon fast kniefällig den „Feind" von gestern um Gnade und Hülfe gegen die Sozialdemokratie an und — sie wurde gewährt. Die **Hausbesitzer** wählten den **Mieterkandidaten einstimmig** zum Gemeindevertreter. Die Wahl wurde jedoch von der Gemeindevertretung für ungültig erklärt und — nun beginnt das Schauspiel zu einer Posse zu werden. Dieselben Hausbesitzer, die sich im März die erdenklichste Mühe gaben, den Mieterkandidaten Templiner ins Gemeindeparlament zu senden, geben sich jetzt noch viel größere Mühe, den Herrn von dort zu verbannen, indem sie ihm einen Gegenkandidaten gegenüberstellen. Sie werden also den Herrn zum zweitenmal mit den gleichen Mitteln bekämpfen wie bei der Hauptwahl, und schließlich in der Stichwahl ebenfalls zum zweitenmal empfehlen. Es geht eben nichts über bürgerliche Moral. Eine solche Komödie ist nur möglich bei Wählern, denen jede politische Ueberzeugung mangelt, sonst müßten sie sich mit Ekel von einer derartigen Zumutung abwenden. Auf gegnerischer Seite spricht man so gern und mit einer gewissen Aufgeblasenheit vom sozialdemokratischen Stimmvieh und von der Stumpfheit der Masse, die ihren Führern blindlings folgt. Hier bietet sich ein Schulbeispiel von größter Klarheit, wo der Stumpfsinn und die Urteilslosigkeit zu Hause ist. Wähler, die so mit sich Fangball spielen lassen, haben jedes Anrecht darauf verloren, als selbständig Denkende bezeichnet zu werden.

Mieter, auf die Schanzen! so ruft der Mieterverein in seinem ersten Flugblatt den Wählern der 3. Abteilung bombastisch zu. Und zu welchem Zweck sollen die **Mieter** auf die Schanzen steigen? Um am 12. November einen Herrn zu wählen, der am 14. März d. J. **von den Hausbesitzern** zum Gemeindevertreter gewählt, dessen Wahl jedoch für ungültig erklärt wurde. Wer lacht da? Nur der, der den kleinen Gernegroß „Mieterverein" entweder gar nicht oder nur aus seinem „Organ", der „Steglitzer Zeitung", kennt. Der Eingeweihte weiß, daß der Mieterverein zwar ohne Erlaubnis der Hausbesitzer **Kandidaten aufstellen, aber ohne Hülfe derselben keinen durchbringen kann.** Er muß deshalb auch kuschen. Denn in dem Augenblick, wo die Hausbesitzer bei Stichwahlen sich ihrer Stimme enthalten, ist es mit der ganzen Mietervereinsherrlichkeit vorbei. — Das erwähnte Flugblatt scheint schon unter Mithülfe des „Reichsverbandes" verfaßt zu sein, nach folgender Stelle zu schließen: „Der Mieterkandidat **ist** Hausbesitzer. Dagegen war der unterlegene Sozialdemokrat **angeblich** (!) kein Hausbesitzer. Und dieses ungesetzliche Vorgehen der Sozialdemokraten — haben uns die Ersatzwahl aufgezwungen." Die Skribifaxe wissen also nur „angeblich" etwas, trotzdem besitzen sie die Frechheit, von einem „ungesetzlichen Vorgehen" zu sprechen. — Die „Stegl. Ztg." schlägt auch schon die wunderlichsten Kapriolen. Das Neueste und zugleich Närrischste jedoch, was sie je zutage gefördert, bietet sie in ihrer Nr. 260. Sie flennt wie eine hysterische alte Jungfer, der ihre Katze krepiert ist, über die ungünstige Wahlzeit und **beschuldigt** in ihrem Gram schließlich den Gemeindevorstand „**der Begünstigung der Sozialdemokratie**". Wie mag der „Sozialistenfreund" Buhrow über diese Kapriole gelacht haben!

Zum Freitag abend hat der Mieterverein eine Wählerversammlung nach dem gesperrten „Albrechtshof" einberufen. Wir empfehlen den Parteigenossen, **dieser Veranstaltung fern zu bleiben.** Die Gegner verschmähen es, in unsere Versammlungen zu kommen, es liegt also auch für unsere Genossen kein Anlaß vor, ihnen ein volles Haus zu verschaffen. Mögen sich die Mietervereinler mit ihren Freunden vom Hausbesitzer- und Kommunalverein unterhalten und eventuell schon im voraus die Bedingungen der Kapitulation bei der Nachwahl besprechen, wir haben kein Interesse daran!

Rixdorf.

Von der Brücke herabgestürzt. Einen ungewöhnlichen Selbstmordversuch unternahm gestern der 20jährige Tischler Walter Ehrhardt, Bürgerstr. 51 in Rixdorf wohnhaft. Der Lebensmüde stürzte sich von der „Schwarzen Brücke" in der Herthastraße auf die Gleise des Eisenbahngeländes herab. Seinen Zweck, hierbei den Tod zu finden, erreichte der junge Mann jedoch nicht. Er wurde schwerverletzt von Bahnbeamten aufgefunden und in das städtische Krankenhaus gebracht, wo die Aerzte schwere innere Verletzungen bei ihm feststellten. Ueber das Motiv zu dem Selbstmordversuch verweigert E. hartnäckig jede Auskunft.

Erschossen hat sich gestern der Stukkatermeister Paul Simon aus der Hermannstr. 220. Unter einem Vorwande schickte er seine Angehörigen aus der Wohnung und jagte sich dann eine Kugel in die Brust. Als Frau und Kinder später wieder heimkehrten, fanden sie ihren Ernährer bereits tot vor. Das Motiv der Tat soll in finanziellen Schwierigkeiten zu suchen sein.

Lichtenberg.

Strafmandate im Kampfe gegen den Straßenhandel! Der Kampf der Hausbesitzer gegen den Straßenhandel zeitigt sonderbare Blüten. Den Händlern ist verboten worden, länger als zehn Minuten an einer Stelle zu halten, anderenfalls werden sie mit Strafmandaten beglückt. Dem Interesse der Hausbesitzer mag das dienen, aber nicht dem der Konsumenten. Was aber noch bemerkenswerter ist, anscheinend fungieren Hausbesitzer und Geschäftsinhaber auch als Aufsichtsorgane, denn die Beamten können unmöglich selbst so viele Uebertretungen konstatieren, als Strafmandate erlassen werden. Wenn nun so ein interessierter Haus- oder Ladenbesitzer eine Studentenuhr hat, die die Stunde in 40 Minuten macht, dann kann es Strafmandate geben, ohne daß eine Verordnung überhaupt übertreten worden ist. Die betreffenden Händler werden gut tun, unter allen Umständen richterliche Entscheidung zu beantragen, um die geheimnisvollen Aufsichtsorgane zu ermitteln. Nicht nur die geschädigten Händler, sondern auch die Konsumenten haben an solcher Ermittelung ein sehr großes Interesse.

Pankow.

Der seinerzeit erfolgten Wahl des Genossen Freiwaldt zum unbesoldeten Gemeindeschöffen wurde durch den Kreisausschuß des Kreises Nieder-Barnim die Bestätigung bekanntlich versagt. Auf die eingelegte Beschwerde bei der Regierung zu Potsdam ist nunmehr nach sechs Monaten der Beschluß des Kreisausschusses durch den Bezirksausschuß bestätigt worden. In der Motivierung der Nichtbestätigung wird angeführt, daß der Beschwerdeführer im Jahre 1886, also vor 20 Jahren, wegen Bedrohung und Körperverletzung mit Gefängnis und im Jahre 1898 als Verfasser eines Flugblattes wegen öffentlicher Beleidigung zu einer Geldstrafe von 50 M. bestraft worden ist. Es wäre entschieden besser gewesen, wenn die Regierung wie bisher ihrem grundsätzlich ablehnenden Standpunkt, einen Sozialdemokraten nicht zu bestätigen, treu geblieben wäre. In der Landgemeindeordnung ist genau vorgeschrieben, wer zu dem Amte eines Schöffen zu berufen ist. Da nur die mit Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bestraften Personen öffentliche Aemter nicht annehmen dürfen, so ist die Begründung der Nichtbestätigung juristisch unhaltbar. Indes ist die Nichtbestätigung echt preußisch, wonach Macht vor Recht geht.

Das neue Krankenhaus, das seit einer Woche geöffnet ist, hat bereits 20 Kranke aufgenommen. In zirka vier Wochen werden sämtliche Betten belegt sein. Das Kuratorium stellte in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung den Antrag, 40 weitere Betten zu bewilligen, so daß ein Gesamtbestand von 100 Betten vorhanden ist. Die Vertretung bewilligte debattelos zu diesem Zwecke 10 000 Mark. Beschlossen wurde ferner die Einstellung von fünf Lehrern an den Gemeindeschulen, von denen einer sofort, die übrigen am 1. April 1907 eingestellt werden. Desgleichen wurde eine Handarbeits-Hülfslehrerin eingestellt. Für die Einrichtung des Hochbauamtes und der betreffenden Räume wurden 6500 M. bewilligt. Ein Gesuch, für das unter Leitung des Pastors v. Bodelschwingh stehende Deutsche Arbeiterheim einen Beitrag zu leisten, wurde abgelehnt; desgleichen ein Gesuch um Beihülfe zur Erhaltung von Kriegerdenkmälern. Für den katholischen Religionsunterricht an der Realschule wurden 200 M. pro Jahr bewilligt.

Nieder-Schönhausen.

Interessante Einblicke in das Wesen der bürgerlichen Kommunalpolitik boten die Debatten in der letzten Gemeindevertretung. Nach dem Bericht des „Wochenblattes für Niederschönhausen, Schönholz und Pankow" entspann sich eine lebhafte Debatte über den Vorschlag des Gemeindevorstehers **Abraham**, der den Bau eines Rathauses auf dem Hoppeschen Grundstück, das zum Preise von 175 000 Mark zu haben sei, empfahl. Dieser Preis wurde als viel zu hoch bezeichnet, nach langer erregter Debatte jedoch mit acht gegen acht Stimmen, wobei der Gemeindevorsteher den Ausschlag gab, angenommen. Der Gemeindevertreter **Ilnitzky** erklärte in persönlicher Bemerkung: Weber, der mehr für den Bismarckplatz gestimmt habe, sei, nachdem er von **Hoppe** mit 5—6000 M. aus Geldverlegenheit gebracht worden sei, für den Bau auf dem **Hoppe**schen Grundstück eingetreten; „hätte er von uns Geld erhalten, so hätte er für den Bismarckplatz gestimmt". Der Gemeindevertreter **Kuhlmann** warf ein, daß Weber durch Ilnitzky, welcher 10 000 Mark bei Ankauf des Grundstückes am Bismarckplatz kriegen sollte, veranlaßt worden sei, umzustimmen. —

Der Gemeindevertreter Ilnitzky hat bereits an die Blätter, die von dieser Sache Notiz genommen haben, eine Berichtigung geschickt, worin er es als unwahr hinstellt, daß er 10 000 Mark erhalten haben würde, wenn die Gemeindevertretung das Grundstück am Bismarckplatz erworben hätte. Es blieb demnach immer noch der schwere Vorwurf bestehen, den Ilnitzky Weber gegenüber machte, nämlich, daß letzterer dem Umstande zufolge, daß Hoppe ihm mit 5—6000 Mark aus Geldverlegenheit geholfen hat, für den Ankauf seines Grundstückes gestimmt habe. Wir sind im Augenblick nicht in der Lage, festzustellen, ob das, was in der Sitzung gesagt worden ist, unter Beweis gestellt werden kann. Indes dürfte die Aufsichtsbehörde wohl mit Bestimmtheit Veranlassung nehmen, eingehende Untersuchungen anzustellen. Verhielte sich die Sache so, so dürften die in Frage kommenden Personen auf keinen Fall auch nur noch eine Minute Vertrauens- und Ehrenämter der Gemeinde bekleiden. Hoffentlich wird bald Licht in diese dunkle Angelegenheit gebracht.

Endgültige Abrechnung über die Sammlung für die ausgesperrten Lithographen und Steindrucker.

Liste 1 10,85, darunter p. d. Malern der Firma Zimmermann 4,—, Liste 2 3,— durch Karl Klohs, Liste 3 7,95 durch Karl Klohs. Liste 4 3,70 durch Schanowsky. Liste 5 7,55 durch Mahlow. Liste 6 7,25, gesammelt in der Tischlerei Becker. Liste 7 7,50 durch Mahlow. Liste 9 10,10, 2. Rate d. Arbeiter der Tischlerei Becker. Liste 10 2,50 durch Eckert. Liste 11 8,90 durch Kanter. Liste 12 9,40 durch Gustav Kloos. Liste 13 7,50 d. Gustav Kloos. Liste 14 12,25 durch Gustav Kloos. Liste 16 3,05 durch Dominsky. Liste 17 9,85, gesammelt in der Tischlerei von Gumtau. Liste 19 3,50 durch Christen. Liste 20 8,10 durch Ziege. Liste 21 4,20 durch Krüger. Liste 22 5,— durch Krüger. Liste 23 2,20 durch Modrack. Liste 24 3,20 d. Modrack. Liste 25 5,95 durch Modrack. Liste 26 7,50 von 25 Kollegen der Gasofenfabrik Mariendorf. Liste 29 5,30 durch Most. Liste 32 9,70 d. Schindler. Liste 34 13,40 durch Karl Klohs (darunter 2. Rate der Firma Zimmermann 4,75). Liste 37 3,90 durch Ziege. Liste 38 8,10 durch Rothkirch. Liste 47 15,15 durch Krüger. 8,65 gesammelt bei einem Tanz vom Arbeiter-Radfahrerklub „Konkordia", Groß-Lichterfelde. Summa 204,70.

Abrechnung über die Sammlung für die ausgesperrten Buchbinder.

Liste 41 9,50 durch Karl Klohs, darunter von den Malern der Firma Zimmermann 3,50. Liste 43 4,45 gesammelt in der Tischlerei Becker. Liste 44 5,70 gesammelt in der Tischlerei von Ihlefeld-Friedenau. 8,70 gesammelt bei einem Tanz vom Arbeiter-Radfahrerklub „Konkordia", Groß-Lichterfelde. Liste 46 1,50 durch Ziege. Summa 29,85.

Gr.-Lichterfelde, den 30. Oktober 1906.

Der Ausschuß des Gewerkschaftskartells für Groß-Lichterfelde und Umgegend.

Soziales.

Ablehnung von Mitgliedern des Reichsversicherungsamts.

Seit Jahren nimmt die ruhige, objektive, dem Verletzten menschlich wohlwollende Art der Verhandlungsleitung vor dem Reichsversicherungsamt ab, die unter dem ersten Präsidenten des Reichsversicherungsamts, Dr. Bödiker, die Arbeiter so wohltuend berührte. Das Bemühen Dr. Bödikers, objektiv und human zu sein, ist wiederholt von seinen politischen Gegnern anerkennend hervorgehoben. Ebenso mußten wir wiederholt betonen, daß die heutige Art der Verhandlung vor einigen Senaten den lebhaftesten Protest hervorgerufen hat und hervorrufen mußte. Insbesondere die Art der Verhandlung des Geh. Reg.-Rats **Friedensburg** ist nichts weniger als geeignet, Vertrauen den Arbeitern einzuflößen. Die nervöse, heftige Art, in der er den armen Opfern ihres Berufs entgegentritt, sie unterbricht und manches andere haben ihm den Ruf eines Vorsitzenden verschafft, dessen Wirken Arbeiter gern missen würden. Nicht darauf kommt es an, ob in jedem Fall, in dem Dr. Friedensburg entschieden hat, falsch entschieden ist, sondern ob der verletzte Arbeiter die Empfindung erhalten hat, der Vorsitzende strebe danach, dem Arbeiter sein **Recht** werden zu lassen. Und selbst Arbeiter, die trotz Verhandlung vor dem Friedensburger Senat nicht unrecht erhalten haben, haben wiederholt sich außerordentlich bitter über die Art der Verhandlung geäußert: sie haben durch diese Art die Empfindung erhalten, die Leitung operiere nach dem Grundsatz: nur fix fertig, neue Sache, fort, fort.

Die Abneigung gegen die Friedensburger Verhandlung wurde kürzlich durch einen **Ablehnungsantrag** kundgegeben. Vor dem Reichsversicherungsamt ist ein solcher Antrag etwas äußerst Seltenes. Am Freitag verhandelte nämlich unter dem Vorsitz des Geh. Regierungsrats Friedensburg der Senat eine **Unfallversicherungssache** des Arbeiters Sch. gegen die Berufsgenossenschaft der Feinmechanik. Der Verletzte, der anscheinend durch die Aerzte bezw. deren Untersuchungen in erbitterte Stimmung geraten war, lehnte den Herrn Senatsvorsitzenden Geheimen Rat Friedensburg und zwei andere Mitglieder als **befangen** ab. Die Sitzung mußte daraufhin unterbrochen werden und drei Herren aus einem anderen Senat mußten einspringen, um zunächst den Einwand der „**Befangenheit**" zu prüfen. Der nunmehr so zusammengesetzte Senat entschied, daß **Befangenheit nicht** vorliegt. Darauf traten die abgelehnten Herren wieder in ihre Stellen und die Verhandlung konnte ihren Fortgang nehmen, die damit endete, daß durch Einholen eines Obergutachtens weiterer Beweis erhoben werden soll.

Uns scheint, ein solches Ablehnungsgesuch hätte sich kaum ereignen können, wenn in etwas weniger nervöser Hast verhandelt würde und der Arbeiter durch die **Art** der Verhandlung die Ueberzeugung erlangen könnte: die Herren erblicken in dir ein unglückliches Opfer des Berufs, dem nach Möglichkeit zu helfen ist, nicht aber jemand, mit dem man möglichst bald fertig zu sein wünscht, weil die Verhandlung mit ihm Zeit kostet.

Zur Bekämpfung der Tuberkulose.

Ueber den Erfolg der Heilstättenbehandlung Lungenkranker in Charlottenburg in den 5 Jahren von 1901 bis 1905 hat der leitende Arzt der städtischen Fürsorgestelle für Lungenkranke in Charlottenburg, Dr. Becker, Bericht erstattet. Der Bericht zeigt, daß die Erfolge der Behandlung bei den in die Heilstätten überwiesenen Männern, Frauen und Kindern wesentlich verschieden waren. Von den in den vier Jahren 1902 bis 1905 den Heilstätten überwiesenen 197 Kindern starb in dieser Zeit keins, aber nur bei wenigen von ihnen, nämlich nur bei 42 oder 21,3 Proz. wurde ein Vollerfolg erzielt, trotzdem ein Teil derselben, 33, mehrere Male in die Heilstätten entsandt wurden; die meisten erreichten nur einen teilweisen Erfolg. Als Ursache dafür gibt Dr. B. das bei den tuberkulösen Kindern vielfach gleichzeitige Vorhandensein von Skrophulose an. Von den in den 5 Jahren von 1901 bis 1905 den Heilstätten überwiesenen 215 Frauen und 220 Männern starben während dieser Zeit 19 Frauen und 42 Männer. Die Sterblichkeit war also bei den überwiesenen Männern doppelt so groß wie bei den Frauen. Es kann wohl nicht zweifelhaft sein, meint Dr. B., daß dieser große Unterschied in den Erfolgen bei Männern und Frauen zurückzuführen ist einmal auf die größere körperliche Anstrengung der Männer bei der wieder aufgenommenen Arbeit. Dann trage aber auch der stärkere Alkoholgenuß bei Männern dazu bei, die Widerstandsfähigkeit des Organismus erheblich herabzusetzen. Bei den Frauen ist die Zahl der noch teilweise Erwerbsfähigen größer als bei den Männern. Sie betrug bei den Frauen 98 und bei den Männern nur 74. Dagegen ist die Zahl der **voll** Erwerbsfähigen bei den Männern größer als bei den Frauen, bei ersteren betrug sie 118 und bei den Frauen 101. Daß aber diese Wiedererlangung der vollen und der teilweisen Erwerbsfähigkeit namentlich bei den Männern **keine dauernde** ist, zeigen die späteren Untersuchungen der im Jahre 1901 bei ihrer Entlassung aus den Heilstätten von den

überwiesenen 23 Männern bei 21 wieder eine volle oder teilweise Erwerbsfähigkeit festgestellt werden konnte, besaßen von ihnen nach vier Jahren eine solche nur noch 14, 7 waren inzwischen gestorben. Von den 1901 in Heilstätten aufgenommenen Frauen besaßen bei ihrer Entlassung 21 die volle oder teilweise Erwerbsfähigkeit, aber auch nach vier Jahren noch 19; gestorben waren nur 3.

Dabei sind vielleicht die in den Heilstätten unter Charlottenburgern erzielten Erfolge noch günstiger als im ganzen Deutschen Reiche. Denn von den in ganz Deutschland einer dreimonatlichen Kur in Heilstätten unterzogenen Personen konnten nach dieser wohl 73 Prozent zu dem alten Berufe zurückkehren, und 7 Prozent konnten noch in einem anderen leichteren Berufe tätig sein. Aber bei den Untersuchungen nach drei Jahren wurde festgestellt, daß nur noch 29 Prozent ganz oder teilweise arbeitsfähig und 57 Prozent schon verstorben waren. Daß der Dauererfolg bei den Charlottenburger Patienten der Lungenheilstätten nicht ganz so minimal war, mag der weiteren Fürsorge zu danken sein, die ein Teil der Patienten nach ihrer Entlassung aus den Heilstätten in der nachträglichen Aufnahme in die Erholungsstätten und der Gewährung von guter Milch dort fanden.

Die relativ günstigen Ergebnisse sind allerdings auf die bedauerliche Erscheinung zurückzuführen, daß auch in Charlottenburg jetzt mehr als in den ersten Jahren darauf gesehen wird, daß Personen, die sich schon in einem vorgerückten Stadium der Krankheit befinden, nicht in die Heilstätten geschickt werden. Diese vielfach zu beobachtende Praxis wird damit begründet, daß der Erfolg der Heilstättenbehandlung bei den in einem vorgerückteren Krankheitsstadium Befindlichen ein außerordentlich geringer ist. Diese Tatsache selbst kann ohne weiteres zugegeben werden. Sie rechtfertigt aber nicht die immer üblicher werdende Zurückweisung der in höherem Grade Kranken, sollte vielmehr dazu Veranlassung geben, diese besonders des Schutzes Bedürftigen länger einer Heilbehandlung zu unterziehen. Das fordert ein von rein finanziellen Rücksichten losgelöster Zweck der Heilbehandlung, insbesondere im Interesse der Allgemeinheit. Die Heilstättenbehandlung soll nicht Selbstzweck, sondern eins der Mittel zum Zweck der Bekämpfung der Lungenkrankheiten sein.

Dr. Becker teilt zum Zweck der Ermittelung der Wirkung der Heilstättenbehandlung die Patienten nach dem Befunde bei ihrer Aufnahme in die Heilstätten in drei Gruppen ein: 1. solche, die sich noch im Anfangsstadium der Krankheit befanden, 2. solche, die weiter vorgeschrittene Prozesse der Erkrankung zeigen und 3. solche, bei denen schon ganz erhebliche Teile der Lunge durch die Lungenkrankheit zerstört sind. Von den im Jahre 1901 in die Heilstätten aufgenommenen Charlottenburger Patienten erwiesen sich bei der Aufnahmeuntersuchung 31 als im ersten, 8 als im zweiten und 8 als im dritten Stadium der Krankheit befindlich. Von den 31 bei der Aufnahme im ersten Stadium Befindlichen waren nach vier Jahren noch 16 voll, 14 teilweise und 1 nicht mehr erwerbsfähig. Von den 8 bei der Aufnahme im zweiten Stadium Befindlichen waren nach vier Jahren noch 3 teilweise und 3 nicht mehr erwerbsfähig und 2 waren inzwischen gestorben. Von den 1901 im dritten Stadium der Krankheit aufgenommenen 8 Kranken waren nach einem Jahr schon 4 und nach drei Jahren alle 8 gestorben; obgleich zwei derselben wiederholt der Heilstättenbehandlung teilhaftig wurden. Dies Ergebnis legt es nahe, Tuberkulose möglichst vor dem dritten Stadium einer Heilstätte zu überweisen. Es rechtfertigt aber ebensowenig wie andere Resultate, die sich auf eine gewisse Zahlenreihe erstrecken, die seit zwei bis drei Jahren vielfach beobachtete Praxis, die im dritten Stadium der Krankheit Befindlichen „zur Verminderung unnützer Geldausgaben" nicht mehr in die Heilstätten zu schicken. Man läßt sie vielfach in ihren Familien, wodurch sie die sicherste Veranlassung zur Weiterverbreitung der Krankheit werden. Jedenfalls sollte man um so weniger zögernd und sparsam mit der sofortigen Ueberweisung der Tuberkulösen an die Heilstätten sein, so lange diese sich noch im ersten oder wenigstens noch im zweiten Stadium der Krankheit befinden. Denn da hat die Heilstättenbehandlung noch ersichtlichen Erfolg gehabt, nicht nur bei den 1901 in die Heilstätten Gesandten, sondern auch bei den in den folgenden Jahren dahin Gesandten, von denen die im ersten Stadium Befindlichen zum größten Teile wieder volle oder wenigstens wieder teilweise Erwerbsfähigkeit erlangten, während die im dritten Stadium Befindlichen trotz der Behandlung bald starben.

Es ist unter allen Umständen eine sehr schlecht angewandte Sparsamkeit, mit der Ueberweisung der Lungenkranken an die Heilstätten so lange zu warten, bis die Krankheit bei ihnen in das dritte Stadium getreten ist. Und wenn die vorhandenen Heilstätten zur rechtzeitigen Aufnahme aller nicht ausreichen, so hätte man längst schon für Errichtung weiterer Heilstätten sorgen sollen. Das wäre nicht nur aus humaner Rücksicht, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen eine zweckmäßigere Ausgabe gewesen, als die für manches teure Denkmal usw.

Am Schlusse seines Berichtes bemerkt Dr. B. sehr richtig, daß eine wirksame Bekämpfung der Tuberkulose durch Entsendung der Lungenkranken in Heilstätten allein nicht möglich sei; wenn nicht daneben Maßregeln zur Verhütung der Weiterverbreitung getroffen würden, durch die die Umgebung, besonders die Kinder, vor Entsendung und nach Entlassung der Patienten aus den Heilstätten sehr gefährdet seien. Dr. B. hat dabei wohl in erster Linie die Beseitigung schlechter und ungenügender Wohnungen vieler Patienten und Ersatz derselben durch gesunde und ausreichende im Auge. Er könnte hinzufügen, daß dazu ebenso notwendig die Beseitigung der Grenzsperre und der Schutzzölle ist, die eine ausreichende Ernährung der breiten Schichten der Bevölkerung verhindern.

Es ist eine durchaus irrige Ansicht, von der der besprochene Bericht sich fernzuhalten scheint, als sei die heutige kurze Heilstättenbehandlung zur Bekämpfung der Tuberkulose genügend. Der Heilstättenaufenthalt kann nur vorübergehend bessern. Entbehrt der Kranke nach der Entlassung aus der Heilstätte guter Luft oder guter Nahrung und gelangt gar in dieselbe gesundheitsschädigende Wohnung oder Beschäftigung, wie vordem, so kann der gewonnene Erfolg nur ein sehr geringer sein. Gute Nahrungshygiene und gute Sozialpolitik sind bessere Heilfaktoren als alle Heilstätten und Kurmethoden zusammengenommen. Freilich sind damit Grenzsperren, Schutzzölle und Kampf gegen das Koalitionsrecht unvereinbar.

Zum Wohnungselend der Dienstboten.

Amtsarzt Dr. Böhm in Augsburg hat an den dortigen Stadtmagistrat das Ersuchen gestellt, das städtische Bauamt anzuweisen, bei Genehmigung von Neubauten darauf zu sehen, daß die für Dienstboten bestimmten Zimmerchen in der Mansarde so groß beschaffen sind, daß sie auch wirklich als Wohnraum zu gebrauchen sind, was bisher nur in den allerseltensten Fällen zutrifft. Auch sollen im vornherein Vorkehrungen für Heizgelegenheit geschaffen werden.

Die Wohnräume für Gesinde sind im Norden wie im Süden Deutschlands in den Städten, und in noch stärkerem Maße auf dem Lande, so klein, so luft- und lichtlos, häufig auch unverschließbar, daß die Ansicht durchaus zutrifft: häufig sind die Viehställe besser als die zum Aufenthalt für Menschen bestimmten „Wohnräume".

Zur Statistik der Konsumvereine.

Nach dem Bericht des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine gab es zu Anfang dieses Jahres in Deutschland 2100 Konsumvereine mit 1 200 000 Mitgliedern und 294 Millionen Mark Umsatz gegen 2000 Konsumvereine mit 1 100 000 Mitgliedern und 296 Millionen Mark Umsatz anfangs 1905.

Aus der Frauenbewegung.

Mit polizeilicher Hülfe.

Wie die Polizei in dankenswerter Weise dafür sorgt, daß in Frankfurt eine Dienstbotenbewegung in Fluß kommt, das wird in der „Frankfurter Volksstimme" also geschildert:

Seitens der hiesigen Genossinnen war im „Württemberger Hof" eine öffentliche Dienstbotenversammlung einberufen. Es zeigte sich jedoch bald, daß die Räume nicht ausreichten, bereits um 4 Uhr war alles dicht besetzt. In letzter Minute entschloß man sich, ein größeres Lokal zu benützen und so fand ein Umzug in den oberen Saal des „Jägerhofes" statt, der jedoch, trotzdem alles aus dem Saale entfernt wurde, bei weitem nicht reichte. Viele Hunderte der weiblichen Dienstsklaven mußten umkehren, oder bevölkerten, neugierig der Dinge harrend, die Fahrgasse. Oben hatte inzwischen Genossin Rudolph die Versammlung eröffnet und dann Genossen Habicht das Wort zu seinem Referat über: „Die Lage der Dienstboten" erteilt. In geradezu atemloser Stille lauschten die Mädchen seinen Worten, als er die sozial unwürdige Stellung der Dienstmädchen und die Arbeitszeit und Lohnverhältnisse besprach. Als Redner auf die Bestimmungen der Frankfurter Gesindeordnung eingehen wollte, kam die Polizei und erklärte die Versammlung für geschlossen. Habicht machte den Beamten darauf aufmerksam, daß er überhaupt nichts zu „schließen" habe und „eröffnete" die Versammlung wieder. Brausendes Hallo der Mädchen: „Hauptmann von Köpenick". „Nicht mit dem Rücken hersehen wie beim Flettner", so rief es aus der Versammlung. Inzwischen verhandelte Genossin Schulze mit dem Polizeiinspektor und diese Pause benutzte Habicht, um in drastischen Worten der Versammlung kurz noch einige der markantesten Fälle aus der jüngsten Zeit vorzutragen. Die Polizei erklärte sich mit dem Lokalwechsel nicht einverstanden und nun wurde die Versammlung von Genossin Rudolph richtig geschlossen, zum Ueberfluß dann nochmals polizeilich aufgelöst, weil die vielen Menschen nicht ein hals- und beinbrechendes Tempo anschlugen, um den Saal zu räumen. In diesem Moment teilte Genossin Schulze mit, daß nächsten Sonntag ein großes Lokal zur Verfügung gestellt würde, die Versammlung solle für guten Besuch sorgen. „Wir kommen alle wieder und bringen alles mit!" klang es durch den Saal. „Nun erst recht!" auf der einen, „Diese Woche wird alles mobil gemacht!" auf der anderen Seite. Nachdem die Mädchen zum zweitenmal vertrieben worden waren, sammelte man sich zum drittenmal in der „Hopfenblüte", wo dann in gemütlichem Beisammensein der erste Grundstein zur neuen Organisation gelegt wurde. Nächsten Sonntag wird in der „Konkordia" am Großen Hirschgraben eine Dienstbotenversammlung stattfinden.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Schöneberg. Montag, den 12. November, bei Obst, Martin Luherstraße 51: Vortrag. Dr. Röder: „Die Erziehung der Kinder in der Volksschule".

Groß-Lichterfelde und Umgegend. Montag, den 12. November, 8½ Uhr, bei Reisen, Chausseestr. 104: Vortrag des Genossen Eichler: „Jugenderziehung".

Verband der Friseurgehülfen Deutschlands. Zweigverein Berlin und Vororte. Donnerstag, den 8. d. M., abends 9½ Uhr, Rosenthalerstraße 11/12: Außerordentliche Generalversammlung.

Verband deutscher Barbiere, Friseure und Perückenmacher-Gehilfen. Berlin. Donnerstag, den 8. d. M., abends 10 Uhr, im Lokale Schillingstr. 36: Fortsetzung der Generalversammlung.

Sparverein für Freidenker zur Ausführung der Feuerbestattung. Donnerstag, den 8. d. M., abends 8½ Uhr, Schillingstr. 24: Versammlung.

Vermischtes.

Verschüttete Bergarbeiter. Aus Hoerde wird vom 7. November telegraphiert: Gestern wurden auf der Zeche „Krone" vier Bergarbeiter verschüttet. Die sofort eingeleiteten Bergungsarbeiten waren bis heute 10 Uhr vormittags erfolglos; doch hofft man, die Verschütteten, welche noch Lebenszeichen geben, zu retten.

Ueber einen Eisenbahnunfall wird aus Lehrte, 7. November, folgende amtliche Meldung gemacht: Heute vormittag 1 Uhr 29 Minuten fuhr D-Zug Nr. 10 infolge Durchrutschens über die auf „Halt" stehenden Einfahrtssignale dem Güterzug 7290 in die Flanke. Die Maschine des Güterzuges und acht Güterwagen sind entgleist und beschädigt, ein Zugbeamter des Zuges 7290 ist getötet und einer leicht verletzt. Reisende sind nicht verletzt. Der Personenverkehr ist nicht gestört, die Untersuchung ist eingeleitet.

Ein Racheakt.

In Baden-Baden ereignete sich gestern abend ein mysteriöser Vorfall. Die Witwe des früher in Karlsruhe ansässigen Medizinalrates Molitor erhielt telephonisch den Auftrag, ein Paket beim Postamt in Empfang zu nehmen. Als sich Frau Molitor in Begleitung ihrer Tochter auf den Weg machte und sich in der Friedrichstraße befand, sprang ein Mann aus einem Versteck hervor und feuerte einen oder zwei Schüsse auf die Frau ab, die, in den Rücken getroffen, sofort tot war. Man vermutet einen Racheakt.

Untergegangener Dampfer.

Der Kapitän Steffen des in vergangener Nacht vom La Plata in Hamburg eingetroffenen Hamburger Postdampfers „Granada" überbringt die Meldung, daß am Eingang des englischen Kanals ein Dampfer untergegangen sei. Am 3. November, nachmittags 1 Uhr, bekam die „Granada" auf 52 Grad nördlicher Breite und 3 Grad westlicher Länge einen Dampfer mit starker Schlagseite in Sicht. Steffen ließ darauf zu halten, aber noch ehe die „Granada" ihn erreicht hatte, sank der fremde Dampfer in die Tiefe. An der Unfallstelle trieben eine Menge Wrackstücke umher, aus denen aber der Name des untergegangenen Dampfers nicht zu ersehen war. Da man auch trotz schärfsten Ausgucks keinen Menschen auf dem Wasser treiben sah, setzte die „Granada" ihre Fahrt fort. Das untergegangene Schiff war anscheinend schon vorher von der Mannschaft verlassen worden.

Im Schneesturm. Sechzehn Personen, welche über den Col de Plan nach Spanien zurückkehrten, wurden von einem Schneesturm überrascht. Acht junge Mädchen werden vermißt.

Heftiger Sturm. In Cadiz und in der ganzen Umgegend herrscht heftiger Sturm; die Schiffe können den Hafen nicht verlassen; die Flüsse sind übergetreten; in mehreren Ortschaften wurde beträchtlicher Schaden angerichtet.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 68—73 pr. 100 Pfd., IIa 62—67, IIIa 56—61, IVa 50—55. Kalbfleisch, Doppelländer 105—115, Ia 88—95, IIa 76—86, IIIa 62—74, hall. 54—60. Hammelfleisch Ia 72—80, IIa 56—69. Schweinefleisch 60—68. Rehwild Ia per Pfd. 0,50,—0,60, IIa 0,25—0,48. Rotwild Ia 0,35—0,46, IIa 0,25—0,33, Damwild 0,26—0,45. Wildschweine 0,20—0,30. Frischlinge 0,30. Hasen p. Stück 3—3,50, klein 1,00—2,00. Kaninchen per Stück 0,60—0,90. Wildenten per Stück 1,40—1,50, Krickenten 0,00. Rebhühner, junge Ia 1,00—1,25, junge IIa 0,00, alte 0,70—0,80, junge kleine 0,00. Hühner, alte per Stück 1,40—2,00, alte IIa 0,90—1,30, junge per Stück 0,50—1,20. Tauben per Stück 0,35—0,55, ital. 0,00. Enten, junge per Stück 1,90—2,80, Hamburger, junge per Stück 3,10. Gänse, Oderbrucher, per Pfd. 0,45—0,58, do. Ia per Stück 3,00—3,70, IIa 1,00—2,50. Hechte per 100 Pfd. 68—81, matt 0,00, groß 0,00. Zander 92,00. Aland 0,00. Schleie 0,00, große 0,00, kleine 0,00. Plötze, kleine 22—26, kale, groß 0,00, mittel 88—94, klein 0,00, uns. 0,00. Plötzen 41 bis 47. Karpfen, unsort. 0,00, do. 2er Lausitzer 0,00, do. 50er 70—73, do. 100er Schlesische 0,00. Barse 56—80. Karauschen 65—76. Bleikische 0,00. Welß 0,00. Bunte Fische 0,00. Amerik. Lachs Ia neuer per 100 Pfd. 110—130, do. IIa neuer 90—100, do. IIIa neuer 75. Seelachs 20—25. Sprotten, Kieler, Wall 0,75—1,30, Danziger, Wall 0,60—0,70. Flundern, pommersche Ia, per Schock 3—6, do. pommersche IIa 2—4, Kieler, Stiege Ia 4—6, do. mittel per Kiste 2—3. Hamb. Stirge 4—5, halbe Kiste 1,50—2. Bücklinge, per Wall Kieler 3,50—5,00, Stralsunder 4,00—5,00. Aale, groß per Pfd. 1,10—1,30, mittelgroß 0,80—1,00, klein 0,50—0,60. Heringe per Schock 4—5. Schellfische Kiste 4—5, do. ½ Kiste 2—3. Kabliau, p. 100 Pfd. 20—25. Heilbutt 0,00. Sardellen, 1902er per Anker 95, 1904er 95, 1905er 90, 1906er 70. Schottische Vollheringe 1905 0,00, large 40—44, full. 36—38, mod. 35—42, deutsche 37—44. Heringe, neue Matjes, per ½ To. 60—120. Sardinen, russ., Faß 1,50—1,60. Bratheringe, Bäcke (4 Liter) 1,50—1,75. Neunaugen, Schockfaß 11, kleine 5—6, Riesen- 14. Hummern, kleine, per Pfd. 0,00. Krebse, per Schock, große 0,00, mittel 0,00, kleine 0,00, unsort. 0,00. Galizier, groß 0,00, mittel 0,00. Eier, Land-, per Schock 4,00—4,60. Butter per 100 Pfd. Ia 127—130, IIa 120—126, IIIa 115—119, abfallende 103—110. Saure Gurken Schock 3,50—4,00, Pfeffergurken 3,50—4,00. Kartoffeln per 100 Pfd. 0,00, magnum bonum 1,90—2,10, Daberfche 1,90—2,10, Rosen 0,00, weiße 1,60—1,80, Salattartoffeln 4,00—5,00. Spinat per 100 Pfund 5,00—8,00. Karotten per Schockbund 2—2,50. Sellerie, hiesige, per Schock 3,00—4,00, do. pommersche 4,00—5,00. Zwiebeln große, per 100 Pfd. 3,00—3,50, do. kleine 2,00—2,50, do. hiesige (Perl-) 0,00. Charlotten 50—60. Petersilie, grün, Schockbund 1,25. Kohlrabi per Schock 0,50—0,80. Rettig, bayr., per Schock 2,40—4,80. Radieschen per Schock-Bd. 0,60—0,80. Salat, per Schock 1,00—2,00. Bohnen, grüne, per 100 Pfund 0,00. Wachsbohnen 0,00. Pfefferlinge per 100 Pfd. 10—15. Mohrrüben per 100 Pfd. 2—2,50. Teltower Rüben p. 100 Pfd. 12. Weiße Rüben, große 2—4, kleine 5—7. Blumenkohl per Mandel 1,05—2,50, do., Erfurter, Kopf 0,18—0,26. Wirsingkohl per Schock 3,00—8,00. Rotkohl p. Schock 3,00—8,00. Weißkohl 100 Pfd. 2,00—3,00. Rosenkohl p. 100 Pfd. 16—18. Grünkohl per 100 Pfd. 3—5. Steinpilze p. 100 Pfd. 0,00. Kohlrüben Schock 2,50—3,00. Kürbis 3—4,00. Birnen, per 100 Pfd. hiesige 5—20, böhmische 6—25. Aepfel, per 100 Pfd., hiesige 4—30, Gravensteiner 8—20, Tiroler in Fässern 17—30, Kiste 32—80, Amerk. 17—30. Preißelbeeren, schwedische 0,00, Gebirgs- 34—38. Wallnüsse per 100 Pfd. 16—20, kleine 0,00. Pflaumen, per 100 Pfd., hiesige 5—6, böhmische 6—7, do. große 0,00. Zitronen, Messina 300 Stück 14,00—18,00, 360 Stück 8,00—16,00, 200 Stück 10—14, 420 Stück, klein 5—8, 500 Stück, klein 5—8.

Witterungsübersicht vom 7. November 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	757	OSO	3	Nebel	7	Haparanda	767	NO	2	bedeckt	—3
Hamburg	754	SO	4	Nebel	8	Petersburg	768	NO	1	Schnee	—1
Berlin	756	SO	2	Nebel	7	Scilly	749	N	5	bedeckt	10
Frankfurt a. M.	754	SSW	—	wolkig	9	Aberdeen	758	NNW	1	bedeckt	7
München	757	NW	1	wolkig	8	Paris	749	SSO	2	bedeckt	9
Wien	758	NO	1	wolkig	8						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 8. November 1906.
Mild, jedoch ziemlich trübe und nebelig mit leichten Regenfällen und schwachen südöstlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 8. November.
Anfang 7½ Uhr.
Opernhaus. Samson und Dalila.
Schauspielhaus. Hamlet, Prinz von Dänemark.
Neues Opernthea ter. (Eleonore Duse als Gast.) Hedda Gabler.
Deutsches. Der Kaufmann von Venedig.
Westen. Die Fledermaus.
Lortzing. Der Waffenschmied.
Neues. Die Condottieri.
Lessing. Ritter Blaubart.
Anfang 8 Uhr.
Neues Schauspielhaus. Der Sturm.
Berliner. Sherlock Holmes.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Die rote Robe.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater). Der Hochtourist.
Komische Oper. Lakmé.
Residenz. Triplepatte.
Lustspielhaus. Unsere Käte.
Zentral. Tausend und eine Nacht.
Kleines. Ein idealer Gatte.
Deutsch-Amerikanisches. Im wilden Westen. Der Hauptmann von Köpenick.
Thalia. Wenn die Bombe platzt!
Luisen. Flotte Weiber.
Bernhard Rose früher Carl Weiß. Ausgewiesen.
Trianon. Der Hausfreund.
Walhalla. Spezialitäten.
Apollo. Spezialitäten.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Kasino. Die beiden Champignol.
Folies Caprice. Serenissimus August XXVI. — Das Modell. — Das Provinzmädel.
Passage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Wintergarten. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49. Im wissenschaftlichen Theater: 6 Uhr: Dr. C. Theising: Grundzüge der allgemeinen Entwickelungsgeschichte. I. 8 Uhr: Dr. C. Theising: Die Erhaltung des Lebens.
Sternwarte, Invalidenstr. 57/62.

Ferdinand Bonns
Berliner Theater.
Heute und folgende Tage:
Sherlock Holmes.
Anfang 8 Uhr.

Neues Schauspielhaus
Donnerstag, den 8. November:
Der Sturm.
Morgen: **Der Sturm.**
Anfang 8 Uhr.

Lortzing-Theater
Boileauiliancestr. 7/8.
Abends 7½ Uhr:
Der Waffenschmied.
Abonnements gültig.
Freitag: Undine.
Sonnabend nachm. 3 Uhr erste Kindervorstellung: Rotkäppchen. Kleine Preise. Sonntag nachm.: Der Troubadour.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Die rote Robe.** Schauspiel in vier Akten von Eugen Brieux. Deutsch von Anne St. Cère.
Freitag, abends 8 Uhr: **Hasemanns Töchter.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: Zur Feier von Schillers Geburtstag: Zum 1. Male: **Fiesko.**
Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Der Hochtourist.** Schwank in 3 Akten von Kurt Kraatz und Max Neal.
Freitag, abends 8 Uhr: **Weh' dem der lügt.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: Zur Feier von Schillers Geburtstag: **Maria Stuart.**

Theater des Westens
Station Zoolog. Garten, Kantstr. 12.
Abends 7½ Uhr:
Die Fledermaus.
Fritz Werner a. G.
Freitag: Schützenliesel.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Die Condottieri.
Morgen und folgende Tage: **Die Condottieri.**

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr zum 113. Male:
Ein idealer Gatte.
Freitag: Man kann nie wissen.
Sonnabend zum 114. Male: Ein idealer Gatte.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachtasyl. Abends 8 Uhr zum 115. Male: Ein idealer Gatte.

Zentral-Theater.
(Operette). 8 Uhr:
Tausend und eine Nacht.

Komische Oper.
Abends 8 Uhr: **Lakmé.**
Im 2. Akt: „Cobra", ausgeführt von Ruth St. Denis.
Freitag: Hoffmanns Erzählungen. Hierauf: Ruth St. Denis.
Sonnabend: Lakmé. Im 2. Akt: „Cobra", ausgef. von Ruth St. Denis.

Rixdorfer Theater
Bergstraße 147.
Sonntag, den 11. November 1906:
Der Raub der Sabinerinnen.
Schwank in 4 Akten von Schönthan.
Anfang 7½ Uhr:
Montag: Zapfenstreich.
Mittwoch: Tolt.

Berliner Prater-Theater
Kastanien-Allee 7—9.
Premiere: **Die Hüttenbesitzer.**
Anfang 8 Uhr.
Freitag: Der Leiermann und sein Pflegekind.
Sonnabend: Geschlossen.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
6 Uhr Dr. C. Thesing:
Grundzüge der allgemeinen Entwickelungsgeschichte. I.
8 Uhr Dr. C. Thesing:
Die Erhaltung des Lebens.

Lustspielhaus.

Alladendlich 8 Uhr:
Unsere Käthe.

Luisen-Theater

Reichenbergerstr. 34.
Abends 8 Uhr:
Sherlock Holmes.
Freitag: Else vom Erlenhof.
Sonnabend 4 Uhr Kindervorstellung: Rübezahl.
Abends: Else vom Erlenhof.
Sonntag nachm.: Romeo und Julia.
Abends: Sherlock Holmes.
Montag: Romeo und Julia.

Residenz-Theater.

Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage Anf. 8 Uhr:
Triplepatte.
Schwank in 5 Akten v. Tristan Bernard und André Godfernaux.
Vicomte Robert de Houdan: Richard Alexander.
Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Der Stellvertreter.

Deutsch-Amerikanisches Theater.

Abends 8 Uhr: Gasp. Ad. Philipp.
Im wilden Westen
und
Herr „Hauptmann" von Köpenick.
Sonntag nachm.: **Ueber'n großen Teich.**

Theater Folies Caprice.

Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.
Serenissimus August XXVI.
Das Modell.
Das Provinzmädel.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachmittag
bei bedeutend ermäßigt. Preisen:
Soll und Haben.
Nach dem Zapfenstreich.
Anfang 3 Uhr.

Bernhard Rose-Theater

früher **Carl Weiß-Theater.**
Große Frankfurterstr. 132.
Täglich 8 Uhr:
Ausgewiesen.
Soziales Volksstück in vier Akten von Carl Büttcher.
Morgen und folgende Tage: **Ausgewiesen.**
Sonnabend nachm. 4 Uhr: **Robinson Crusoe.**
Sonntag nachmittag 3 Uhr: **Der Glöckner von Notre-Dame.**

Stadt-Theater Moabit

Alt-Moabit 47/49.
Gastspiel Bernhard Rose-Theater
Ein Mann aus dem Volke
oder: **Ein ehrlicher Makler.**
Volksstück mit Gesang in 4 Akten.
Hugo Knorpel: Bernhard Rose.
Billettvorverkauf bei **Krüger & Oberbeck,** Turm- u. Beusselstraßen-Ecke u. bei Bw. **Tupel** im Theatergebäude.

W. Noacks Theater.

Direktion: **Rob. Dill.** Brunnenstr. 16.
Große Extra-Vorstellung.
Der Trompeter von Säkkingen.
Schauspiel mit Gesang in 5 Akten.
Werner Kirchhofer: Dir. **Rob. Dill.**
Anf. **8** Uhr. Entree **30** Pf. **Ball.**
Ehren- und Vorzugskarten gültig.

Kasino-Theater

Lothringerstr. 37. Täglich 8 Uhr
Die beiden Champignol.
Sonntag 4 Uhr: **Alexander der Große.**

Palast-Theater.

Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börse.
Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Der einzig dastehende
November-Spielplan.
U. a.: **Dundee-Duo. Senor und Berad. Lorey-Trio. Hellwegh Brothers. Annetta u. Era.**
Dazu: **Eine vom Ballett.** Lustspiel.
Familienkarten, zum halben Kassenpreise gültig, in allen Barbier-, Friseur- u. Zigarrengeschäften gratis.

Buggenhagen

Moritzplatz.
Jeden Donnerstag:
Walzer- u. Operettenabend.
Freitag, den 9. November:
Wunsch-Abend.

Freie Volksbühne.

Sonntag, den 11. November:

Berliner Theater;	Neues Schauspielhaus:
Nachmittags 3 Uhr:	
3/4. Abteilung.	14./15. Abteilung.
Ora et labora und **Eine Abrechnung.**	**Der Sturm.**

Herbstfest

Sonnabend, d. 24. November
Russischer Tondichter-Abend.
Kapelle des Mozartsaals
50 Musiker.
Konzertdirektion **Eugen Stern.**
Lieder zum Orchester Fräul. **Grete Steffens.**
Festmarken a 60 Pf. in allen Zahlstellen.

Eine Umfrage

wegen Teilnahme am Besuch von
Abend-Vorstellungen
wird von den Zahlstellen zurzeit bei **allen Mitgliedern laut Generalversammlungs-Beschluß** vorgenommen. Alle Mitglieder werden gebeten, ihr Votum im Zahlstellenbuch eintragen zu lassen.

Achtung!

Die Ersatz-Abend-Vorstellung

der 8. und 9. Abteilung
findet am
Montag, den 12. November,
abends 8 Uhr
im **„Neuen Schauspielhause"** statt.

Freies Kunstheim.
Flugblätter und Antwortkarten liegen in allen Zahlstellen aus. Die Mitglieder werden ersucht, schleunigst Gebrauch davon zu machen.
230/3 **Der Vorstand.** I. A.: **G. Winkler.**

Zirkus Schumann

Heute Donnerstag, den 8. November, abends 7½ Uhr:
Eliteabend. Galaprogramm. U. a.:
Die Könige der Luft.
Les 5 Alex
Les 5 Piroscoffis
ausgezeichnete komische Jongleure.
Mons. **Fernand Guichenet,** Oberbereiter Seiner Maj. des Zaren.
Mr. Henricksons unerreicht dastehende
größte Tigergruppe
Dir. **Alb. Schumanns** neue u. moderne Dressuren.
Um 10 Uhr:
Die große Ausstattungs-Pantomime:
Ein Tag in Monte Carlo.

Zirkus Busch.

Abends 7½ Uhr:
Monsieur Romeo's Staunen erregende Automobilexperimente.
Ueberfahren
mit einem 70 PS. Fiat-Automobil (Gew. 30 Zentner u. 4 Insassen.)
Außerdem: **Burkhardt-Footit,** Schulreiter. Hr. **E. Schumann** mit seinem Sportolt. **Die amerikanischen Freunde,** unkomische Episode. Fräulein **Marguérite,** Schulreiterin.
Aus der Pußta.
Orig.-Pantomime d. Zirk. Busch.

Metropol-Theater

Täglich 8 Uhr:
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 9 Bildern von Julius Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Dirigent M. Roth.
In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
H. Bender. J. Giampietro. J. Josephi. Fritzi Massary. Phila Wolff.
Rauchen überall gestattet.
Sonntag, den 11. November 1906,
nachmittags 3 Uhr:
Ermäßigte Preise!
Auf in's Metropol!

Wintergarten

Interessante neue Darbietungen.
Bros. Permané, Exzentriks.
Angelos lebende Kunstwerke.
La Vilma, Sandmalerin.
Das Millmann-Trio, Drahtseilakt.
Staleys Verwandlungsakt: Die musikalische Schmiede.
„Im sonnigen Spanien". Englische Ballettszene, ausgef. von der John Tiller-Truppe a. London.
The 3 Urma Sisters, Trapezkünstlerinnen.
O. K. Sato, komischer Jongleur.
Maria Vinent von der königl. Oper in Madrid.
Cheeberts Chineseutruppe.
Clotilde Florido, spanische Tänzerin.
Der Biograph:
1. Wettlaufen.
2. Die Hochzeit im Automobil.

Apollo-Theater.

Das neue gr. November-Programm.
U. a.: **The Densmores und die Bulldogge in der Küche.**
Damen-Flugakt, ausgef. v. d. Telms-Truppe. **Ein Spaß in der Automaten-Ausstellung.**
Liane d'Eve, Orig. Matichiche-Tänzerin.
Die Seldoms. Neue Bilder.
Sonntag, den 11. November, nachmittag 3½ Uhr **Familienvorstellung.**

Fröbels Allerlei-Theater

Schönhauser Allee 148.
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Stets erstklassige Riesenspielfolge.
Nach der Vorstellung: **Gr. Tanz.**
Tanzleitung: **B. Sachse.**
Anf. Sonntag 5, Donnerstag 8 Uhr.

Colosseum

Dresdenerstr. 97.
15 erstklassige Spezialitäten 15
Giza u. Blosca!
Verwandelungs-Burlesko:
Tänzerin und Waisenrat.
Truppe Sokolowsky.

Passage-Theater.

Heute
das glänzende November-Progr.
Josefine Dora
mit ganz neuen Schlagern.
Ferner: Z. 1. Mal a. d. Kontinent:
Das Original-Damen-Jiu-Jitsu
(japanische Selbstverteidigung)
Ensemble, 3 Herren, 4 Damen.
14 neue erstklass. Nummern.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger
Anfang Wochentags 8, Sonntags 7 Uhr.

Trianon-Theater.

Heute und folgende Tage:
Der Hausfreund.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Die Nothbrücke.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Rixdorf.
Sonnabend, 10. Novemb., in Thiels Festsälen, Bergstr. 151/2:
13. Stiftungsfest
Auftreten der **Volkssänger-Gesellschaft Strzelewicz.**
Anfang 8½ Uhr. 96/6 **Das Komitee.**

Walhalla-Varieté-Theater

Weinbergsweg 19/20.
Am Rosenthaler Tor.
Heute abend 8 Uhr:
Die vierzehn effektvollen November-Spezialitäten.
Das schwarze **Udel-Quartett** (The Orig. Block Troubadours).
Die kluge Rosa — — —
Hollands bester Violin-Virtuose **Otto Richard.**
Bouwmeester, der orig. Humorist.
Die bildschöne Monocyclistin **Nelly French.**
● Rauchen überall gestattet. ●

Prachtsäle des Westens

Spichernstr. 3. **Carl Stachert.** Kinematograph
Heute Theater-Aufführung.
Der Pariser Taugenichts.
Anfang 8½ Uhr.
Entree 40 Pf.
Nach der Vorstellung:
Familien-Kränzchen.

Sanssouci.

Kottbuser Straße 4a.
Direktion **Wilhelm Reimer**
Sonnt., Mont., Donnerst.:
Hoffmanns Nordd. Sänger
und **Tanzkränzchen.**
Sonnt. Beg. 5, Wochent. 8 U.
Freitag:
Extra-Theater-Abend.
Novität!
Die lachenden Erben.

Welt-Ausstellungs-Biograph- (St. Louis)

Theater lebender Photographien mit abwechselndem **Abnormitäten-Progr.**
Verbindung mit größter Films-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.
◆ Den ganzen Tag Vorstellung. ◆
Otto Pritzkow, Münzstr. 16.

Gustav Behrens Theater,

Berlin O., Frankfurter Allee 85.
Das vollständig neue November-Programm.
Neu! **Der Hauptmann v. Köpenick** Neu!
Großer Lacherfolg.
22 Nummern.
Anfang 7½ Uhr. Sonntags 5½ Uhr.

Dr. Simmel,

Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für **Haut- und Harnleiden.** 165
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Homophon Apparate & Platten

Überall erhältlich.
Homophon Company
Fabrik Berlin C. Klosterstr. 36.
„Der Hauptmann von Köpenick. Neueste Aufnahme aus: „Der Teufel lacht dazu" und aus „Tausend und eine Nacht". 212/28*

Orts-Krankenkasse der Gürtler.

Zu der am **Sonntag,** den 11. November, vormittags 9½ Uhr, bei **Graumann,** Naunynstraße 27, stattfindenden 26185
Ordentlichen General-Versammlung
werden die Vertreter der Kassenmitglieder und der Arbeitgeber hiermit ergebenst eingeladen.

Tages-Ordnung:
1. In getrennter Versammlung: Neuwahl des Vorstandes (4 Arbeitgeber, 8 Arbeitnehmer).
2. In gemeinsamer Versammlung: Wahl einer Kommission zur Prüfung der Rechnungen des laufenden Jahres.
3. Statutenänderung §§ 13 und 24 wegen Erhöhung der Leistungen und § 40 wegen anderweitiger Regelung der Vorstandsentschädigung.
4. Besprechung über die von der Zentralkommission angeregte Branchen-Zentralisation.
5. Verschiedenes.

Berlin, den 7. November 1906.
Der Vorstand.
G. Kneiff, Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse der Maler u. verw. Gewerbe.

Die **Ergänzungswahl**
anstelle der ausgeschiedenen Delegierten für das Jahr 1906 findet am **Montag, den 12. November 1906,** abends 8½ Uhr, Engel-Ufer 15, **Gewerkschaftshaus,** Saal 8, statt.
Es sind zu wählen **84** Vertreter durch die Kassenmitglieder.
Wahlberechtigt und wählbar sind Kassenmitglieder, welche großjährig und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind.
Als Legitimation dient die Quittungskarte. 26175
Der Vorstand.

Hygienische

Bedarfsartikel. Neuest. Katalog m. Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. fr.
H. Unger, Gummiwarenfabrik Berlin NW., Friedrichstrasse 91/92.

Haben Sie Stoff?
Ich fertige daraus Anzug od. Paletot nach Maß, schick, dauerh. Zutaten, von 20 Mark an. Moritz Labaud, Oranienburger Strasse 4, I.

Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz

Total-Ausverkauf

des von der Firma S. Böhm gekauften Warenlagers
nur Kommandanten-Straße No. 43.
Folgende Posten kommen
zu jedem nur annehmbaren Preise
zum Verkauf:

700	Herren-Paletots	Stück	7.90 M.
1850	Herren-Paletots, Maß-Ersatz	Stück	14.50 M.
950	Herren-Anzüge für Kavaliere	Stück	10.25 M.
550	Herren-Gehrock-Anzüge	Stück	19.50 M.
8600	Herren-Hosen	Stück 5.40, 4.40, 3.40, 2.40,	1.40 M.
6400	Joppen, warm gefüttert	Stück 7.00, 5.50, 4.40, 3.40, 2.40,	1.80 M.
4000	Knaben-Anzüge	Stück 6.00, 5.00, 4.00, 3.00, 2.25,	1.80 M.
400	Gummi-Mäntel zum Aussuchen	Stück 22.50, 19.50,	16.00 M.
3280	Knaben-Paletots	Stück 6.25, 5.00, 4.00, 3.00,	2.00 M.

Es versäume daher niemand die seltene Gelegenheit wahrzunehmen.

Blitz 4 Geschäftshäuser 4 Blitz

I. Geschäft:	II. Geschäft:
80 Chausseestraße 80.	9 Rosenthaler Str. 9 Ecke Auguststraße.
III. Geschäft:	**IV. Geschäft:**
43 Kommandantenstraße 43.	137 Gr. Frankfurter Str. 137.

Engros-Verkauf
jetzt nur noch Rosenthalerstr. 9, II. Etage.

Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Der Terni-Skandal.

Aus Rom wird uns geschrieben:

Die Aktiengesellschaft „Stahlwerke Terni" ist die Gesellschaft, die in dem Prozeß Ferri-Bettolo und in der nachfolgenden Enquete der Reichsmarineverwaltung wegen ihrer hohen Preise und ihres schlechten Materials gebrandmarkt wurde, dieselbe, die ganz mit Staatsvorschüssen gegründet wurde und gegen die die Bergleute des Braunkohlenbergwerks von Spoleto wegen betrügerischer Maßnahmen beim Wiegen der geförderten Kohle einen Prozeß angestrengt haben.

Am 26. Oktober wurde die Nachricht von einem Erpressungsversuch an dem Direktor Prina verbreitet. Merkwürdig ist, daß dieser Versuch damals schon nahezu zwei Monate zurücklag. Es war im übrigen ein Versuch mit ganz unzulänglichen Mitteln. Zwei arme Teufel, darunter der Schreiber eines Rechtsanwalts, erboten sich, gegen eine Entschädigung von 200 000 Lire, die Kampagne der Baissisten gegen die „Terni" einstellen zu lassen. Die harmlosen Neulinge wurden verhaftet und die Sache wäre bis auf ein kurzes gerichtliches Nachspiel erledigt.

Statt dessen beginnt eine Jagd auf die Dokumente, auf Grund deren die Erpressung versucht wurde und eine ausgedehnte gerichtliche Untersuchung gegen eine Baissisten-Clique, die durch betrügerische Manöver die Aktien der Terni heruntergedrückt haben soll. Daher Verhöre bekannter Bankiers, Börsenmakler usw. Neben den Prozeß wegen Erpressung, dessen Angeklagte sich in Haft befinden, tritt also ein zweiter Prozeß gegen noch unbekannte Spekulanten wegen fraudolenter Börsenmanöver zum Schaden der Terni.

Wo sind nun aber die Dokumente, die die Grundlage des Erpressungsversuchs bildeten? Es handelt sich um Schriftstücke, die ein Angestellter der Terni, ein ehemaliger Offizier namens Capuana, der nach zwanzigjähriger tadelloser Dienstzeit von der Terni ohne Pension entlassen wurde, seinem Rechtsanwalte übergeben hatte, zum Zwecke eines Prozesses gegen die Aktiengesellschaft. Diese Dokumente wurden von dem Schreiber des Rechtsanwalts zu seinem Erpressungsversuch benutzt. Sie wurden bei diesem Rechtsanwalte beschlagnahmt und befinden sich heute in Händen der Gerichtsbehörden.

In diesen Schriftstücken soll sich der unwiderlegbare Beweis für schwere Betrügereien der Terni zum Schaden des Staates befinden. So hätte die Terni schlechten Panzerplatten durch ein besonderes Verfahren das Aussehen guter gegeben und die Staatsstempel, die an jeder einzelnen Platte nach der Annahme angebracht werden, gefälscht. Sie hätte notorisch im Guß mißratene Platten bei den Staatslieferungen eingeschmuggelt und derartige Gaunereien mehr.

Der Lärm wegen des harmlosen Erpressungsversuches, wegen der vermeintlichen Baissistenkampagne und die Beschlagnahme der belastenden Dokumente gegen die Terni erfolgte — obwohl die Sache seit zwei Monaten spielte — gerade in diesen Tagen, wo nämlich die Regierung (am 23. Oktober!) für 5 Millionen Panzerplattenlieferungen auf Grund eines Wettbewerbes an die amerikanische Firma Midvale vergeben hat und am Vorabend eines Prozesses des Mailänder „Corriere della Sera" gegen ein Genueser Terni-Blatt, das die Mailänder Zeitung beschuldigt hatte, durch ihre Börsenberichte den Baissisten in die Hände zu arbeiten. Mittlerweile sind die Kurse der Terni-Gesellschaft mächtig gefallen. Das war zu erwarten. Deshalb bedurfte man eines für die Gesellschaft nicht kompromittierenden Grundes, den man glaubte in einer Räubergeschichte finden zu können. Dazu gelangt ein reiches Belastungsmaterial aus gefährlichen Händen in solche, die mißtrauische Leute für sehr viel weniger gefährlich halten.

So macht das Ganze den Eindruck, als wäre der Erpressungsversuch der Aktiengesellschaft sehr gelegen gekommen.

Was den „Avanti" betrifft, den einige italienische Blätter und telegraphische Korrespondenzbureaus mit der Sache in Beziehung gebracht haben, so handelt es sich um folgendes. Dem Administrator des „Avanti", einem ehemaligen Marineoffizier (kein Parteigenosse) war von einem ehemaligen Beamten der Terni Belastungsmaterial gegen diese zur Verfügung gestellt worden. Da es sich um Dinge handelte, die ihm technisch unmöglich schienen, erbat er durch einen gemeinsamen Bekannten eine Unterredung mit einem Herrn Perrone, dem Direktor der Schiffbaugesellschaft Ansaldo-Armstrong, des größten italienischen Konkurrenzunternehmens der Terni. Auf diese Sache bezieht sich der bei dem Administrator, nicht im „Avanti" beschlagnahmte Schlüssel für chiffrierte Telegramme, der die Annahme oder Verweigerung der nachgesuchten Unterredung vorsieht. Der „Avanti" veröffentlichte über die Sache damals gar nichts, weil er sie für nicht hinreichend beweisbar hielt. Die Revolverpresse kann sich natürlich jedes Schweigen oder Reden nur als Börsenmanöver erklären. Das ist ihr persönliches Pech.

* * *

Vom 7. November wird aus Rom gemeldet:

Der Skandal der Terni-Gesellschaft dauert fort. Der Generalprokurator hat die gerichtliche Verfolgung des Blattes angeordnet.

Versammlungen.

Der Ortsverein Berlin der Fliesenleger Deutschlands hielt seine Oktober-Generalversammlung im „Neuen Klubhaus" in der Kommandantenstraße ab. Der Kassierer gab den Kassenbericht. Einer Einnahme von 8506,72 M. steht eine Ausgabe von 4178,12 M. gegenüber, so daß ein Bestand von 4368,61 M. verbleibt. Hierauf referierte Genosse Wiesner über „Was lehrt uns Mannheim?" Die anschließende Diskussion war sehr lebhaft und wurde der vorgerückten Zeit wegen abgebrochen und vertagt. Da unsere Organisation auf dem Parteitage speziell von dem Reichstagsabgeordneten Alwin Körsten ohne Grund angegriffen ist, nahm die Versammlung nachstehende Resolution an:

„Die heutige Versammlung der Fliesenleger Deutschlands, Ortsverein Berlin, erwartet von dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Körsten, daß er seine auf dem Mannheimer Parteitage aufgestellte Behauptung, daß unser Verein den Unternehmern einen Tarifentwurf vorlegte, der unkündbar sein sollte, beweist oder dieselbe zurücknimmt. Die Mitglieder der Vereinigung der Fliesenleger haben nicht die geringste Neigung, von jemandem — und wäre er auch Reichstagsabgeordneter und Vorsitzender der „Berliner Gewerkschaftskommission" — unwidersprochen über sich unwahre Behauptungen verbreiten zu lassen, sondern werden solche stets in gebührender Weise zurückweisen."

Erwiderung auf die vom Lokalverband der Kürschner in Nr. 254 des „Vorwärts" losgelassene Erklärung:

1. Es ist unwahr, daß Kollege Zimmerling bei der Vorstandswahl zugunsten Dittmanns verzichtet hätte. Wahr dagegen ist, daß auf eine Anfrage des Kollegen Grandel an Zimmerling vor Beginn der Versammlung letzterer erklärte, auf eine Kandidatur verzichten zu müssen, weil er noch nicht ein volles Jahr Mitglied der Krankenkasse war, demzufolge auch nicht wählbar ist. Grandel sagte darauf: „Nun, dann schlage einen anderen vom Zentralverband vor." Infolgedessen schlug bei der Ersatzwahl von Vorstandsmitgliedern auf 3 Monate Kollege Z. den Vorsitzenden der Zahlstelle, Dittmann, vor, welcher auch gewählt wurde. Diese Wahl hatte jedenfalls der Vorstand des Lokalverbandes nicht erwartet, und weil Dittmann bei den Vorführern der Lokalisten, seiner zentralistischen Gesinnung wegen, verhaßt ist, stand der Vorsitzende des Lokalverbandes auf, als nun zur Wahl von Vorstandsmitgliedern auf 3 Jahre geschritten wurde, und rief seinen Mitgliedern zu: „Kollegen, wir empfehlen Ihnen die Kollegen Güttner und Stochmann" (Lokalisten), worauf Dittmann gegen 7 Stimmen Mehrheit, welche auf Güttner fielen, unterlag. Also nicht aus Anlaß des Gärtnerschen Streiks und der dadurch entstandenen Antipathien gegen Dittmann unterlag letzterer, sondern weil der Vorsitzende der Lokalisten seine Mitglieder zur Ordnung rief.

2. Wenn in der Erklärung noch hervorgehoben wird, daß unsere Liste nicht korrekt aufgestellt worden wäre, so bemerken wir, daß uns nicht die Listen der Krankenkasse zur Verfügung stehen, wie den Lokalisten, und es daher doppelt zu verwundern ist, daß in der vom Lokalverband herausgegebenen Liste noch minderjährige Mitglieder standen und auch gewählt wurden. Der Anstand des Lokalverbandes zeigte sich speziell darin, daß wir unserer Mitgliederzahl entsprechend ein Drittel der Delegiertensitze zu beanspruchen hätten, während von 282 Delegierten uns nur 50, also ungefähr ein Sechstel, zugebilligt wurden.

J. A.: Karl Dittmann.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet wochentäglich von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt.

P. 78. Die Stiftungsdeputation des Magistrats hat einen Fonds zur Hergabe von Darlehen. Unseres Wissens ist aber über den Fonds auf absehbare Zeit hinaus verfügt. Andere Stiftungen derart kennen wir nicht. — **K. N.** 1. Ja. 2. Nein, nur wenn der Gegner ladet. 3. Ja. 4. Wenn innerhalb einer Woche Widerspruch nicht erhoben ist, so ist der Befehl vollstreckbar. 5. Soweit ersichtlich, liegt ein Grund zur Beschwerde nicht vor: zuständig ist das Amtsgericht. — **G. A. 2.** 1. Ja. 2. Nein; sie müßte klagen, kann aber auch während der Haftzeit des Beklagten klagen. — **1656.** 1. Nein: Sie müssen zahlen. 2. bis 4. Nein. 5. Das Hinbringen wäre unzulässig. — **Blumenbinderin.** Leider besteht eine gesetzliche Vorschrift nach der Richtung nicht. Wenden Sie sich an die Gewerbedeputation (Stralauerstraße 3—6). — **O.** Leider nein. — **L. S.** In beiden Fällen etwa 108 M. — **A. P. 100.** Die Sachlage ist zweifelhaft, aber es ist anzunehmen, daß Sie zur Einwilligung in Aufhebung des Vertrages und Rückzahlung des Kaufgeldes und für den Fall der Abmeldung zu Schadenersatz verurteilt würden. — **Schneidemühl.** 1. Etwa 10 M. 2. Nein. — **M. B. 72.** Offenbacher Kasse für Frauen und Mädchen, Prinzenstr. 66 bei Hinze. — **J. D. 23.** Liegt kein Kauf unter Vorbehalt des Eigentums und keinerlei Anerkennung durch Zahlung oder dergleichen seit dem 31. 12. 1904 vor, so ist die Forderung auf Zahlung der im Jahre 1904 gekauften Ware mit dem 1. Januar 1907 verjährt. — **St. 305. W.** Die Bahnverwaltung ist im Recht. — **F. W. 104.** Die Frau haftet für die Schulden ihres Mannes nicht. Wird Pfändung an ihren Sachen vorgenommen, so kann sie mit Erfolg Einspruchsklage erheben. Den Beweis ihres Eigentums hat sie zu führen; bestimmte Beweismittel sind nicht vorgeschrieben. — **K.** Ja. — **A. S. 65.** Erbschein ist nicht erforderlich, wenn die Erben und der Inhaber des Geldes einig sind. — **R. H. 28.** Sie müssen sich an das Bezirkskommando wenden. — **E. H. Nr. 130.** Eine frühere Anfrage liegt nicht vor. In beiden Fällen können Sie lediglich auf Abstellung der Mißstände beim Amtsgerichts klagen. In dem Falle des Gehilfen hat die Klage wenig Aussicht auf Erfolg. — **L. L. L.** Wenden Sie sich an die Versicherungsanstalt mit dem Antrage auf Zahlung vorübergehender Invalidenrente und Aufnahme in eine Heilanstalt. — **H. B.** Nein. — **B. H. 5.** Der Antrag auf Unfallrente ist an die Berufsgenossenschaft zu richten, eventuell gegen deren Bescheid zu klagen. Auch gegen einen Bescheid, der nachträglich die Rente herabsetzt, ist zu klagen.

Wasserstand am 7. November. Elbe bei Aussig —,— Meter, bei Dresden — 1,37 Meter, bei Magdeburg + 1,14 Meter. — Unstrut bei Straußfurt —,— Meter. — Oder bei Ratibor + 1,04 Meter. — Weichselmündung + 1,22 Meter. — Oder bei Brieg + 1,84 Meter. — Oder bei Breslau Unterpegel — 1,40 Meter.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
(Ortsverwaltung Weißensee.)
Am Freitag, den 2. November, verschied nach langem schweren Leiden unser Kollege
Ewald Berger.
Ehre seinem Andenken!
96/8 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Handlungsgehilfen u. Gehilfinnen Deutschl.
(Bezirk Berlin.)
Nachruf.
Am Sonntag, den 4. November, verstarb nach längerer Krankheit unser Mitglied 296/11
Alfred Blankenstein.
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Danksagung.
Für die herzliche Teilnahme am Begräbnis meines lieben Mannes, besonders der Firma Borsig und den Arbeitskollegen der Firma, sowie allen Freunden und Bekannten sagt herzlichsten Dank, auch für die vielen Kranzspenden
Frau Martha Aptiz
28922 nebst Kindern.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß unsere liebe Mutter 28912
Helene Kaddatz
nach langen Leiden verstorben ist.
Der trauernde Vater nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Dankes-Kirchhofes aus statt.

Von **36 Mk.** an
Herrenanzug od. Paletot n. Maß, rein. Stoff, neust. Must. 2 Anpr., feinst. Zut., f. gut. Sitz, goldene Medaille.
Ludw. Engel, Prenzlauerstraße 23 II (Alexanderplatz).

Es ist eine Schande
für jeden Menschen, der in irgendeine Gesellschaft kommt und nicht weiß, was er zu seiner Nachbarin oder gar zu einem Höherstehenden sagen soll. Er sitzt wie auf Kohlen und wünscht sich fort, oder er sitzt da und langweilt sich, denn die jungen Damen z. B. schwärmen sich um einen „Salonhelden", der gar zu nett und amüsant plaudert. Die meisten Menschen wissen nicht, worüber sie sich unterhalten sollen, und die Kunst, ein Gespräch anzuknüpfen, ist wirklich größer als mancher Mensch denkt! Wer da nun lernen will, bei jeder Gelegenheit Gespräche anzuknüpfen und weiterzuführen, der lese das Werk von Dr. Lenk: „Wie man Gespräche anknüpft und die Kunst der Unterhaltung erlernt." Beachten Sie aber auch, daß Sie wirklich dieses jetzt erschienene Werk erhalten, denn es werden minderwertige angeboten. Gekürztes Inhaltsverzeichnis: Was man unbedingt beachten muß, wenn man ein guter Plauderer werden will. — Wie und wovon soll man sprechen? — Wovon sich die bessere Gesellschaft unterhält. — Was für erhebliche Fehler fast immer bei der Unterhaltung begangen werden. — Ist die Unterhaltung nicht eine wichtige, große Notwendigkeit?! — Praktische Anleitung, Gespräche anzuknüpfen. — Was den Damen gefällt. — Der so sehr bewunderte moderne „Flirt". — Die Kunst zu widersprechen, ohne Anstoß zu erregen. — Findet man an jedem Ort und bei jeder Gelegenheit passenden und angenehmen Gesprächsstoff? — Kunstgriffe, um im Streite Recht zu behalten — usw. Preis nur 3 Mk., Porto 25 Pfg., Nachnahme 20 Pfg. extra. Die hier erteilten Auskünfte wurden bisher niemals verraten, weil die Erfolgreichen schwiegen und die Erfolglosen nichts zu sagen wußten. Bestellungen richte man nur an den **Verlag für praktische Neuheiten Friedrich W. Trotzki in Leipzig No. 356a**

Populäre naturwissenschaftliche Lichtbilder-Vorträge.
Darwinismus und die Kunstformen der Natur
(Urpflanzen, Urtiere, Radiolarien usw.)
Nach Professor Ernst Haeckel's berühmtem Bilderwerk. Erläuternder Vortrag von Herrn **E. Vogtherr.**
Die Vorträge finden statt:
Am Donnerstag, den 8. November, in Keller's großem Festsaal, Inhaber: A. Freyer, Koppenstr. 29.
Am Freitag, den 9. November, im großen Saal **Neue Welt,** Hasenheide 108—114.
Abends 8½ Uhr.
Billetts, zu einem beliebigen dieser Vorträge berechtigend, kosten 20 Pfennig und sind zu haben: In den Zigarrengeschäften von **W. Boerner,** Ritterstr. 15; **H. Bobsien,** Kommandantenstr. 62; **G. Menz,** Wilhelmshavenerstr. 61; **R. Rieck,** Rummelsburg, Kaniserstr. 22; **W. Schrolle,** Gotzkowskystr. 29; **H. Vogel,** Lortzingstraße 87; **H. Ziehm,** Bernauerstr. 48; **M. Jtema,** Insterburgerstr. 10, und **P. Horsch,** Gewerkschaftshaus, Engelufer 15. Bei **H. Peege,** Rüdersdorferstr. 48; **M. Wendt,** Greifswalderstr. 208; **W. Krause,** Pappelallee 15—17; **P. Schrolle,** Landwehrstr. 3. In den Schankgeschäften von **A. Kieburg,** Adalbertstraße 86; **W. Mix,** Skalitzerstr. 59; **J. Wiedemann,** Frankfurter Allee 47; **C. Rott,** Straßmannstr. 29 und **C. Voigt,** Boppenstr. 34. Außerdem in allen unseren Versammlungen am Eingang zum Saal. 62/10*
Im Auftrage der Freireligiösen Gemeinde: **Das Komitee.**

Winter-Joppen
Tausende Exemplare.
Warme Lodenstoffe mit molligen Futterarten. Praktische Fassons mit doppeltem, breitem Brustüberschlag.
Nur eigene Erzeugnisse!
24.-, 21.-, 18.-, 15.- 13.50, 12.-, 10.-, 7.50
6.- Mk.

Winter-Hosen
Tausende Exemplare.
Gute, moderne Stoffe. Vorzüglicher Schnitt. Enorm grosse Abwechselung in Mustern.
Nur eigene Erzeugnisse!
15.-, 13.50, 12.-, 11.-, 10.- 9.-, 8.-, 7.-, 6.-, 5.-
4.- Mk.

Pelz-Joppen
Starke Stoffe, durchweg mit Pelzfutter
45.-, 36.-, 27.-, 21.-
15.- Mk.

Herren-Hüte
Zwei hervorragend billige Sonder-Angebote in steifen und weichen neuen Formen
2.90, **1.90 Mk.**

Vornehme Mass-Anfertigung.
Baer Sohn
Spezialhaus grössten Massstabes
Chausseestrasse 24a/25 • 11 Brückenstrasse 11
Gr. Frankfurterstr. 20.
Der Haupt-Katalog Nr. 30 (neueste Wintermoden) wird auf Wunsch kostenlos zugesandt.

Jeden Freitag bei **Augustin,** Oranienstraße 103: **Frische Wurst.**

Weltlederglanz Karnobin

Gesetzlich geschützt.

Karnobin ist vollständ. Ersatz für Wichse, Lacke, Degras, Appr. etc.
Karnobin ist das beste Putzmittel für jedwedes Leder, als: Stiefel, Koffer, Geschirre, Taschen etc.
Karnobin konserviert das Leder u. gibt stets eleganten Schuhzeug.
Karnobin verhindert das Brechen und Schimmeln des Leders.
Karnobin ist säurefrei.
Karnobin ist geruchlos, da ohne Terpentinzusatz.
Karnobin macht das Leder wasserdicht und geschmeidig.
Karnobin gibt auch bei stärkster Nässe sof. tiefschwarz. Hochglanz.
Karnobin ist im Gebrauch billiger als Wichse. Ueberall erhältlich.

Koch & Becker Com.-Ges. Berlin SW. 48, Besselstr. 17

Zahnärztliche Klinik Belle-Alliancestr. 106 I.

Schmerzl. Zahnziehen unentgeltlich.

Bei künstl. Zähnen, Plomben etc. werden nur die **Auslagen vergütet.** ◆ Geöffnet v. 9—6 Uhr. **Sonntags 10—12 Uhr.** *

Arbeiter-Gesang-Vereine finden die grösste und beste Auswahl an **Musikalien** bei **J. Günther, Verlag, Dresden,** Ziegelstr. 24. Reichste Auswahlsendungen zu allen Gelegenheiten. Kataloge gratis.

Unsere **erprobten** und **bewährten**

Spiritus-Glühlicht-

Brenner nebst Ersatz- u. Zubehör-Teilen

zu unseren Listenpreisen

erhältlich bei

W.
P. Raddatz & Co., G. m. b. H., Leipzigerstr. 122/123
Carl Haupt, Tauenzienstr. 14
Emil Riedel, Potsdamerstr. 52
R. & Th. Viereck, Potsdamerstr. 85

NW.
Carl Rakenius & Co., Unter den Linden 62/63

SW.
Richard Hauer, Lindenstr. 81
O. P. Neuendorf, Blücherstr. 12
Carl Rakenius & Co., Zimmerstr. 98
H. Schollwer, Yorkstr. 49

C.
Martin Gülzow & Co., Seidelstr. 26
Holtz & Linke, Landsbergerstr. 58

S.
Hermann Arnold, Alexandrinenstr. 110
H. Kabermann, Prinzenstr. 26
Richard Hoppach, Kommandantenstr. 60

SO.
Wilh. Krusemark, Oranienst. 205

O.
Erich Flosky, Frankfurt. Allee 102

Charlottenburg.
Fritz Schroeder, Schlüterstr. 59

Centrale für Spiritus-Verwerthung G. m. b. H. 2504L*

═ Ausstellungs- und Verkaufs-Lokal: ═

Friedrichstr. 96 **Berlin NW. 7,** gegenüber dem Central-Hotel.

Haase-Ausschank Prinzen-Straße 87.

Nähe Moritzplatz. — **Karl Woerz.**
◆ Angenehmer Familienaufenthalt. ◆ Vorzügliche Küche und aufmerksamste Bedienung. ◆
— **Diners und Menus. — 4 neurenovierte Kegelbahnen.** —
◆ Vereinssaal zirka 100 Personen fassend, sowie ◆ kleinere Vereinszimmer.

Haase-Ausschank Rosenthaler-Straße 14.

Nähe Bahnhof Börse. — Stadtkoch **Hugo Minde.**
—Vollständig neurenovierte Restaurationsräumlichkeiten.—
Den verehrlichen Vereinen empfehle meine Vereinszimmer, sowie Kegelbahn. 269/13
◆ **Künstler-Freikonzerte: Dienstag, Donnerstag und Freitag.** ◆

Haase-Ausschank Potsdamer-Straße 112a.

Nähe Lützowstraße. — Oekonom **Hugo Rother.**
Angenehmer Familienaufenthalt.
Den verehrlichen Vereinen empfehle meine Vereinszimmer, zirka 30 Personen fassend.
Diners u. Menus. Vorzüglich gepflegte Biere, sowie gute Küche.

Fabrik von Hugo Carl Hagenbruch i. Mühlhausen in Thüringen.

Mühlhäuser Kautabak

von **Hugo Carl Hagenbruch, Mühlhausen i. Th. nur echt,** wenn die Röllchen den beigedruckten Zettel enthalten, worauf gefäll. genau zu achten bitten.
Vertreter für Berlin und Umgegend: August Kleinert, 19642*
Berlin SW., Großbeerenstraße 39. Amt VIa, 10560.

Fabrik von Hugo Carl Hagenbruch i. Mühlhausen in Thüringen.

Steppdecken 2309L*

Gelegenheitskauf!

Bunt Kattun Ersatz für Deckbett 2⁸⁵
Similiseide / **Wollatlas** in den Farben rot, blau, oliv 4⁸⁵ 6⁷⁵ / 5²⁵ 7⁵⁰
bis zu den **feinsten Qualitäten**
Bunte Normal-**Schlafdecken** 1⁵⁰ 2⁵⁰ 3⁵⁰
Wolldecken ganz dick 3⁰⁰ 4⁰⁰

Emil Lefèvre

Spezialhaus, Berlin Süd
nur Oranienstr. 158
unterhalte **nirgends Filialen!**
Spezialkatalog mit etwa 600 Illustrationen gratis und franko.

Jedes Wort 10 Pfennig. Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Räumungs-Ausverkauf! Gardinen, Stores, 10 Proz. Rabatt, Fenster 1,15, 1,65, 1,85, 2,45, 2,95, 3,85, 4,75, 5,75 usw. Weitzenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, nahe Koppenstraße. *

Tüllbettdecken 2,15, 2,25, 2,45, 2,95, 3,25, 3,85, 4,50 usw. Vorziehgardinen, weiß, creme, rot und goldfarbig in allen Preislagen 10 Proz. Rabatt. Weitzenbergs Teppichhaus. *

Räumungs-Ausverkauf! Möbelstoffe, Möbelplüsche und Reste für ganze Bezüge 15 Proz. Rabatt. *

Japaner- und Perser-Teppiche, 2 Meter lang 3,85; 2,05 Meter lang 5,90. 2013K*

Große Posten echte Plüschteppiche mit Fehlern, nur so lange Vorrat 10 Proz. Rabatt. Weitzenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 2014K*

Räumungs-Ausverkauf! Einen Posten Tuchtischdecken 1,65, 1,95, 2,45, 2,95, 3,50, 4,35 usw. 2015K*

Plüschtischdecken, wert das Doppelte: jetzt 6,85, 7,50, 8,75, 9,75, 11,00; 10 Proz. Rabatt. 2016K*

Steppdecken, nur so lange Vorrat 2,85, 3,85, 4,85, 5,85, 6,85. 2017K*

Tuch- und Plüschvorhänge mit Querbehang 3,85, 4,50, 5,00, 7,85, 9,50, 10,50 usw. mit 10 Proz. Rabatt. Weitzenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, Haltestelle nahe Koppenstraße. 2018K*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 1†

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 268/14*

Musikwerke, Sprechmaschinen. Teilzahlungen. Invalidenstraße 20. Stalitzerstraße 40. 1936K

Federbetten, Stand 10,50, große 16,00, Gardinen, Wäsche, Decken, Winterpaletots, Uhren, Goldsachen spottbillig Pfandleihhaus Küstrinerplatz 7. 19628*

Gardinen, Portieren, Reste 1 — 2 — 3 Fenster, enorm billig. Gardinenhaus Jerusalemerstraße 12. *

Manchester-Kleidung! Manchester ist in guter Qualität das beste und nobelste Zeug für Arbeiterkleidung. Es ist in Meterware als auch in fertigen Hosen, Westen, Joppen, auch in Knabenhosen und Knabenanzügen zu haben. Gewarnt wird vor billigen Qualitäten, dieselben werden blank und unansehnlich, wer aber Preise anlegt, erhält vorzügliche Qualitäten bei Herrmann Schlesinger, Turmstraße 58, 85. 1967K

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36b. 2002K*

Gänse! Gänse! frischgeschlachtet, äußerst billige Preise, sind zu verkaufen Samariterstraße 21. Bettfedern-Verkauf. Paul Hoft. 177/8*

Monatsanzüge und Winterpaletots von 5,00, Joppen von 4,50, Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Ratz, Mulackstraße 14. 2306b*

Winterpaletots. Monatsanzüge, wenig getragene, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Fürstenzelt, nur Rosenthalerstraße 10. Habe keine Filialen.

Federbetten 11,00. Michel, Dresdenerstraße 38. 2592b*

Speichermöbel, wenig gebrauchter, verliehen gewesener Möbel, Büfetts, Plüschgarnituren, Säulentrumeaus 35,00, Paneelsofas, Salonteppiche, Kleiderschränke, Vertikos, Ausziehtisch 12,00, Taschensofas, Ruhebetten, Muschelbettstellen 25,00, bunte Kücheneinrichtung, Gardinen, Marmortoiletten, Spiegel, Spiegelspind 15,00, alles Gelegenheitskäufe. Möbelspeicher Brunnenstraße 182. 1941K*

Möbeltischlerei liefert gediegene Wohnungseinrichtungen äußerst billig. Bunte Küchen. Reelle Arbeit. Besichtigung meines staunend großen Lagers erbeten. Auch Ratenzahlung. Nur Keller und Hinterräume. Harnack, Tischlermeister, Dresdenerstraße 124, zwischen Oranienplatz und Kottbuser Tor. 1768K*

Hochvornehme Herrenanzüge, Herrenpaletots aus feinsten Maßstoffen 18 bis 38,00, Hosen 7—12,00 verkauft täglich, Sonntag. Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63, I. *

Steppdecken spottbillig, Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 1842K

Möbelfabrik, Oranienstraße 58, direkt Moritzplatz. In meinen fünf Etagen stehen komplette Wohnungseinrichtungen in jeder Preislage vom Einfachsten bis zum Elegantesten. Besondere Gelegenheit biete ich in verliehen gewesenen, fast neuen Möbeln, die bedeutend herabgesetzt sind. Besichtigung erbeten, ohne Kaufzwang. Auffallend billig verkaufe ich neue Chaiselongues 17, Schlafsofa 27, Satteltaschensofa 45, Paneelsofa 55, hochelegante Plüschgarnitur 75, Säulentrumeau 29, Bettstelle mit Matratze 16, Ausziehtisch 16. Muschelspind, Vertiko 27. Gekaufte Möbel können drei Monate kostenfrei lagern. Teilzahlung gestattet. Kein Laden, direkt Fabrik. Auch Sonntags geöffnet. Musterbuch gratis. 1523K*

Möbelangebot. Im Anhalter Bahnspeicher, Möckernstraße 25, Anhalter Innenbahnhof, direkt Hochbahnstation Möckernbrücke, stehen verschiedene Einrichtungen zum Verkauf. Darunter befinden sich hochmoderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, auch einzelne Salongarnituren, Paneelsofas, Bibliotheken, Ankleideschränke, Nußbaumbüfette, Bronzekronen, Oelgemälde, Schreibtische 28,00, Ruhebetten mit prachtvoller Diwandecke 22,50, wunderschöne Säulentrumeaus 30,00, hochelegante Salonteppiche schon 14,00 bis zu allergrößten Saalteppichen, allerliebste Zimmerteppiche 6,00, reichgestickte Uebergardinen, Spachtelstores, Tüllgardinen, Steppdecken, Salonbilder, Standuhren, prachtvolle Plüschtischdecken 5,00, verschiedene Gelegenheiten. Uebernahme vollständiger Warenlager, Wirtschaften, Konkursmassen, Nachlässe zum schnellen Verkauf und Versteigerung. Otto Libekes Anhalter Bahnspeichereien. *

Herrenjackett-Anzüge, Paletots, vorjährige, nach Maß bestellt, nicht abgeholt, verkaufe Hälfte Kostenpreis. Prenzlauerstraße 28 II. 75/8*

Kanarienroller spottbillig Alexanderstraße 12. 249/4

Singerbobbin, Ringschiffchen, 25,00, Alexanderstraße 12. 249/3

Gasheizsparöfen! Geschlossene Zweilochgaskocher 5,00. Gassparheizöfen! 7,00. Gasplätteisen, Gasbügelapparate 3,00. Gaszuglampen! 9,00, Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32.

Entzückende Blusen, Kostümröcke, Jacketts, selbstgefertigt, auffallend billig. Keine Ladenmiete. Littauer, Brunnenstraße 4, I. 2627b

Muschelschrank 26, Vertiko 27, Spiegel mit Spind 27, Schlafsofa 25, Tisch 6, Stühle verkauft Königsbergerstraße 18, Liese. †31

Materialwarengeschäft. Obst, Gemüse, Holz, Kohlen, mit Rolle sofort billig zu verkaufen (Tageskasse 50 bis 60 Mark) Rixdorf, Hermannstraße 110, wegen sofortiger Abreise nach der Heimat. 2625b

Gutgehendes Material-, Gemüsegeschäft, Rolle billig zu verkaufen. Langner, Schlemannstraße 45. †60

Papierhandlung verkäuflich, Norden. Näheres Alexandrinenstraße 18, Werber. 2620b

Zigarrengeschäft verzugshalber billig. Rixdorf, Hobrechtstraße 5.

Restauration zu verkaufen Seelowerstraße 25. †60

Krautstraße 50. Brautleute kaufen Möbel, Spiegel, Polsterwaren spottbillig. Saalfelds Möbelspeicher. Kein Laden. 2624b*

Wegen Todesfall ist Privat-Mittagstisch mit Bierausschank (sieben Jahre bestehend) sofort ganz billig zu verkaufen. Ober-Schöneweide, Wilhelminenhofstraße 15, I. 2618b

Betten aus der Konkursmasse schleunigst verkaufbar Schwartzkopffstraße 36/37, I. 2612b

20-Pfennigtour ab Potsdamer Ringbahn, Parzellen, Quadratrute 20 Mark an, verkauft zu günstigen Zahlungsbedingungen Heiert, Berlin, Brandenburgstraße 1. 248/20*

Unbenutzte Nußbaummöbel, Plüschtaschensofa, Chaiselongue verkäuflich. Kagermann, Pankow, Brehmestraße 52.

Rute 10 Mark an! 500 Hochwald-Ackerbaustellen im idyllischen, romantischen Eggersdorf bei Strausberg, mitten im Walde, 5 Minuten vom Bahnhof, genehmigte Bebauungspläne, ganz ohne Konkurrenz, größte Zukunft, beste Pflanzzeit jetzt. Verkäufer täglich Terrain oder Bahnhof. Nur der bekannte kulante Otto Zoers, Pankow, Elisabethweg 10. 2611b*

Nähmaschinen. 2 Wheeler-Wilson für Wäsche, fast neu, umständehalber billigst. Auch gegen Teilzahlung. Hruda, Rosenthalerstraße 19, Laden.

Pianino, Schnitzerei, 140,—. Turmstraße 8, I. 177/6

Deckbett, Unterbett, Kissen mit glattrotem Inlett 10,50, Pfandleihe Andreasstraße achtunddreißig. 2005K*

Rotrosa-gestreiftes Deckbett, Unterbett, zwei Kissen 18,00, Andreasstraße achtunddreißig. Pfandleihe. *

Bauerndeckbett, Unterbett, zwei Kissen 27,00. Große Laken 1,00. Leihhaus Andreasstraße achtunddreißig. Elektrische nach überall. *

Damenjacketts, Paletots, Kostüme, hochelegante Reisemuster, teils auf Seide, 9 Mark, Posten eleganter Steppdecken, statt 8 Mark jetzt durchweg 3,75. Julius Neumann, Belle-Alliancestraße 105. 2023K*

Dringend sollen aufgabehalber sämtliche Möbel von fünf Zimmern, auch Küchensachen, billig verkauft werden, darunter geschnitztes Büfett, Ankleideschrank, Satin-Schlafzimmer, Stand Betten 20 Mark, Stühle, Tische, Sofas, Waschtoiletten, Bilder, Gardinen, Steppdecken, Verschiedenes. Dresdenerstraße 38, vorn II links. *

Betten, Möbel verkauft Immanuelkirchstraße 10 II links. 249/2

2 Bettstellen mit Matratzen, gut erhalten, billig zu verkaufen. Lorenz, Manteuffelstraße 4. †8

Nähmaschinen! Vergüte bis 12,00, wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Postkarte. Brauser, Tilsiterstraße 90. †30*

Kinderwagen, Kinderbettstellen, zurückgesetzte, spottbillig Sommer, Wienerstraße 51. 2460b*

Hochvornehme Herrenhosen aus feinsten Maßstoffen 9—12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Filialen. 1988K*

Kinderwagen, Kinderbettstellen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgesetzte spottbillig. Schneider, Kurfürstenstraße 172. 2459b*

Verschiedenes.

Volkssänger-Gesellschaft Gerhardy, Wrangelstraße 22. †8*

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a. 927b*

Rixdorf. Bruses Festsäle, Kneseбeckstraße 113, Restaurant, Garten, Vereinszimmer, Parkettsaal (600 Personen). Sonntags Ball. †121*

Pfandleihe, Prinzenstraße 63, täglich 8—8, Sonntags bis 2. 1906K*

Kunststopferei von Frau Kolosky, Charlottenburg, Goethestraße 84, I. *

Umsonst! Zementfüllungen, zahnärztliches Institut, Chausseestraße 2 B, Hof II. 269/11*

Wer Stoff hat, fertige Herrenanzug, ohne Konkurrenz, feinste Zutaten, zwei Anproben. Für guten Sitz bekam goldene Medaille. Ludwig Engel, Prenzlauerstraße 23 II, Alexanderplatz. Gegründet 1892. 75/10*

Platina, alte Zahngebisse, allerhöchste Preise. Linienstraße 199 II, Joachimstraße-Ecke. †146*

Wäsche wird sauber gewaschen, Freien getrocknet. Abholung Sonnabends. Emil Pankrath, Köpenick, Müggelheimerstraße 40. 2602b

Vereinszimmer Sonnabend und Sonntag noch frei. Auch zu Weihnachtsfeierlichkeiten zu haben. Fritz Klenitz, Möglinerstraße 1, Ecke Weidenweg. †31

Altes Kleiderspind, Schlafsofa, Küchenspind kauft Verwalter Palisadenstraße 95. 177/9*

Vermietungen.

Wohnungen.

Oudenarderstraße 36, 37, 38, Wohnungen, monatlich von 17,00 an. Näheres beim Wirt, Nummer 37. *

Warthestraße 63—64 (Rixdorf, Bahnhof Hermannstraße) prächtige Wohnungen sofort. 2 Stuben, Küche, Bad, Balkon, Erker. Gartenwohnungen: Stube, Küche, Balkon oder Erker. Näheres Nummer 63 II.

Zimmer.

Möbliertes Zimmer vermietet sofort Frau Jacoby, Kolbergerstraße 26 III. 2510b

Leeres Vorderzimmer. Urbanstraße 65, vorn, rechter Aufgang, II links. 2621b

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle, Flureingang. Wallstraße 35, vorn III.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Gläser, Mulackstraße 27. 1468b

Stellenangebote.

Stimmer auf Accordeons verlangt Kalbe, Harmonikafabrik, Gipsstraße 13.

Rohrzieherei sucht einen energischen Meister, der mit allen vorkommenden Arbeiten vertraut ist. Solche, die in der Herstellung von Kupfer- und Messingrohren Erfahrung besitzen, erhalten den Vorzug. Offerten mit Zeugnisabschriften sind zu richten an Haasenstein u. Vogler, Aktien-Gesellschaft, Berlin W. 8, unter Nr. 12259.

Händler, sprachgewandt, für beliebten Straßenartikel, auch Kolportеure. Guter Verdienst. Müssen 5.— Mark haben. Offerten sub S. 4 Expedition dieses Blattes. 2615b

Tüchtigen Polierer auf Holzleisten verlangt Hans Goß, Kurfürstenstraße 45. 2613b

Tüchtige Mechaniker für dauernde Stellung bei hohem Lohn und Reiseentschädigung für Erlangen gesucht. Reiniger, Gebbert & Schall. Meldungen hier: Friedrichstraße 131c. 2021K*

Tüchtige Schlosser und Kunstschmiede verlangt Emil Kühne, Steglitz, Ahornstraße 6. 2022K*

Farbigmacher verlangt Wolff, Dieffenbachstraße 33. 2622b

Farbigmacher und Farbigmacherinnen werden verlangt bei Neumann, Hennig u. Co., Zeughofstraße 21. †8

Geübte Schraubendreherinnen verlangt Schraubenfabrik Rixdorf, Schönweiderstraße 11. †114*

Botenfrauen finden sehr lohnende Beschäftigung Prinzenstraße 41. 177/3*

Botenfrauen finden sehr lohnende Beschäftigung Königstraße 56/57. *

Botenfrauen finden sehr lohnende Beschäftigung Charlottenburg, Kantstraße 34. (Tour: Wallstraße.) 176/19*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Stukkateur!

Tüchtiger Former, nur erste Kraft, für dauernd sofort gesucht.
A. Wagner & Co., Posen.

Rechnerinnen.

Junge Damen mit guter Schulbildung, welche flott rechnen können, per sofort eventl. später gesucht.
☞ Meldungen mittags 1—2 oder abends 8—9 Uhr.
A. Jandorf & Co., Belle-Alliancestr. 1/2.

Achtung! Achtung!

Klavierarbeiter!

In der Pianofabrik von **Bell & Co., Andreasstr. 32,** haben sämtliche Kollegen wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt. 141/16*
Zuzug ist fernzuhalten.
Vereinigung der Musikinstrumentenarbeiter.

Deutsch. Buchbinderverband (Zahlstelle Berlin).

Achtung! **Buchbinder und Buchbinderei-Arbeiterinnen.**

In der Firma **E. Bartels,** Buchdruckerei, Weißensee, Generalstraße 8, hat das Gesamtpersonal wegen glatter Ablehnung des Tarifs einmütig die Arbeit niedergelegt.

Achtung! **Präger.**

Die Firmen **M. Beck,** Adalbertstraße 58 und **A. Radicke,** Markusstraße 3, sind für Präger und Prägerinnen gesperrt.
Zuzug ist streng fernzuhalten!
26/5 **Die Ortsverwaltung.**

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- u. Zementbranche.

Die Firma: Rabitzunternehmer **Gottlieb Schulz** ist wegen Nichtanerkennung der Organisation für sämtliche organisierte 148/3*

Rabitzputzer, Spanner und Träger gesperrt.

Die Bauten sind in **Rixdorf,** Bodestr. 14 und Innstraße, Ecke Donaustraße. — Wir ersuchen alle **Kollegen,** die Firma strengstens zu meiden.
Der Sektionsvorstand.

Zentralverband der Steinarbeiter!

Wegen Maßregelung von 5 Kollegen sind die Bauten der Lolat-Eisenbeton-Gesellschaft und ihrer Unterakkordanten **O. Schille** und **J. Jüngers** bis auf weiteres gesperrt. 180/14*
Die Bauten sind **Kurfürstendamm 174, Neue Wilhelmstraße** und **Lankwitz, Pestalozzi-Stift.**
Kollegen! Lasse sich niemand täuschen. Keiner darf dort Arbeit nehmen.
Die Ortsverwaltung. J. A.: **Fr. Starker.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Wegen Streik und Lohndifferenzen sind gesperrt:
Für Tischler:
Gärtner, Dresdenerstraße.
Für **Perlmutt- u. Knopfarbeiter: Abramowsky,** Köpenickerstr.
Kegler, Graudenzerstr. 3.
Grinot, Dresdenerstraße.
Lebach & Comp., Reinickendorf, Tegeler Weg.
Für Drechsler:
Sklanic, Wienerstraße.
Panitsch, Brunnenstraße.
Walter, Rüdersdorferstraße.
Für Kammacher:
Alle Betriebe Berlins und Vororte! Arbeitskräfte werden nur vom Arbeitsnachweise, Engelufer 15 vermittelt.
Zuzug ist streng fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.